



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

10 | 2015

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Korrigierte Fassung vom 28.01.2016

Aus dem Inhalt:

Abwasserentsorgung 2013

Erwerbstätigkeit 2014

Bevölkerung 2035



Fotonachweis

Titelfoto: BASF SE

Die Reinigung des Abwassers erfolgt zumeist über Kläranlagen. Im gewerblichen bzw. industriellen Bereich gibt es auch zahlreiche Anlagen, die ausschließlich eine chemisch-physikalische Abwasserbehandlung, wie z. B. Neutralisation, Fällung, Flockung, Osmose, Elektrodialyse oder Adsorption durchführen.

Beilage: Faltblätter „Umwelt und Energie“ und „Unternehmen und Branchen“

10 | 2015

STATISTISCHE MONATSHEFTE

68. Jahrgang

kurz + aktuell	917
----------------	-----

Industrie ■ Baugewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Insolvenzen
Gewerbeanzeigen ■ Dienstleistungen ■ Tourismus ■ Hand-
werk ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung ■ Familien ■ Bildung
Gesundheit ■ Justiz ■ Umwelt ■ Verkehr ■ Finanzen

Verbraucherpreise	937
-------------------	-----

Rheinland-Pfalz in Karten: Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte 2014 nach Verwaltungsbezirken	938
---	-----

Abwasserentsorgung 2013	939
-------------------------	-----

Erwerbstätigkeit 2014	947
-----------------------	-----

Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2035	957
---	-----

Daten zur Konjunktur	966
----------------------	-----

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	999
-------------------------------	-----

Neuerscheinungen	1015
------------------	------

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Anstieg der Industrieproduktion im Juli

Im Juli 2015 ist die rheinland-pfälzische Industrieproduktion weiter gestiegen. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex war im Berichtsmonat um 0,3 Prozent höher als im Juni. Dies war der dritte Anstieg in Folge. Zugleich liegt der Güterausstoß bereits seit sieben Monaten über dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats; gegenüber Juli 2014 ergab sich ein Zuwachs von 5,6 Prozent.

Die drei umsatzstärksten Bereiche entwickelten sich unterschiedlich: Die Chemische Industrie, die größte Branche des Verarbeitenden Gewerbes im Land, verringerte ihre Produktion im Berichtsmonat um 4,8 Prozent. Zugleich blieb der Output um elf Prozent hinter dem Niveau des Vorjahresmonats zurück. Im Fahrzeugbau, der Branche mit dem zweitgrößten Anteil am Umsatz, sank der Güterausstoß im Juli um 1,6 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat blieb die Produktion fast unverändert. Der Maschinenbau steigerte seinen Output gegenüber Juli um 5,2 Prozent. Der Güterausstoß fiel um 13 Prozent höher aus als ein Jahr zuvor.

Rückgang der Auftragseingänge der Industrie im Juli gegenüber dem Vormonat, aber Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat

Im Juli 2015 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gesunken. Der preis-, kalender- und saisonberei-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Juli 2015		Jan. bis Juli 2015
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Juni 2015	Juli 2014	Jan. bis Juli 2014
Entwicklung der Produktion			
Industrie	0,3 % ↗	5,6 % ↑	4,1 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-1,9 % ↘	-5,6 % ↓	-3,1 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-0,4 % ↘	2,9 % ↑	3,9 % ↑
Konsumgüterproduzenten	-0,3 % ↘	35,2 % ↑	23,1 % ↑
Chemie	-4,8 % ↓	-11,0 % ↓	-6,0 % ↓
Fahrzeugbau	-1,6 % ↘	-0,3 % ↘	3,1 % ↑
Maschinenbau	5,2 % ↑	12,7 % ↑	5,9 % ↑
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-2,2 % ↓	3,9 % ↑	4,6 % ↑
Inland	0 % ➡	4,5 % ↑	2,2 % ↑
Ausland	-1,9 % ↘	4,8 % ↑	6,2 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-0,5 % ↘	-0,5 % ↘	-2,1 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-2,3 % ↓	3,1 % ↑	6,7 % ↑
Konsumgüterproduzenten	0,1 % ↗	41,8 % ↑	31,3 % ↑
Chemie	-0,1 % ↘	1,6 % ↗	-2,3 % ↓
Fahrzeugbau	-7,1 % ↓	0,2 % ↗	12,6 % ↑
Maschinenbau	9,6 % ↑	8,5 % ↑	-0,7 % ↘

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

nigte Auftragseingangsindex lag um 2,2 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Dieser Rückgang ist auf das schwächere Auslandsgeschäft zurückzuführen (-1,9 Prozent). Die Bestellungen aus dem Inland blieben unverändert. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich ein Plus von 3,9 Prozent. Die Auftragseingänge aus dem Inland fielen um 4,5 Prozent und die Bestellungen aus dem Ausland um 4,8 Prozent höher aus als im Juli 2014.

In den umsatzstärksten Branchen entwickelte sich die Nachfrage un-

terschiedlich. In der Chemischen Industrie blieb das Ordervolumen im Juli fast unverändert (-0,1 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat war eine Zunahme der Bestellungen zu verzeichnen (+1,6 Prozent). Im Fahrzeugbau schrumpften die bereinigten Auftragseingänge hingegen kräftig (-7,1 Prozent). Damit war die Nachfrage nach Fahrzeugen im Berichtsmonat genauso hoch wie im Juli 2014; zuvor hatte das Ordervolumen in dieser Branche neun Monate lang über dem Stand des jeweiligen Vorjahresmonats gelegen.

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



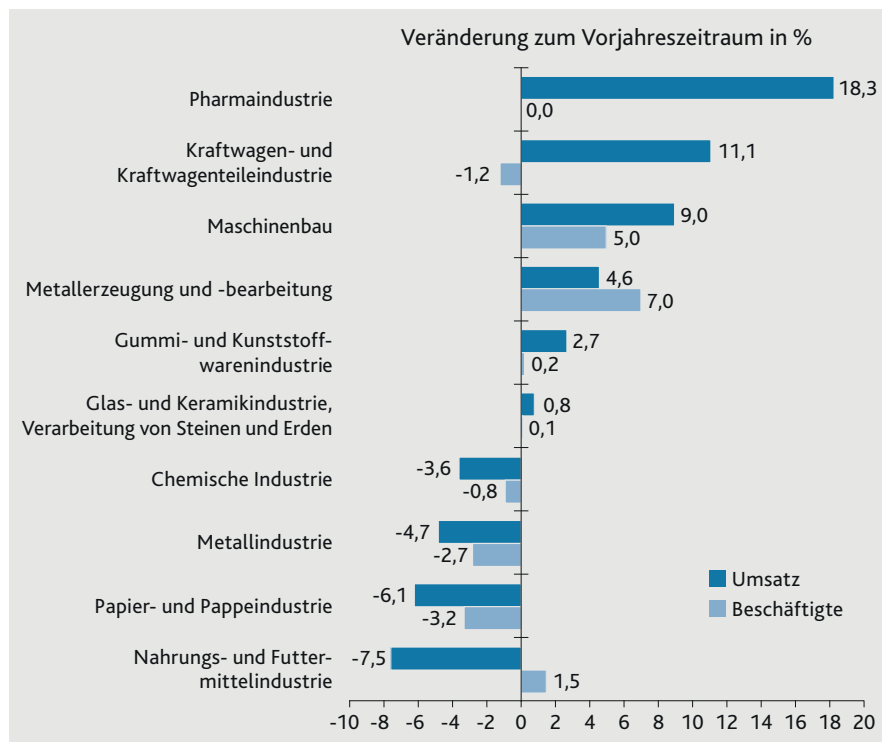
Im Maschinenbau gingen im Juli wesentlich mehr Bestellungen ein als im Vormonat (+9,6 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat legten die Auftragseingänge um 8,5 Prozent zu.

Industrieumsätze von Januar bis Juli 2015 über Vorjahresniveau

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte von Januar bis Juli 2015 Umsätze in Höhe von 51,2 Milliarden Euro. Das waren 1,6 Prozent mehr als in den ersten sieben Monaten des Vorjahres (Deutschland: +1,1 Prozent). Der bisherige Jahresverlauf war uneinheitlich. Umsatzrückgängen in den Monaten Januar, Februar und Mai standen Zuwächse in den Monaten März, April, Juni und Juli 2015 gegenüber. Die Auslandserlöse stiegen von Januar bis Juli um 4,2 Prozent (Deutschland: +4 Prozent), die Inlandsumsätze gingen um 1,7 Prozent zurück (Deutschland: -1,5 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag mit 56,5 Prozent um 1,4 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert (Deutschland: 49,6 Prozent).

Im Juli zählte die Industrie 253 100 Beschäftigte, das waren fast 1 400 bzw. 0,5 Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +0,8 Prozent). Von Januar bis Juli 2015 wurden knapp 229 Millionen Arbeitsstunden geleistet; die Zahl lag um ein Prozent über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraumes (Deutschland: 4 867 Millionen; +0,5 Prozent).

Umsätze von Januar bis Juli und Beschäftigte im Juli 2015 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Sechs der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten in den ersten sieben Monaten des Jahres 2015 mehr Umsatz als im Vorjahreszeitraum. Die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen sowie die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verzeichneten die höchsten Erlöszuwächse (+18 bzw. +11 Prozent). In beiden Branchen verlief hierbei das Auslandsgeschäft besonders günstig (+32,5 bzw. 17 Prozent). Die ersten sieben Monate wurden zudem von den Umsatzzuwächsen im Maschinenbau sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung getragen, die auch jeweils überdurchschnittlich gute Auslandsgeschäfte tätigten. Im Maschinenbau kamen noch spürbare Umsatzzuwächse im Inlandsgeschäft dazu. Die Chemische

Industrie verzeichnete einen Umsatzrückgang um 3,6 Prozent. Die stärksten Einbußen registrierten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln sowie die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus.

Auch die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich im Juli 2015 in den wichtigsten Branchen uneinheitlich. Die höchste Zunahme gegenüber dem Vorjahresmonat registrierte die Metallerzeugung und -bearbeitung (+7 Prozent), gefolgt vom Maschinenbau (+5 Prozent) und den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln (+1,5 Prozent). Den deutlichsten Rückgang des Personalstandes meldeten hingegen die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (-3,2 Prozent).

Weniger Aufträge im Bauhauptgewerbe im Juli, Umsätze höher als im Vormonat – Rückgänge gegenüber dem Vorjahreszeitraum

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Juli 2015 – kalender- und saisonbereinigt – ein deutliches Auftragsminus um neun Prozent. Der baugewerbliche Umsatz verbesserte sich dagegen um 1,4 Prozent. In den ersten sieben Monaten 2015 lagen die Auftragseingänge um 2,7 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Umsätze waren um 7,1 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum.

Gegenüber Juni 2015 gab die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbau um 18 Prozent nach. Für den Tiefbau errechnete sich ein Rückgang um vier Prozent. Der öffentliche Hochbau meldete den stärksten Auftragseinbruch (–35 Prozent). Im gewerblichen Hochbau sowie im gewerblichen Tiefbau blieben die Auftragseingänge ebenfalls deutlich hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–17,5 bzw. –10,5 Prozent). Lediglich im öffentlichen Tiefbau blieb die Auftragslage weitgehend unverändert (+0,1 Prozent). Im Vergleich zu den ersten sieben Monaten 2014 konnten sich die Auftragseingänge im Hochbau verbessern (+3,2 Prozent). Im Tiefbau wurde dagegen ein geringeres Ordervolumen registriert (–7,6 Prozent).

Gegenüber Juni 2015 verbesserten sich die Erlöse sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau (+2,9 bzw. +1,9 Prozent). Die höchsten Zuwächse im Vormonatsvergleich meldete der

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Juli 2015		Jan. bis Juli 2015
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Juni 2015	Juli 2014	Jan. bis Juli 2014
Auftragseingang	-9,0 % ↓	-9,7 % ↓	-2,7 % ↓
Hochbau insgesamt	-18,2 % ↓	-5,2 % ↓	3,2 % ↑
Wohnungsbau	-7,0 % ↓	10,6 % ↑	14,7 % ↑
gewerblicher Hochbau	-17,5 % ↓	0,4 % ↗	-2,7 % ↓
öffentlicher Hochbau	-35,1 % ↓	-33,5 % ↓	1,2 % ↗
Tiefbau insgesamt	-4,0 % ↓	-17,0 % ↓	-7,6 % ↓
gewerblicher Tiefbau	-10,5 % ↓	-4,3 % ↓	-2,5 % ↓
öffentlicher Tiefbau	0,1 % ↗	-16,8 % ↓	-12,8 % ↓
Straßenbau	-4,3 % ↓	-23,7 % ↓	-7,2 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	1,4 % ↗	-2,0 % ↓	-7,1 % ↓
Hochbau insgesamt	2,9 % ↑	-12,1 % ↓	-11,4 % ↓
Wohnungsbau	-1,9 % ↓	-4,0 % ↓	-11,2 % ↓
gewerblicher Hochbau	-5,8 % ↓	-18,6 % ↓	-8,1 % ↓
öffentlicher Hochbau	23,9 % ↑	-4,2 % ↓	-17,3 % ↓
Tiefbau insgesamt	1,9 % ↗	7,0 % ↑	-2,9 % ↓
gewerblicher Tiefbau	2,3 % ↑	36,2 % ↑	21,8 % ↑
öffentlicher Tiefbau	-1,4 % ↓	5,7 % ↑	-2,4 % ↓
Straßenbau	-5,2 % ↓	-11,0 % ↓	-12,3 % ↓

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

öffentliche Hochbau (+24 Prozent). Umsatzeinbußen verzeichneten dagegen vor allem der gewerbliche Hochbau sowie der Straßenbau (–5,8 bzw. –5,2 Prozent). Im Vergleich zu den ersten sieben Monaten 2014 kam es sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau zu Rückgängen des baugewerblichen Umsatzes (–11 bzw. –2,9 Prozent).

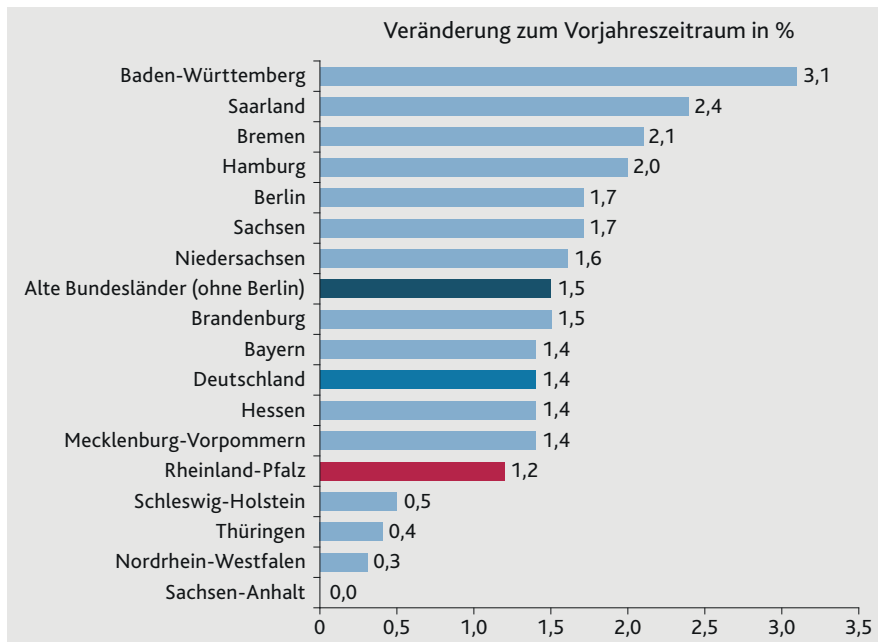
Bruttoinlandsprodukt steigt im ersten Halbjahr um 1,2 Prozent

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2015 gestiegen. Preisbereinigt lag die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz um 1,2 Prozent höher als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Damit entspricht das Wirtschaftswachstum dem des Vorjahres. Im Bundesdurchschnitt ist die Summe der erbrachten wirtschaftlichen Leistung im ersten Halbjahr um 1,4 Prozent gestiegen, in den alten Ländern ohne Berlin betrug das Plus 1,5 Prozent. In jeweiligen Preisen stieg die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz um 2,9 Prozent (Deutschland: +3,5 Prozent; alte Länder ohne Berlin: +3,5 Prozent). Diese Angaben basieren auf einer vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Aus dem Verarbeitenden Gewerbe, auf das rund 25 Prozent der gesamten Wertschöpfung entfallen, kamen nur

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2015 nach Bundesländern



geringe Wachstumsimpulse. Im ersten Halbjahr 2015 stieg der Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe mit 50 und mehr Beschäftigten in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 2014 um 1,4 Prozent (Deutschland: +2,2 Prozent). Zurückzuführen ist die Nachfragesteigerung ausschließlich auf das Auslandsgeschäft. Während die Auslandserlöse um 4,1 Prozent zunahmen (Deutschland: +5,9 Prozent), gingen die Inlandsumsätze um zwei Prozent zurück (Deutschland: -1,1 Prozent).

Die umsatzstärksten Branchen in Rheinland-Pfalz konnten mit Ausnahme der Chemischen Industrie deutliche Zuwächse verbuchen. Deutlich über dem Bundesdurchschnitt lagen die Umsatzzuwächse gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 in der Herstellung von Kraftwagen

und Kraftwagenteilen (+11 Prozent), im Maschinenbau (+7,4 Prozent), in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+2,6 Prozent) und in der pharmazeutischen Industrie (+16 Prozent). Die Chemische Industrie verzeichnete dagegen mit -3,2 Prozent (Deutschland: -0,5 Prozent) einen kräftigen Umsatzrückgang, wobei sowohl die Inlandsumsätze (-5,3 Prozent) als auch die Auslandsumsätze (-2,4 Prozent) abnahmen. Auch einige kleinere Branchen mussten deutliche Einbußen hinnehmen, darunter die Hersteller von Metallerzeugnissen (-4,3 Prozent), die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (-8,4 Prozent) und die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (-6,1 Prozent).

Die Umsätze im Baugewerbe sind im ersten Halbjahr gesunken. Im Bauhauptgewerbe gingen die Umsätze in

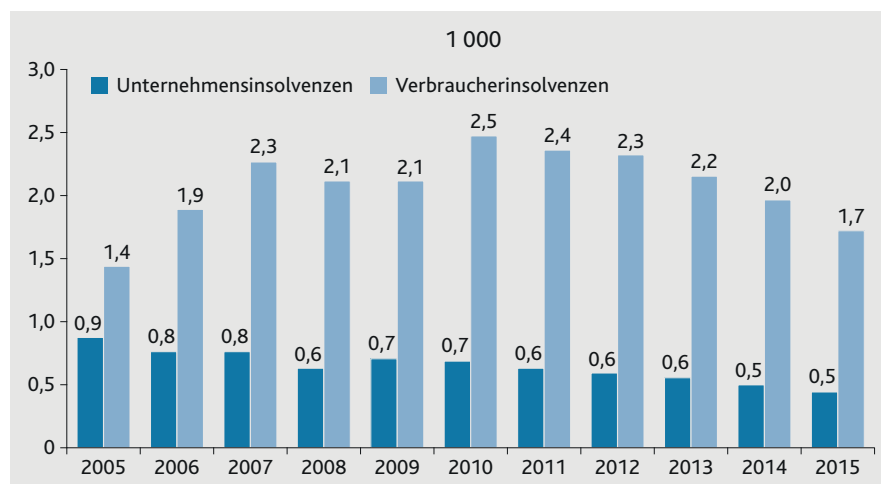
Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um 8,4 Prozent zurück und damit deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt (-1 Prozent). Dazu trugen sowohl der öffentliche Hoch- und Tiefbau als auch der Wohnungsbau und der gewerbliche Hochbau bei. Lediglich im gewerblichen Tiefbau stiegen die Umsätze. Das Ausbaugewerbe erzielte zwar ein Plus von 5,6 Prozent, während die Umsätze bundesweit stagnierten. Der Umsatzrückgang im Bauhauptgewerbe konnte damit aber nicht ausgeglichen werden. Das Baugewerbe trägt rund fünf Prozent zur rheinland-pfälzischen Wertschöpfung bei.

Im Dienstleistungssektor, der insgesamt 65 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung ausmacht, haben im ersten Halbjahr alle Wirtschaftsbereiche zum Wachstum der Wirtschaftsleistung beigetragen. Im Handel ist dies vor allem auf den Kfz-Handel zurückzuführen; die Umsätze legten gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 um 8,7 Prozent zu (Deutschland: +7,4 Prozent). Auch der rheinland-pfälzische Einzelhandel trug mit einer Umsatzsteigerung von 1,5 Prozent (Deutschland: +2,4 Prozent) zum Wachstum bei. Im Großhandel war dagegen ein Rückgang um 0,9 Prozent zu verzeichnen (Deutschland: -0,6 Prozent).

Zahl der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen sinkt weiter

Im ersten Halbjahr 2015 stellten in Rheinland-Pfalz weniger Unternehmen einen Insolvenzantrag als im

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Halbjahr 2005–2015



gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging um 8,7 Prozent auf 450 zurück. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag mit 1718 Fällen um 13 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 2014.

Von Unternehmensinsolvenzen betroffenen waren im ersten Halbjahr 2015 insgesamt 1776 Beschäftigte, das waren 41,5 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Mit 294 Millionen Euro verringerte sich die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen gegenüber dem Vorjahreswert um 3,2 Prozent. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 652 500 Euro verschuldet (2014: 615 500).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (89) und aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (73). Mit Abstand folgten Unternehmen aus den Bereichen „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen

Dienstleistungen“ (48) sowie „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (31).

Regional gesehen wurden unter den kreisfreien Städten in Frankenthal mit 5,4 Fällen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen die meisten Insolvenzanträge gestellt, am wenigsten in Landau in der Pfalz mit 1,5 Fällen. Die größte Zahl an Unternehmensinsolvenzen unter den Landkreisen waren im Landkreis Birkenfeld mit 4,8 Fällen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen zu verzeichnen, die niedrigste im Donnersbergkreis (1,2 Fälle).

Die Summe der voraussichtlichen Forderungen bei den Verbraucherinsolvenzen belief sich auf 104 Millionen Euro. Das waren 7,7 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2014. Die durchschnittliche Verschuldung der insolventen Verbraucher betrug 60 500 Euro gegenüber 57 100 Euro im Vorjahreszeitraum.

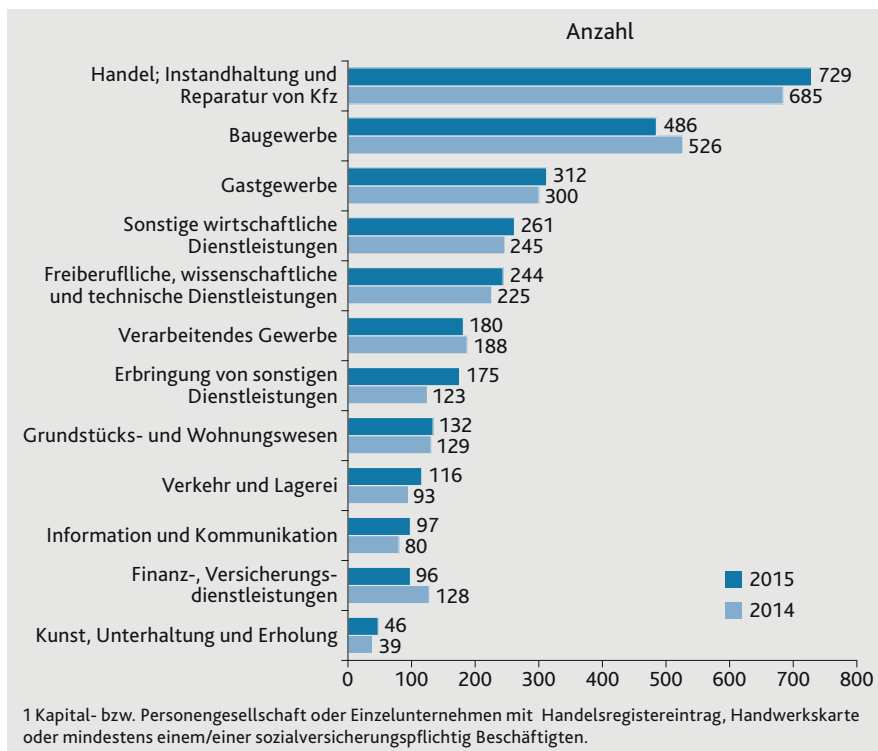
Mit 19 Fällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es die meisten Verbraucherinsolvenzen im ersten Halbjahr 2015 in der kreisfreien Stadt Pirmasens. Unter den Landkreisen wies der Landkreis Kusel mit 10,4 den höchsten Wert auf. Die niedrigsten Werte ergaben sich bei den kreisfreien Städten in Landau in der Pfalz (2,3), bei den Landkreisen im Landkreis Südliche Weinstraße (1,3).

Betriebsgründungen steigen, Betriebsaufgaben gehen leicht zurück

In Rheinland-Pfalz wurden im ersten Halbjahr 2015 mehr Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung gegründet. Die Zahl dieser so genannten Betriebsgründungen stieg gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 2,3 Prozent auf 2 980.

Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens eine bzw. einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bzw. Beschäftigten haben. Die größere wirtschaftliche Bedeutung wird aufgrund der Rechtsform oder der voraussichtlichen Beschäftigtenzahl angenommen. Die meisten Betriebsgründungen gab es in den Bereichen „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (24,5 Prozent), „Baugewerbe“ (16 Prozent) sowie „Gastgewerbe“ (10,5 Prozent).

Betriebsgründungen¹ im 1. Halbjahr 2014 und 2015 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Regional betrachtet verbuchte unter den kreisfreien Städten Kaiserslautern mit 15,5 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die höchste Quote. Unter den Kreisen ergab sich für den Landkreis Vulkaneifel mit zehn Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner der höchste Wert. Die niedrigsten Gründungsaktivitäten waren in der kreisfreien Stadt Koblenz (7,8) bzw. im Landkreis Südwestpfalz (3,9) zu verzeichnen.

Die Zahl der sonstigen Neugründungen lag im ersten Halbjahr 2015 mit 12 090 um 0,3 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Als sonstige Neugründungen gelten Gründungen von Kleinunternehmen, d. h. von Einzelunternehmen ohne Handelsre-

gistereintrag oder Handwerkskarte, die keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Darunter befanden sich 6 660 Gründungen im Nebenerwerb. Insgesamt wurden

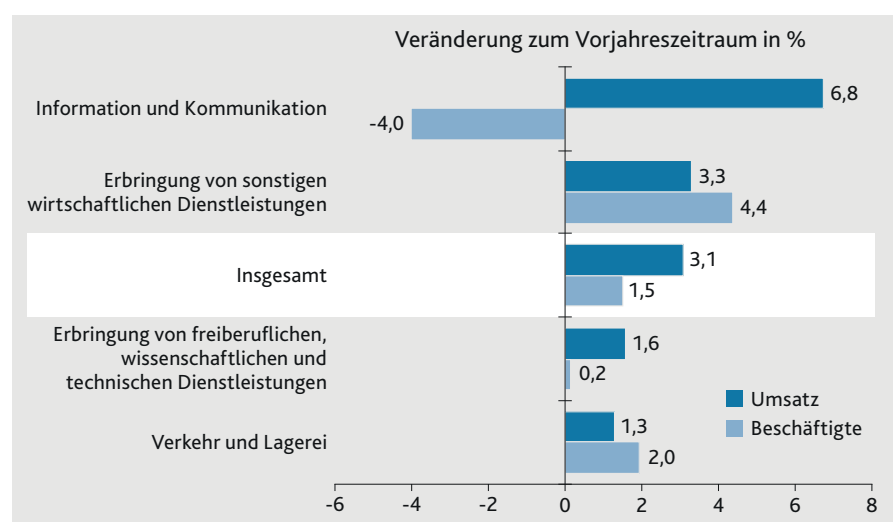
18 495 Gewerbe angemeldet; das war eine Zunahme um 1,2 Prozent.

Die Zahl der Aufgaben von Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung sank um 1,6 Prozent auf 2 530. Die sonstigen Stilllegungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um ein Prozent auf 11 725. Insgesamt wurden 17 257 Gewerbe abgemeldet, das waren 2,1 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2014.

Umsatz und Beschäftigung unternehmensnaher Dienstleister auch im zweiten Quartal 2015 gestiegen

Die rheinland-pfälzischen Dienstleistungsbereiche, die überwiegend unternehmensnahen Service anbieten, erzielten im zweiten Quartal 2015 mehr Umsatz. Die Erlöse stiegen gegenüber dem zweiten Quartal 2014 um 3,1 Prozent (Deutschland: +3,5 Prozent). Die Beschäftigtenzahl legte um 1,5 Prozent zu (Deutschland: +2,8 Prozent).

Umsatz und Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 2. Quartal 2015



Die insgesamt günstige Umsatzentwicklung wurde von allen vier Bereichen getragen. Am deutlichsten legte der Wirtschaftsabschnitt „Information und Kommunikation“ zu (+6,8 Prozent). Der Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ wuchs etwas stärker als der Durchschnitt (+3,3 Prozent). Der Umsatz im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ erhöhte sich um 1,6 Prozent, im Bereich „Verkehr und Lagerei“ betrug der Anstieg 1,3 Prozent.

Zur positiven Beschäftigtenentwicklung trugen die Bereiche „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (+4,4 Prozent) sowie „Verkehr und Lagerei“ (+2 Prozent) maßgeblich bei. Im Wirtschaftsabschnitt „Information und Kommunikation“ sank die Beschäftigtenzahl um vier Prozent.

Starker Juli hält Tourismus auf Rekordkurs

Der rheinland-pfälzische Tourismus bleibt auf Rekordkurs. Deutliche Zuwächse bei Gästen und Übernachtungen im Juli bescherten der Branche für die ersten sieben Monate neue Höchstwerte. Von Januar bis Juli besuchten über 5,1 Millionen Gäste das Land. Das waren 4,3 Prozent mehr als in den ersten sieben Monaten des Jahres 2014. Auch die 13,5 Millionen Übernachtungen stellen eine neue Höchstmarke dar; die bisher beste Siebenmonats-Bilanz aus dem Jahr 2011 – damals fand

in Koblenz die Bundesgartenschau statt – wurde um mehr als 290 000 Übernachtungen übertroffen (+2,2 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresergebnis gab es eine Steigerung um 4,2 Prozent.

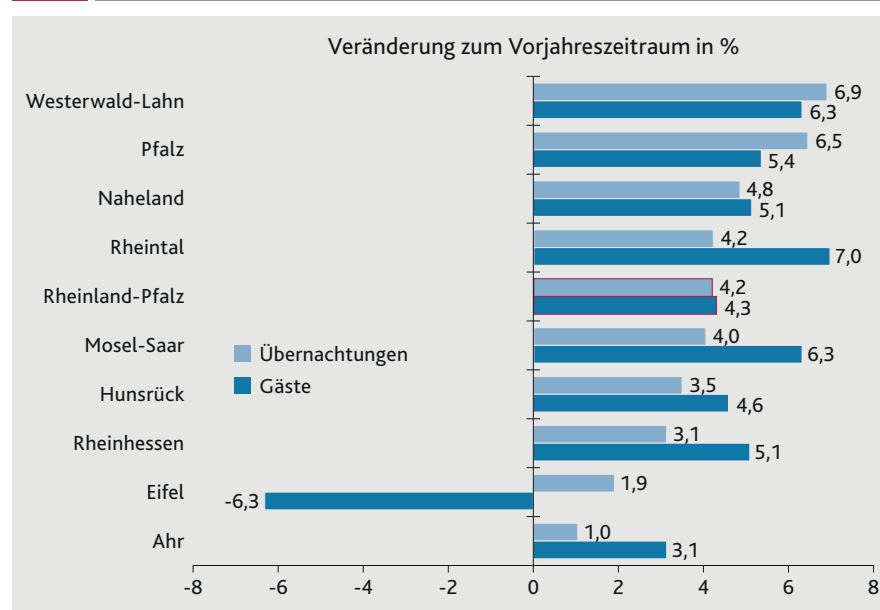
Alle rheinland-pfälzischen Tourismusregionen konnten mit einem Übernachtungsplus aufwarten, acht der neun Gebiete verzeichneten gleichzeitig Zuwächse beim Gästeaufkommen. In der Eifel wirkten sich eine geringere Nachfrage von inländischen und ausländischen Gästen sowie die vorübergehende Schließung eines größeren Anbieters zum Jahresanfang aus. Das gleichzeitig ermittelte Übernachtungsplus geht wesentlich auf Zuwächse bei gewerblichen Kleinbetrieben und Privatvermietern zurück.

In allen Betriebsarten stiegen die Übernachtungszahlen in den ersten

sieben Monaten, wobei Pensionen, Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Hotels garnis, Camping- und Reisemobilplätze sowie Gasthöfe überdurchschnittlich zulegten. Beim Gästeaufkommen mussten lediglich die Ferienzentren sowie die Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen Rückgänge hinnehmen.

Aus Deutschland kamen fast vier Millionen Übernachtungsgäste nach Rheinland-Pfalz. Das war ein Plus von 4,9 Prozent gegenüber den ersten sieben Monaten des Vorjahres. Die Zahl ihrer Übernachtungen stieg im gleichen Maße auf fast 10,3 Millionen. Über 1,1 Millionen Besucherinnen und Besucher (+2,1 Prozent) reisten aus dem Ausland an. Auf sie entfielen über 3,2 Millionen Übernachtungen (+2,1 Prozent). Davon wurden zwei Drittel von Gästen aus den Niederlanden, Belgien und den USA gebucht.

Übernachtungen und Gäste von Januar bis Juli 2015 nach Tourismusregionen



Handwerk erzielt im zweiten Quartal 2015 leichtes Umsatzplus

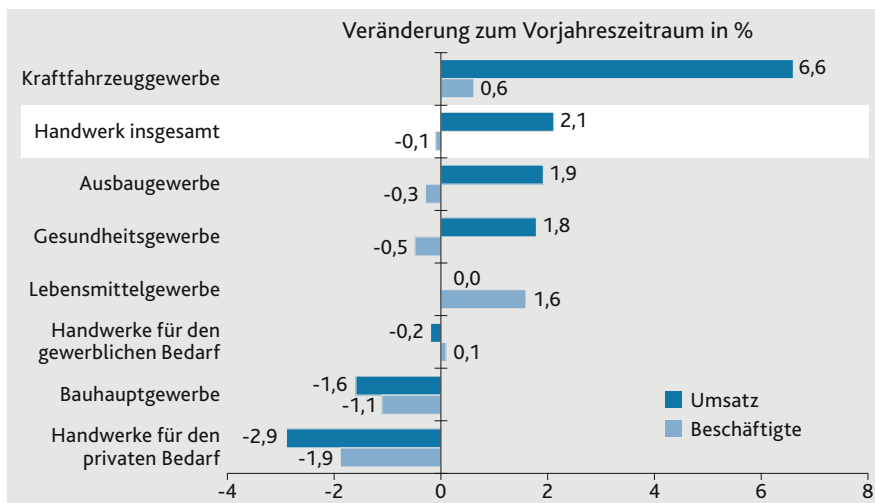
Das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz erzielte im zweiten Quartal 2015 ein leichtes Umsatzplus gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. Die Umsätze legten gegenüber dem zweiten Quartal 2014 um 2,1 Prozent zu (Deutschland: +2,3 Prozent), wobei der Zuwachs von drei der sieben Gewerbegruppen getragen wurde. Das stärkste Umsatzplus verzeichnete mit 6,6 Prozent das Kraftfahrzeuggewerbe. Die deutlichsten Umsatzrückgänge meldeten die Handwerke für den privaten Bedarf mit -2,9 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten lag nahezu auf dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresquartals (-0,1 Prozent; Deutschland: -0,6 Prozent). Die Bandbreite innerhalb der sieben Gewerbegruppen bewegte sich zwischen +1,6 Prozent im Lebensmittelgewerbe und -1,9 Prozent bei Handwerken für den privaten Bedarf.

Weniger als ein Prozent der deutschen Schweine wird in Rheinland-Pfalz gehalten

Der Bestand an Schweinen in Rheinland-Pfalz stagniert auf niedrigem Niveau. Zum Stichtag 3. Mai 2015 wurden nur noch 200 600 Schweine gehalten, das waren in etwa so viele wie ein Jahr zuvor (+0,3 Prozent). Vor zwanzig Jahren gab noch fast doppelt so viele Tiere im Land. Bundesweit lag der Schweinebestand bei 28 Millionen, auch das entsprach in etwa dem

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 2. Quartal 2015 nach Gewerbegruppen



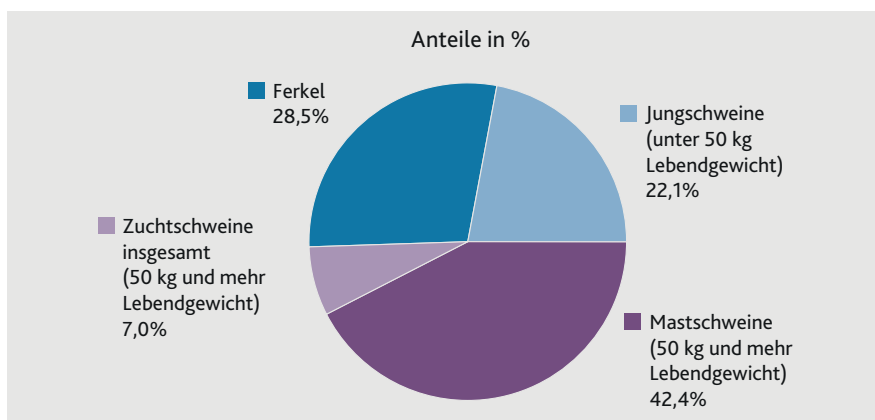
Vorjahreswert. Auf Rheinland-Pfalz entfällt somit ein Anteilswert von nur 0,7 Prozent.

Auf Mastschweine entfällt mit fast 43 Prozent der größte Anteilswert. Der Bestand legte innerhalb eines Jahres um 2,1 Prozent auf 85 100 Tiere zu. Rund 29 Prozent des Bestandes stellten die Ferkel (57 100 Tiere). Ihre Zahl nahm binnen eines Jahres um ein Prozent ab. Der Jungschweinebestand von 44 300 Tieren war geringfügig größer als im Mai 2014.

An Zuchtschweinen, wie Zuchtsauen und Eber, wurden noch 14 100 Tiere gehalten. Das waren 4,1 Prozent weniger als vor einem Jahr.

Auch der Rinderbestand wurde in den zurückliegenden 20 Jahren deutlich reduziert. Im Jahr 1995 wurden 489 500 Rinder registriert, zum Stichtag 3. Mai 2015 waren es noch 363 900. Binnen Jahresfrist sank der Bestand um 0,2 Prozent. In ganz Deutschland wurden zum Stichtag knapp 12,7 Millionen Rinder gehalten.

Schweinebestand am 3. Mai 2015 nach Kategorien



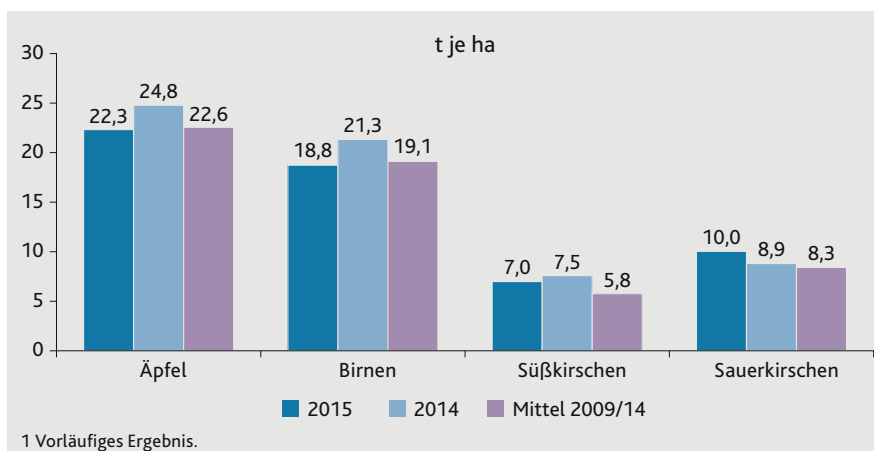
ten. Der rheinland-pfälzische Anteil an dem deutschen Rinderbestand betrug somit 2,9 Prozent.

Von den am Erhebungsstichtag gezählten Rindern waren 189 100 Tiere (52 Prozent) älter als zwei Jahre. Diese Gruppe umfasste u. a. 119 100 Milchkühe und 40 000 sonstige Kühe, z. B. Ammen und Mutterkühe. Während die Zahl der Milchkühe um 1,3 Prozent abnahm, verringerte sich der Bestand an sonstigen Kühen um 0,3 Prozent. Ein weiteres Viertel (27 Prozent) des Rinderbestandes stellten die Kälber und Jungrinder bis zu einem Jahr. Auf die Altersklasse zwischen einem und zwei Jahren entfiel jedes fünfte Rind.

Geringere Apfelernte

Die rheinland-pfälzischen Obstbaubetriebe können dieses Jahr – nach einer ersten Bilanz – nur eine unterdurchschnittliche Apfelernte einbringen. Bei der wichtigsten Obstart im Land wird ein Hektarertrag von 22 Tonnen geschätzt. Dieser Wert liegt geringfügig unter dem durchschnittlichen Ertrag der Jahre 2009 bis 2014. Im Vergleich zu dem guten Hektarertrag des Vorjahres würden zehn Prozent fehlen. Wird die Anbaufläche (1 355 Hektar) aus dem Jahr 2012 zu Grunde gelegt, errechnet sich eine Erntemenge von rund 30 300 Tonnen. Sie läge ebenfalls um zehn Prozent unter der Menge des Vorjahres. Damit stehen rechnerisch jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner fast acht Kilogramm Äpfel aus heimischer Erzeugung zur Verfügung. Zum

Hektarerträge von Baumobst 2014 und 2015¹ nach Obstarten



Vergleich: Der Pro-Kopf-Verbrauch an Äpfeln lag 2013/14 bei 23,5 Kilogramm.

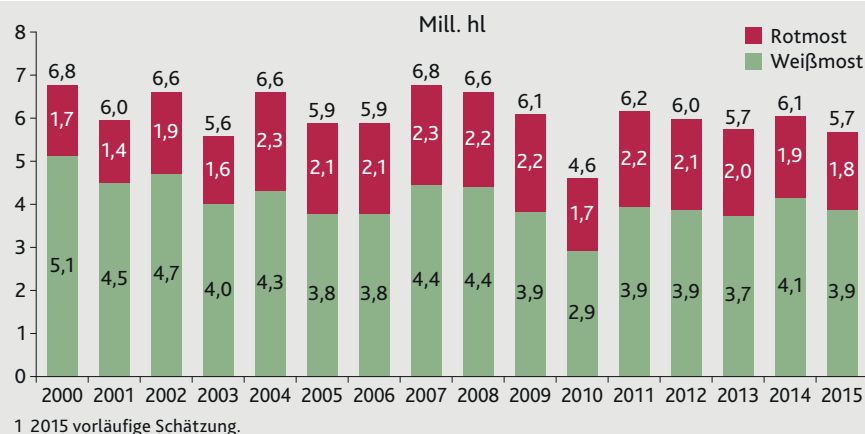
Nach den Feststellungen der Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) brachten Sauerkirschen (617 Hektar) mit zehn Tonnen je Hektar einen überdurchschnittlichen Ertrag. Im Mittel der Jahre 2009 bis 2014 wurden 8,3 Tonnen je Hektar geerntet. Gegenüber dem vorigen Jahr ist damit ein geschätzter Ertragszuwachs von zwölf Prozent zu verzeichnen. Die Erntemenge belief sich auf 6 000 Tonnen. Süßkirschen (496 Hektar) liegen mit einem geschätzten Hektarertrag von sieben Tonnen über dem langjährigen Schnitt von 5,8 Tonnen. Gegenüber dem Vorjahr wurden allerdings sieben Prozent weniger geerntet. Die Erntemenge beträgt 3 500 Tonnen.

Die Birnen anbauenden Betriebe (189 Hektar) werden mit knapp 19 Tonnen je Hektar voraussichtlich eine Ertragsteigerung von zwei Prozent gegenüber dem mehrjährigen Durchschnitt erzielen. Im Vergleich

zum Vorjahr würden allerdings rund zwölf Prozent fehlen. Die geschätzte Erntemenge beläuft sich auf 3 600 Tonnen.

Trockenheit lässt Weinmosternte schrumpfen – Über ein Viertel der Erntemenge entfällt auf Riesling

Auf fast 5,7 Millionen Hektoliter schätzten die Ernteberichterstatte(r) Ende August die Erntemenge für Weinmost. Gegenüber dem langjährigen Mittelwert wären das knapp fünf Prozent weniger. Im Vergleich zum Vorjahr beträgt die Abnahme fast sechs Prozent. Ein wichtiger Grund für die moderate Weinmosternte sind die seit Februar fehlenden Niederschläge. Die Trockenheit und große Hitze im Sommer hatte aber auch ihr Gutes, indem sie zu einem geringen Befall mit Pilzkrankheiten und Schädlingen führte. So wurden z. B. bisher kaum Schädigungen durch die Kirschessigfliege gemeldet; ein Schädling der im letzten Jahr viele Weinbaubetriebe vor größere Probleme stellte.

Weinmosternte 2000–2015¹

Die Erntemenge der weißen Moste liegt nach den vorliegenden Schätzungen mit 3,9 Millionen Hektoliter um gut sechs Prozent unter der Vorjahresmenge. Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2014 ist eine geringfügig kleinere Menge zu ernten. Da in den letzten Jahren die Ertragsrebläche für weiße Moste ausgedehnt wurde, ist die Abnahme gegenüber dem langjährigen Durchschnitt geringer als gegenüber dem Vorjahr. Beim Rotmost wird eine Abnahme der Erntemenge von fünf Prozent erwartet. Mit 1,8 Millionen Hektolitern läge die Erntemenge 13 Prozent unter dem langjährigen Mittel.

Der durchschnittliche Hektarertrag für Weißmost wird auf 90 Hektoliter je Hektar geschätzt und erreicht damit fast den langjährigen Durchschnittswert von 91 Hektoliter. Im vergangenen Jahr waren rund 96 Hektoliter geerntet worden. Bei den roten Mosten werden im laufenden Jahr voraussichtlich 95 Hektoliter je Hektar gewonnen; im langjährigen

Durchschnitt waren es 107 und im letzten Jahr 100 Hektoliter.

Für Rheinhessen – das größte Weinanbaugebiet Deutschlands – und die Pfalz wurden Erntemengen von 2,4 bzw. 2,1 Millionen Hektoliter geschätzt. Sie lägen damit um gut sieben bzw. vier Prozent unter den Vorjahresmengen. An der Mosel wird mit 0,8 Millionen Hektoliter eine Erntemenge erwartet, die um fast fünf Prozent unter der Vorjahresmenge liegt.

Aufgrund des Termins, zu dem die Schätzungen erfolgen, sind die Ergebnisse noch mit Unsicherheiten behaftet und größere Veränderungen auf Grund des weiteren Witterungsverlaufs möglich.

Höchste Zahl an Zuzügen seit 1993 – Anteil der Zuwanderung aus dem Ausland steigt weiter

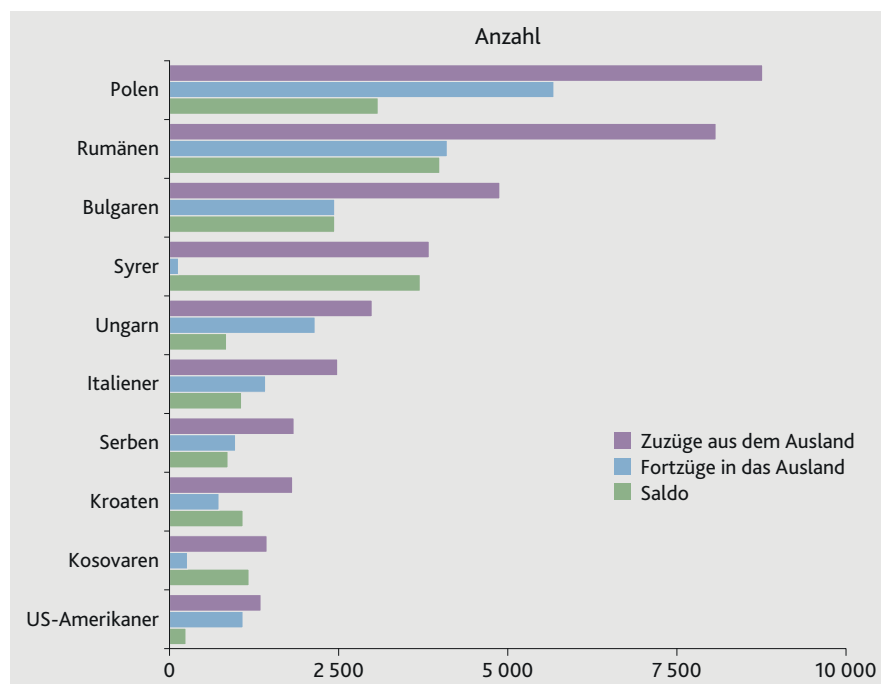
Im Jahr 2014 sind so viele Menschen nach Rheinland-Pfalz gezogen wie zuletzt Anfang der 90er-Jahre. Es verlegten mehr als 135 600 Personen

ihren alleinigen bzw. Hauptwohnsitz nach Rheinland-Pfalz. Das waren rund 13,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor und die höchste Zahl seit 1993. Gleichzeitig zogen rund 108 300 Personen über die Landesgrenzen fort, 5,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit rund 27 300 Personen ergibt sich der höchste positive Wanderungssaldo seit 1996.

Knapp die Hälfte der Zugezogenen (65 140 bzw. 48 Prozent) kam aus dem Ausland, 70 500 Personen verlagerten ihren Wohnsitz aus einem anderen Bundesland nach Rheinland-Pfalz. Zuwanderungen aus dem Ausland gewinnen im Vergleich zu den Binnenzuzügen an Bedeutung. Im Jahr 2004 hatte der Anteil der Zuwanderungen nach Rheinland-Pfalz aus dem Ausland noch rund 31 Prozent betragen.

Neun von zehn Zuzügen aus dem Ausland entfielen auf Personen nicht deutscher Staatsangehörigkeit. Von den insgesamt 59 460 zugewanderten Ausländerinnen und Ausländern sind 37 030 und damit fast zwei Drittel Angehörige von EU-Mitgliedsstaaten, darunter 5 190 aus den von der Euro-Krise besonders betroffenen Ländern Italien (2 500 Personen), Spanien (965 Personen), Griechenland (9 503 Personen) und Portugal (780 Personen). Weiterhin zogen 8 100 Rumäninnen und Rumänen sowie 4 880 Bulgarinnen und Bulgaren zu, also Angehörige von EU-Mitgliedsstaaten, für die seit dem Januar 2014 die Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Mit 3 850 Menschen aus Syrien, 1 849

Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland 2014 nach den am häufigsten zugewanderten Nationalitäten



aus Serbien, 1 449 aus dem Kosovo, 906 aus Eritrea, 745 aus Albanien und 633 aus Afghanistan reisten Staatsangehörige aus Ländern ein, die nach Auswertungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im vergangenen Jahr deutschlandweit zu den Hauptherkunftsländern der Asyl-antragsstellerinnen und -antragsteller zählten.

Aus anderen Regionen Deutschlands zogen 70 500 Personen nach Rheinland-Pfalz zu, 70 620 verlegten ihren alleinigen bzw. Hauptwohnsitz in andere Bundesländer. Insofern ergibt sich erstmals seit 2006 für diese innerdeutschen Wanderungen ein geringes Defizit. Mit den direkt angrenzenden Bundesländern gab es ein Wanderungsplus in Höhe von 1 150 Personen, für das hauptsächlich die positive Bilanz gegenüber Hes-

sen (+926) verantwortlich war. Aus dem Saarland zogen 298 Personen mehr zu, als ihren Wohnsitz dorthin verlegten. Mit Baden-Württemberg (–23) und Nordrhein-Westfalen (–52) war die Bilanz jeweils leicht negativ. Auch mit den östlichen Bundesländern fällt die Wanderungsbilanz mit –112 Personen insgesamt negativ aus. Für die Länder Sachsen (–62 Personen), Brandenburg (–61 Personen), Sachsen-Anhalt (–38 Personen) und Mecklenburg-Vorpommern (–19 Personen) sind negative Salden zu verzeichnen, wohingegen sich mit Thüringen ein Wanderungsüberschuss im Umfang von 68 Personen errechnet. Die höchsten Wanderungsdefizite ergeben sich mit –608 Personen gegenüber Berlin; nach Bayern zogen 450 Personen mehr fort, als aus dem Freistaat zuwanderten.

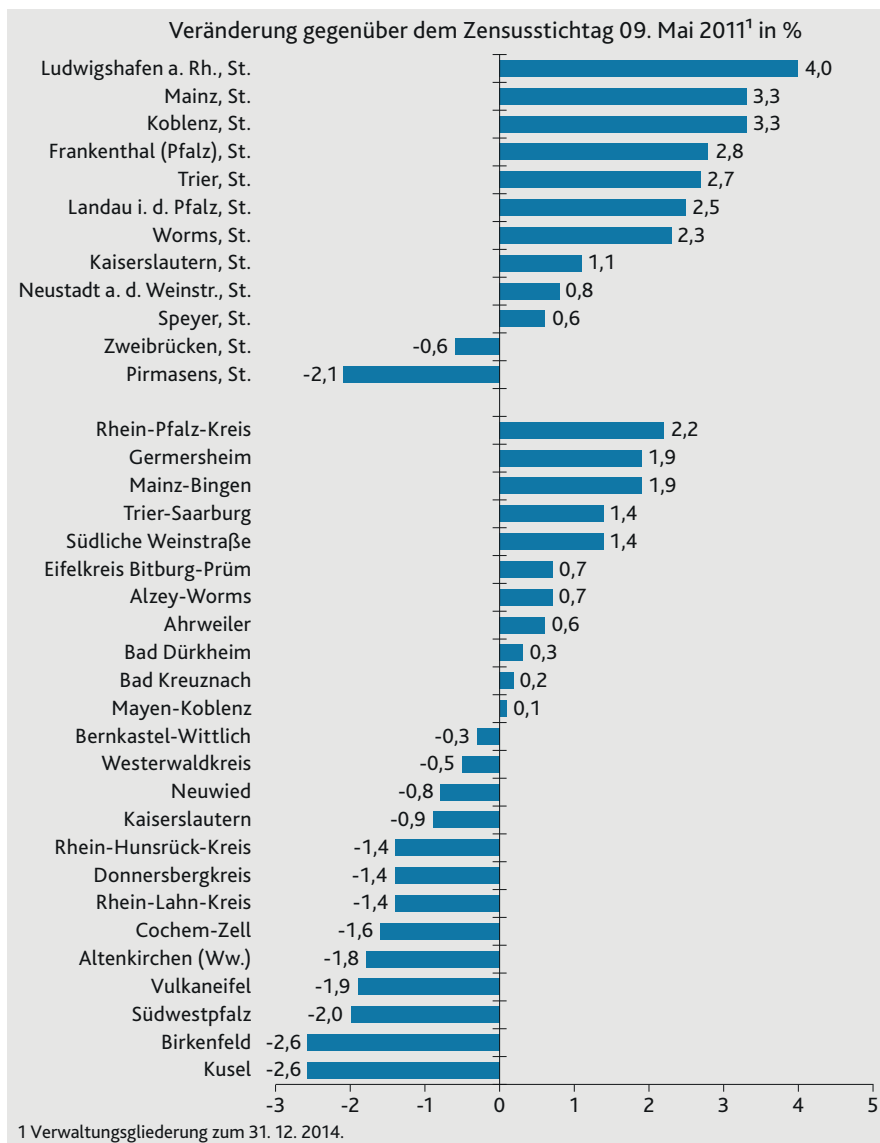
Für alle kreisfreien Städte und Landkreise sind positive Wanderungsbilanzen zu verzeichnen. Überdurchschnittlich hohe Überschüsse durch Wanderungen über die Landesgrenze ergeben sich für die kreisfreien Städte Trier (10 130 Personen), Ludwigshafen (2 190 Personen) und Mainz (1 820 Personen). Die auffällig hohe positive Wanderungsbilanz der Stadt Trier dürfte in erster Linie auf die dort ansässige Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber (AfA) zurückzuführen sein. Dort werden die Flüchtlinge aufgenommen, untergebracht und betreut, bevor sie den Kommunen zugewiesen werden. Bei den Landkreisen ergeben sich die höchsten Wanderungsüberschüsse für die Kreise Ahrweiler (830 Personen), Mainz-Bingen (797 Personen), Germersheim (764 Personen) sowie den Rhein-Pfalz-Kreis (749 Personen).

Bevölkerungszahl nimmt 2014 weiter zu – Anstieg durch Zuzüge aus dem Ausland

Die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz ist 2014 zum dritten Mal in Folge gestiegen. Am 31. Dezember 2014 lebten 4 011 600 Menschen im Land. Das waren rund 17 200 mehr als ein Jahr zuvor. Grund für die Zunahme ist die gestiegene Zahl von Zuzügen aus dem Ausland. Die Zahl der Gestorbenen (44 310) lag hingegen wie in den Vorjahren deutlich über der Zahl der Geborenen (33 430).

Die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer stieg gegenüber dem 31. Dezember 2013 um mehr als 25 000 auf rund

Bevölkerung am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken



331 000 an. Ihr Anteil an der Bevölkerung lag Ende 2014 bei 8,2 Prozent und damit 0,5 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Maßgeblich für diese Entwicklung ist die mit über 65 000 Personen höchste Zahl an Zuzügen aus dem Ausland seit Anfang der 90er-Jahre. Gegenüber dem Stichtag der Volkszählung am 9. Mai 2011 stieg der Ausländeranteil um 1,4 Prozentpunkte.

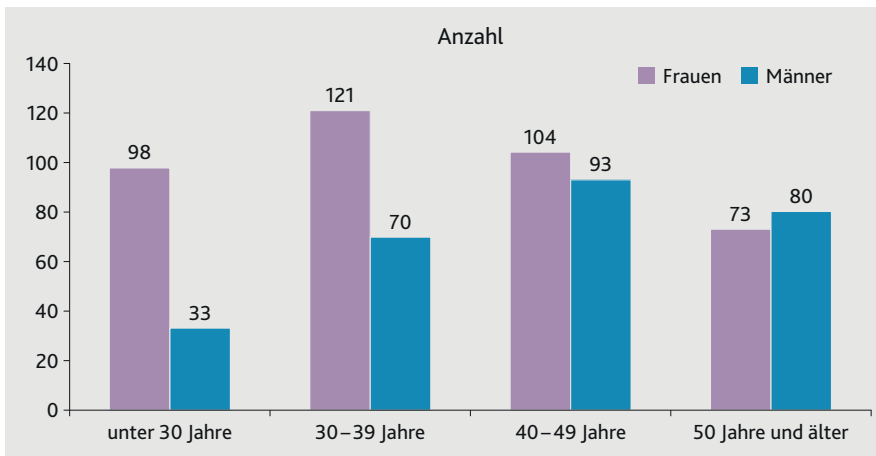
Die Altersstruktur der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hat sich im Mehrjahresvergleich ebenfalls verändert. Gegenüber dem 9. Mai 2011 sank die Zahl der unter 20-Jährigen um 3,3 Prozent. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren stieg um 0,9 Prozent, die der potenziell nicht mehr erwerbsfähigen Personen ab 65 Jahre um 3,2 Prozent.

Die Bevölkerung in den kreisfreien Städten wuchs gegenüber dem 9. Mai 2011 um durchschnittlich 2,4 Prozent. Zehn Städte weisen seit dem Stichtag des Zensus 2011 eine positive Einwohnerentwicklung auf, die in Ludwigshafen (+4 Prozent), in Koblenz und in Mainz (jeweils +3,3 Prozent) am stärksten ausfiel. Rückläufig war die Einwohnerentwicklung in den kreisfreien Städten Pirmasens (-2,1 Prozent) und Zweibrücken (-0,6 Prozent). In den Landkreisen lag die Einwohnerzahl im Durchschnitt um 0,1 Prozent niedriger als am Zensusstichtag; 13 der 24 Landkreise verzeichneten Bevölkerungsverluste. Der höchste Rückgang entfiel mit je 2,6 Prozent auf die Landkreise Birkenfeld und Kusel, den stärksten Zuwachs gab es im Rhein-Pfalz-Kreis mit +2,2 Prozent.

336 gleichgeschlechtliche Paare geben sich 2014 das Ja-Wort

Im vergangenen Jahr gingen in Rheinland-Pfalz 276 Männer und 396 Frauen gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften ein. Mit insgesamt 336 standesamtlich beurkundeten Partnerschaften schlossen damit 26 homosexuelle Paare mehr den „Bund fürs Leben“ als noch im Vorjahr (+8 Prozent). Das Gros sowohl der Männer (59 Prozent) als auch der Frauen (57 Prozent) war zwischen 30 und 49 Jahre alt. Annähernd drei von zehn Männern und zwei von zehn Frauen hatten zum Zeitpunkt der standesamtlichen Besiegelung ihrer Partnerschaft bereits das 50. Lebensjahr vollendet.

Neugeschlossene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften 2014 nach Altersgruppen und Geschlecht



Mit insgesamt 116 Lebenspartnerschaften wurden im vergangenen Jahr in den zwölf kreisfreien Städten annähernd halb so viele dieser Partnerschaften begründet wie in den 24 Landkreisen (220 Partnerschaften). Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner sind in den kreisfreien Städten 2,2, in den Landkreisen 1,5 Personen eine gleichgeschlechtliche Ehe eingegangen.

Mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Internationalen Studienkollegs

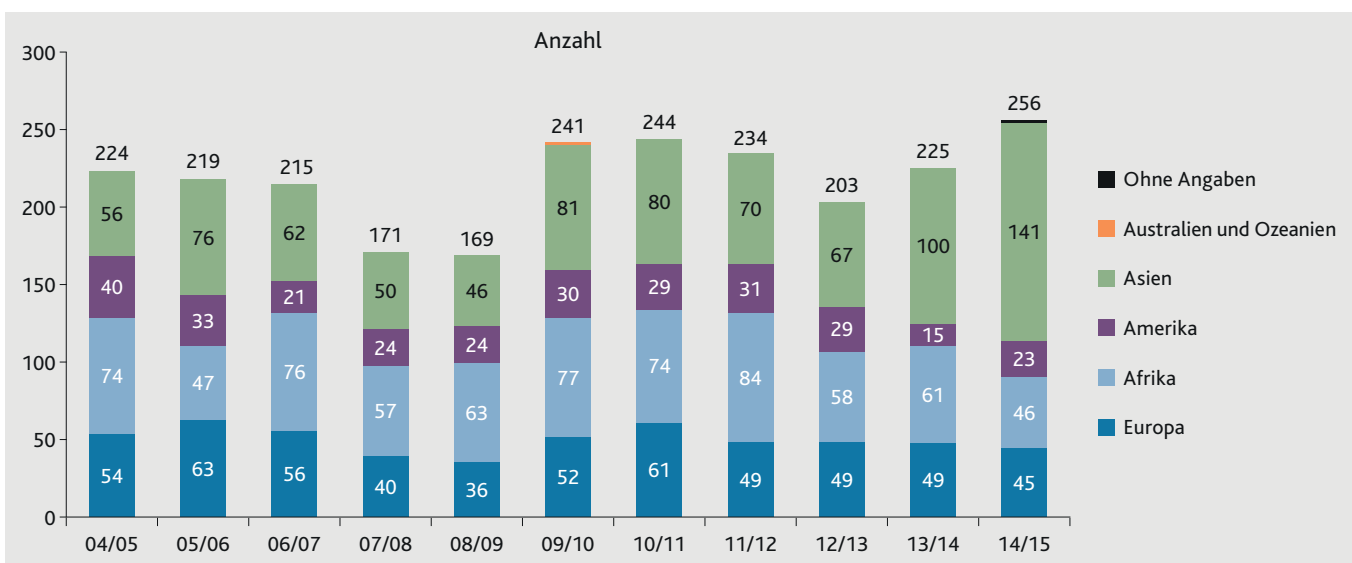
Die beiden Internationalen Studienkollegs in Mainz und Kaiserslautern konnten zum Wintersemester 2014/15 wieder Zuwächse verzeichnen. Zu Beginn des Wintersemesters 2014/15 bereiteten sie insgesamt 256 Studienkollegiatinnen und -kollegiaten

auf ein Hochschulstudium in Deutschland vor. Das waren 31 Frauen und Männer mehr als im Wintersemester 2013/14. Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer strebten die allgemeine Hochschulreife (161), die übrigen die Fachhochschulreife an (95).

Die Internationalen Studienkollegs vermitteln Studienbewerberinnen und -bewerber mit ausländischem Schulabschluss die sprachlichen und fachlichen Voraussetzungen für ein Hochschulstudium in Deutschland. Die vorakademische Ausbildung endet mit einer Feststellungsprüfung, mit deren Bestehen die Zugangsbeerechtigung für die Aufnahme eines Fachstudiums erlangt wird.

Die Studienkollegiatinnen und -kollegiaten im Wintersemester 2014/15 stammten von vier Erdteilen: 141 kamen aus asiatischen, 46 aus afrikanischen und 45 aus europäischen

Studienkollegiaten/-innen in den Wintersemestern 2004/05–2014/15 nach Erdteil



Ländern, weitere 23 vom amerikanischen Kontinent. Die am stärksten vertretenen Nationen waren Indonesien (55), Marokko (38) und Vietnam (22). Insgesamt 19 Studienkollegiatinnen und -kollegiaten hatten die deutsche Staatsangehörigkeit. Hierbei handelte es sich um junge Deutsche, die eine Schule im Ausland besucht hatten.

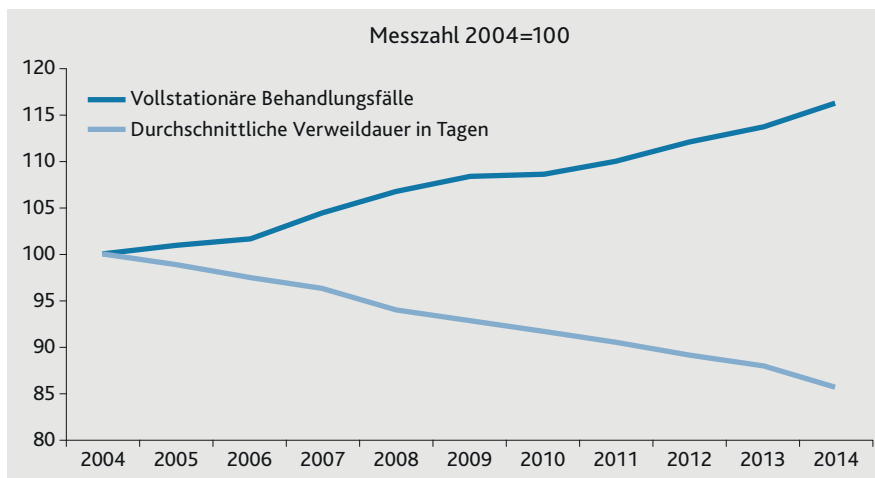
Im Wintersemester 2014/15 waren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen 12 365 ausländische Studierende eingeschrieben. Von diesen hatten 753 ihre Hochschulzugangsberechtigung an einem deutschen Studienkolleg erlangt.

Mehr als 940 000 Krankenhauspatientinnen und -patienten – Verweildauer weiter gesunken

In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern wurden im vergangenen Jahr rund 940 00 Patientinnen und Patienten vollstationär versorgt. Das waren 16 Prozent mehr als vor zehn Jahren und rund zwei Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl dieser Behandlungsfälle ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und erreichte im Jahr 2014 einen neuen Höchststand. Die Zahl der für die vollstationäre Versorgung erbrachten Behandlungstage erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf rund 6,8 Millionen (+0,5 Prozent).

Im Durchschnitt verblieben die Patientinnen und Patienten 7,2 Tage im Krankenhaus, das ist der niedrigste Wert seit der erstmaligen Erhebung der Krankenhausstatistik 1990. Im

Vollstationäre Behandlungsfälle und deren durchschnittliche Verweildauer 2004–2014



Jahr 2005 hatte die durchschnittliche Verweildauer noch 8,3 Tage betragen. Ursachen für die zunehmende Verkürzung der Behandlungsdauer sind – neben den Reformen im Gesundheitswesen, die auf mehr Effizienz zielen – auch medizinische Fortschritte, die sich in neuen oder verbesserten Behandlungsformen mit verkürzter Behandlungsdauer niedergeschlagen haben.

Neben der klassischen vollstationären Unterbringung werden in den Krankenhäusern auch verstärkt ambulante und teilstationäre Leistungen angeboten. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 81 000 Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern ambulant operiert. Das waren gut fünf Prozent mehr als im Jahr zuvor. Fast 22 240 Patientinnen und Patienten wurden teilstationär behandelt. Diese Form der Behandlung wird nicht über 24 Stunden im Krankenhaus durchgeführt; die Patientinnen und Patienten verbringen nur einen Teil des Tages in der Einrich-

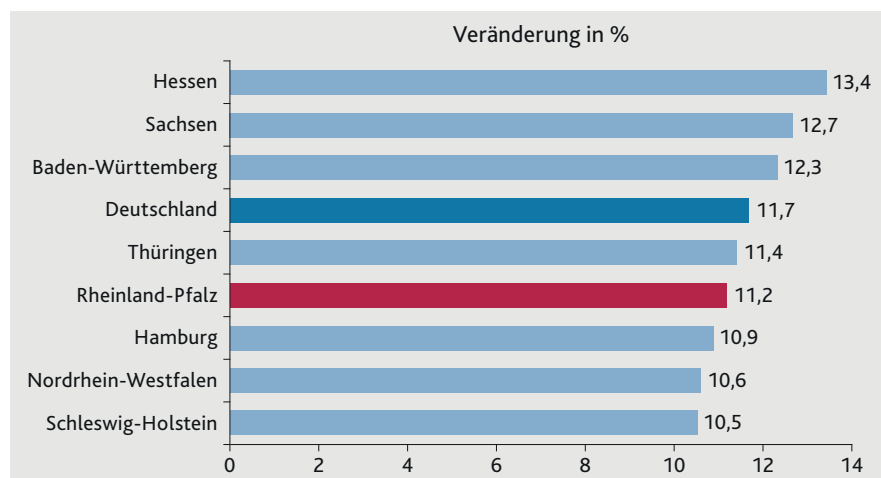
tung. Gegenüber 2013 stieg die Zahl der teilstationären Behandlungen um drei Prozent.

Auf Vollzeitkräfte umgerechnet wurden im vergangenen Jahr 6 640 Ärztinnen und Ärzte für die Behandlung der Patientinnen und Patienten eingesetzt. Das waren fast zwei Prozent mehr als 2013. Im Pflegedienst entspricht die Zahl von 15 665 Vollzeit-äquivalenten dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Jahr 2004 erhöhte sich das ärztliche Personal um gut 30 Prozent, die Zahl der Pflegekräfte nahm um knapp sieben Prozent zu.

Beschäftigung im Gesundheitswesen nimmt weiter zu – Starker Anstieg im Pflegebereich

Das Gesundheitswesen gewinnt als Arbeitgeber weiter an Bedeutung. Die Beschäftigung nahm in diesem Wirtschaftsbereich von 2008 bis 2013 um insgesamt elf Prozent zu (Deutschland: +12 Prozent). Dies entspricht einer durchschnittlichen

Personal im Gesundheitswesen in Deutschland 2008–2013 nach ausgewählten Bundesländern



jährlichen Wachstumsrate von 2,1 Prozent (Deutschland: 2,2 Prozent). Im Jahr 2013 bot das Gesundheitswesen 247 900 Beschäftigten einen Arbeitsplatz; rechnerisch waren 62 Beschäftigte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Wirtschaftsbereich tätig (Deutschland: 63 Beschäftigte).

Ein großer zusätzlicher Personalbedarf bestand im Pflegebereich. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in der ambulanten sowie in der stationären bzw. teilstationären Pflege zwischen 2008 und 2013 um 5 500. Zwar entstanden mehr neue Arbeitsplätze in der stationären bzw. teilstationären Pflege (+3 200) als im ambulanten Bereich (+2 300), jedoch fiel der prozentuale Zuwachs in der ambulanten Pflege mit +23 Prozent stärker aus als in der stationären bzw. teilstationären Pflege (+12 Prozent). Im Krankenhausbereich stieg die Beschäftigtenzahl ebenfalls deutlich. Im Jahr 2013 arbeiteten in den rheinland-

pfälzischen Krankenhäusern 5 200 Beschäftigte mehr als 2008 (+10 Prozent). Auch in den „Praxen sonstiger medizinischer Berufe“, zu denen u. a. physio-, sprach-, ergo- sowie kunst- und musiktherapeutische Praxen, Massagepraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendpsychotherapeuten und Hebammen zählen, wurde mehr Personal eingestellt. In diesem Bereich nahm die Beschäftigtenzahl um knapp 5 000 zu; der prozentuale Anstieg fiel mit +26 Prozent besonders kräftig aus.

Das Gesundheitswesen zeichnet sich durch einen hohen Anteil weiblichen Personals aus. Im Jahr 2013 waren in diesem Wirtschaftsbereich 189 500 Frauen tätig, was einem Beschäftigtenanteil von 76,4 Prozent entspricht (Deutschland: 75,8 Prozent). Teilzeitarbeit ist im Gesundheitswesen weit verbreitet, was im Unterschied von Vollzeitäquivalenten zu Beschäftigtenzahlen zum Ausdruck kommt. Vollzeitäquivalente geben die Zahl

der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. In Rheinland-Pfalz kamen im Gesundheitswesen auf 100 Beschäftigte rechnerisch 71,5 Vollzeitäquivalente. Damit hat Teilzeitbeschäftigung im Land eine überdurchschnittliche Bedeutung – in Deutschland lag das Verhältnis bei 72,8 Vollzeitäquivalenten je 100 Beschäftigte.

Gesundheitsausgaben 2013

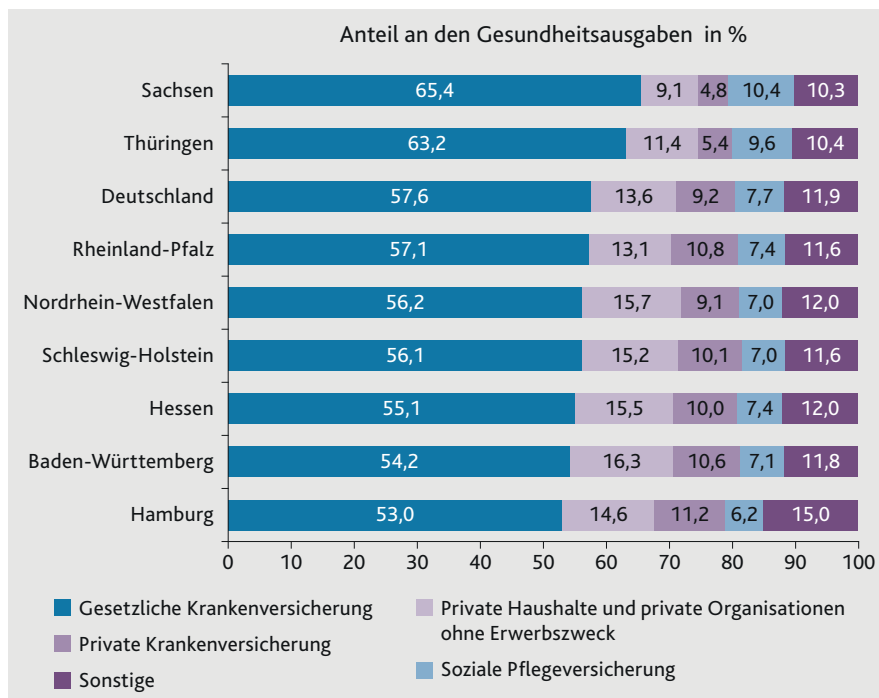
erneut gestiegen –

Pro-Kopf-Ausgaben leicht unterdurchschnittlich

Im Jahr 2013 sind die Ausgaben im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen erneut gestiegen. Es wurden 15,4 Milliarden Euro für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit ausgegeben, das waren 3,1 Prozent mehr als 2012 (Deutschland: +4 Prozent). Damit setzte sich der Trend der vergangenen Jahre fort: Zwischen 2008 und 2013 haben sich die Gesundheitsausgaben im Land insgesamt um 19 Prozent erhöht (Deutschland: +18 Prozent). Daraus ergibt sich für diesen Zeitraum ein durchschnittlicher Zuwachs von 3,6 Prozent pro Jahr (Deutschland: +3,4 Prozent). Damit sind die Gesundheitsausgaben in den vergangenen Jahren im Durchschnitt stärker gestiegen als die Wirtschaftsleistung.

Auf jede Rheinland-Pfälerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer entfielen 2013 rechnerisch Gesundheitsausgaben in Höhe von 3 863 Euro. Die Ausgaben pro Person waren etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt,

Gesundheitsausgaben in Deutschland 2013 nach Ausgabenträgern und ausgewählten Bundesländern



der bei rund 3 910 Euro lag. Ein großer Teil der Gesundheitsausgaben, zu denen alle Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Zweck der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege sowie die Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens zählen, wird durch die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen getragen. Im Jahr 2013 kamen sie zusammen für gut zwei Drittel der Ausgaben auf (Rheinland-Pfalz: 68 Prozent; Deutschland: 67 Prozent). Für jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner wendeten die Krankenkassen im Schnitt einen Betrag von 2 622 Euro auf. Der Anteil der gesetzlichen Krankenkassen an den Gesundheitsausgaben des Landes belief sich auf 57 Prozent, während die privaten Krankenversicherungen elf Prozent beisteuerten. Damit hat die private

Krankenversicherung in Rheinland-Pfalz einen überdurchschnittlichen Stellenwert; in Deutschland lag ihr Anteil bei 9,2 Prozent.

Ein Teil der Gesundheitsausgaben wird von den privaten Haushalten unmittelbar getragen. Dazu zählen z. B. Zuzahlungen zu Leistungen der Krankenversicherungen oder anderer Sozialversicherungsträger sowie Direktkäufe von gesundheitsbezogenen Waren und Dienstleistungen. Privathaushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck kamen 2013 zusammen für 13 Prozent der Ausgaben auf (Deutschland: 14 Prozent). In Rheinland-Pfalz entsprach dies einem Betrag von 507 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Die soziale Pflegeversicherung hatte einen Anteil von 7,4 Prozent an den Gesundheits-

ausgaben (Deutschland: 7,7 Prozent). In Rheinland-Pfalz fielen beim Träger Soziale Pflegeversicherung Gesundheitsausgaben von 287 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner an.

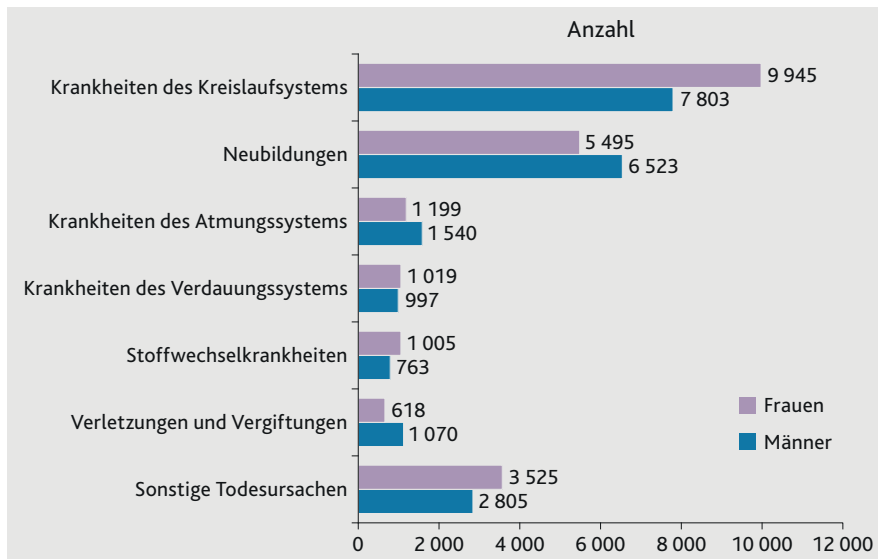
Auf die übrigen Ausgabenträger – öffentliche Haushalte, gesetzliche Rentenversicherung, gesetzliche Unfallversicherung und Arbeitgeber – entfielen knapp zwölf Prozent der Gesundheitsausgaben.

Vier von zehn Verstorbenen erliegen 2014 einer Krankheit des Herz-Kreislaufsystems

Im vergangenen Jahr starben in Rheinland-Pfalz 7 803 Männer und 9 945 Frauen an Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems. Herz-Kreislaufkrankheiten waren bei mehr als einem Drittel der Männer (36 Prozent) und bei mehr als vier von zehn Frauen (44 Prozent) Ursache für den Tod. Nach wie vor waren – wenn auch mit rückläufiger Tendenz – Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems mit 40 Prozent vor den Neubildungen mit 27 Prozent die am häufigsten zum Tode führende Krankheitsart unter allen 44 307 Sterbefällen des Jahres 2014.

Unter den zehn häufigsten Todesursachen gehörte die Hälfte zu den Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems. Häufigste Todesursache waren mit 3 978 bzw. neun Prozent der Verstorbenen chronisch ischämische, d. h. koronare Herzkrankheiten. Einem akuten Myokardinfarkt (Herzinfarkt) erlagen 2 545 bzw. 5,7

Gestorbene 2014 nach zum Tode führenden Krankheitsarten und Geschlecht



Prozent der Verstorbenen. Insgesamt 1 806 bzw. 4,1 Prozent der Verstorbenen starben an einer Herzinsuffizienz, die nach dem Lungenkrebs (2 361 bzw. 5,3 Prozent) die landesweit vierthäufigste Todesursache war. Weitere 2,5 bzw. 2,3 Prozent der Verstorbenen erlitten hypertensiven Herzkrankheiten (bluthochdruckbedingten Herzmuskelveränderungen)

bzw. Vorhofflattern (Herzrhythmusstörungen), die in der Rangfolge der häufigsten Todesursachen die Ränge 7 und 8 belegten.

Im vergangenen Jahr rund 36 000 Personen verurteilt

Im Jahr 2014 wurden in Rheinland-Pfalz 36 310 Personen rechtskräftig verurteilt. Gegenüber dem Vorjahr

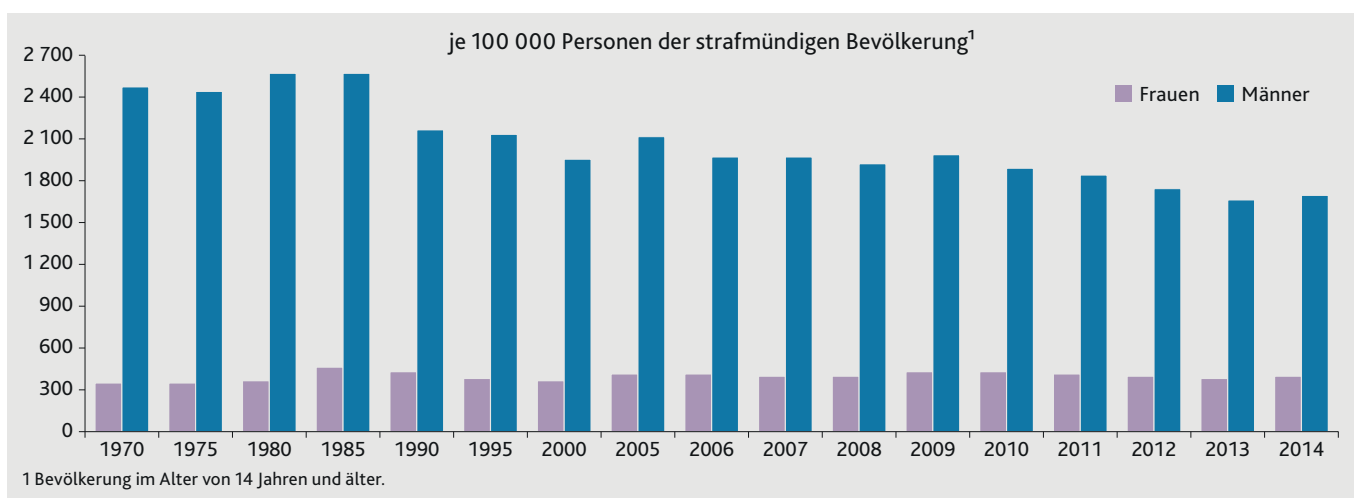
war dies ein Anstieg um drei Prozent. Im Zehnjahresvergleich ist die Zahl der Verurteilungen allerdings tendenziell rückläufig. Im Jahr 2005 waren noch 43 530 Personen verurteilt worden.

Auf jeweils 100 000 Personen ab 14 Jahre entfielen im vergangenen Jahr 1 033 Verurteilte. Im Jahr 2005 hatte diese sogenannte Verurteilenziffer noch bei 1 246 gelegen; sie ist damit in der vergangenen Dekade um mehr als 17 Prozent gesunken.

Auf vier verurteilte Straftäter kam im vergangenen Jahr lediglich eine Straftäterin. Die Verurteilenziffer männlicher Straftäter ging seit 2005 um knapp 20 Prozent zurück (–423 Verurteilte je 100 000 strafmündige Männer), die der Frauen sank im gleichen Zeitraum bei deutlich geringerem Ausgangsniveau um lediglich knapp vier Prozent (–16 Verurteilte je 100 000 strafmündige Frauen).

Die meisten Straftaten, die im vergangenen Jahr mit einer Verurtei-

Verurteilte Personen 1970–2014 nach Geschlecht

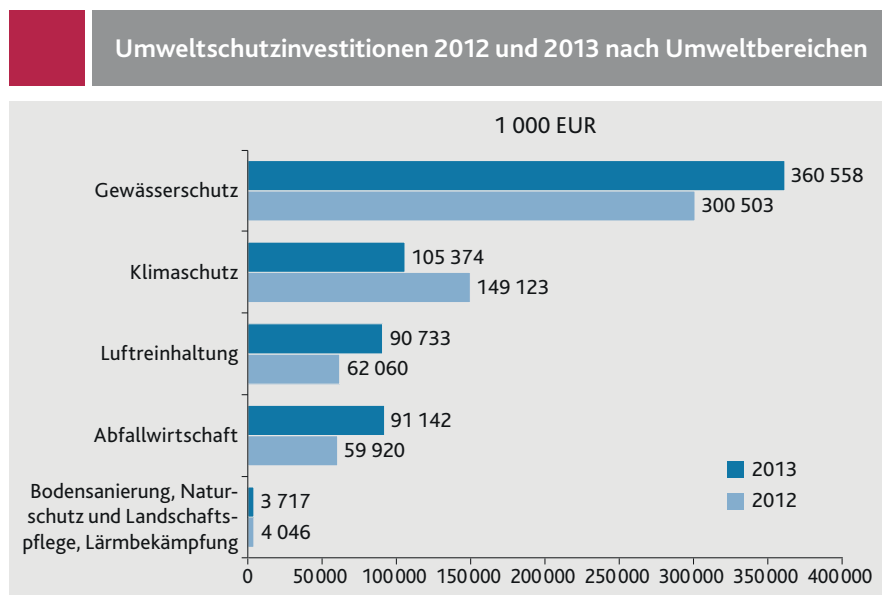


lung geahndet wurden, waren Verbrechen oder Vergehen, bei denen die Delinquenten gegen Vorschriften des Strafgesetzbuchs verstoßen hatten. Hierbei wird üblicherweise zwischen den so genannten klassischen Delikten (z. B. Körperverletzung oder Diebstahl) und den Straftaten im Straßenverkehr unterschieden. Verurteilungen wegen Straßenverkehrsdelikten haben in den vergangenen zehn Jahren deutlich abgenommen. 2005 lag ihr Anteil bei 28 Prozent, im aktuellen Jahr zählten nur knapp 24 Prozent geahndete Straftaten zu dieser Gruppe. In etwa gleichem Umfang haben die Verurteilungen aufgrund eines klassischen Deliktes zugenommen. 2005 wurde 59 Prozent der Verurteilten eine klassische Straftat zur Last gelegt, 2014 lag der Anteil vier Prozentpunkte höher.

Mit fast 5 400 Fällen waren im vergangenen Jahr Betrugsdelikte die am häufigsten durch Verurteilung geahndete Straftat, gefolgt vom einfachen Diebstahl (4 200), Trunkenheit im Verkehr ohne Personenschaden (3 200) und Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (3 100).

Umweltschutzinvestitionen auf neuem Höchststand – Vorwiegend in den Gewässerschutz investiert

Die rheinland-pfälzischen Betriebe des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) investierten im Jahr 2013 knapp 652 Millionen Euro in den Umweltschutz. Gegenüber dem Vorjahr stellte das eine Zunahme von



13 Prozent dar. Damit dienten rund 17 Prozent der insgesamt im Produzierenden Gewerbe investierten 3,8 Milliarden Euro der Verringerung oder Vermeidung von schädlichen Emissionen bzw. einem effizienteren Einsatz der Ressourcen. Von 2 981 rheinland-pfälzischen Betrieben, die im Jahr 2013 befragt wurden, meldeten 713 Investitionen für den Umweltschutz. Das waren fast ein Viertel der Betriebe.

Der größte Teil der Investitionen entfiel im Jahr 2013 mit 361 Millionen Euro bzw. 55 Prozent auf den Gewässerschutz. Der Wert lag damit um ein Fünftel über dem Wert des Jahres 2012. Investiert wurde hierbei vor allem in den Bau und die Sanierung von Abwasserleitungen und Kläranlagen. Für den Klimaschutz wurden 16 Prozent der Umweltschutzinvestitionen (105 Millionen Euro) ausgegeben. Das ist ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Eine größere Bedeutung haben noch die Sektoren

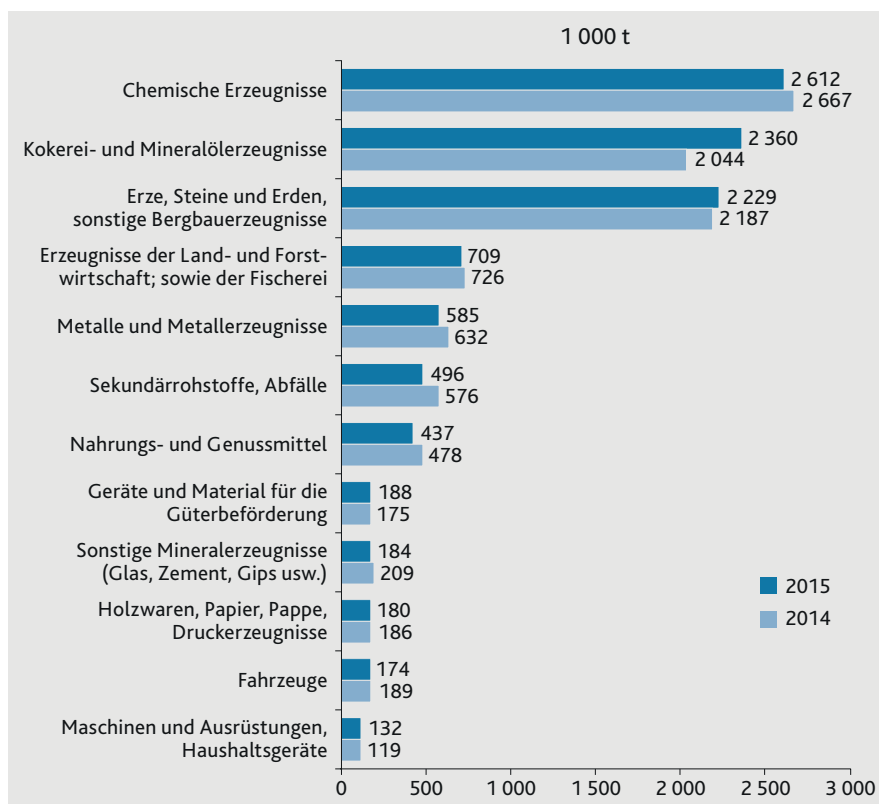
Abfallwirtschaft und Luftreinhaltung mit jeweils rund 91 Millionen Euro.

Die Betriebe der verschiedenen Wirtschaftszweige investierten in unterschiedlichen Maße in den Umweltschutz. Rund 41 Prozent der Umweltschutzinvestitionen entfielen auf die Abwasserentsorgung.

Binnenschiffer schlagen im ersten Halbjahr mehr Fracht um

In den rheinland-pfälzischen Häfen wurde im ersten Halbjahr 2015 mehr Fracht umgeschlagen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Auswertung der Meldungen der Schiffs- bzw. Frachtführer ergaben einen Güterumschlag von 11,3 Millionen Tonnen (Summe aus Versand und Empfang). Dies entspricht einem Anstieg um 238 000 Tonnen bzw. 2,1 Prozent. Der Empfang wuchs um 1,5 Prozent auf knapp 6,46 Millionen Tonnen, der Versand stieg um drei Prozent auf 4,88 Millionen Tonnen.

Güterumschlag in Häfen von Januar bis Juni 2014 und 2015 nach Güterabteilungen



Die höchsten umgeschlagenen Tonnen entfielen mit knapp 2,6 Millionen Tonnen auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“, trotz eines Rückgangs um 2,1 Prozent. Danach folgten die Güterabteilung „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“ mit einem Umschlag von 2,4 Millionen Tonnen (+15,5 Prozent) und die Güterabteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit einem Umschlag von 2,2 Millionen Tonnen (+1,9 Prozent). Insgesamt waren bei vier Güterabteilungen Zuwächse und bei acht Güterabteilungen Rückgänge zu verzeichnen.

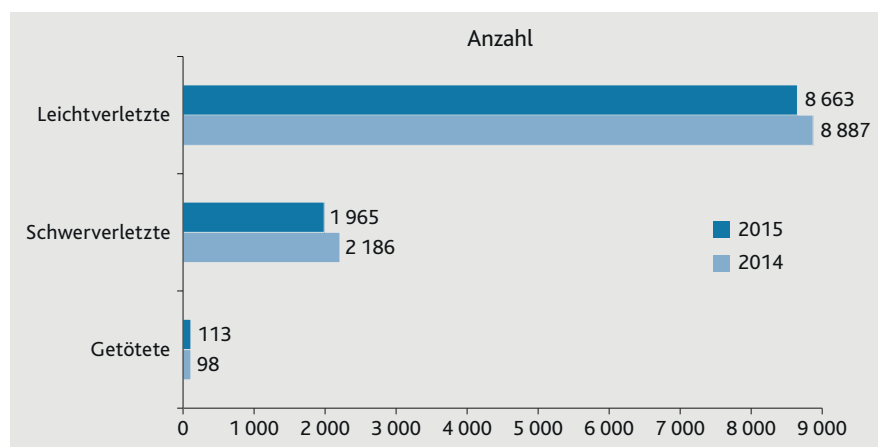
In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen in Rheinland-Pfalz, wurden 0,8 Prozent mehr Güter umgeschla-

gen als im ersten Halbjahr 2014. Der Hafen in Mainz meldete dagegen ein Umschlagsminus von 1,2 Prozent, in Andernach gab es einen starken Zuwachs um 14 Prozent.

Im Juli sterben 15 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen – Zahl der Opfer im Jahresverlauf deutlich über Vorjahreswert

Im Juli wurden in Rheinland-Pfalz 15 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen getötet, das waren drei weniger als im Juli vergangenen Jahres. Trotz dieses leichten Rückgangs liegt die Zahl der Todesopfer in den ersten sieben Monaten deutlich höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Von Januar bis Juli 2015 verloren insgesamt 113 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, 15 mehr als im gleichen Zeitraum 2014. Die Zahl der Schwerverletzten ging dagegen um zehn Prozent auf 1 965 zurück, die der Leichtverletzten um 2,5 Prozent auf 8 663. Insgesamt registrierte die Polizei von Januar bis Juli 2015 mit 78 086 Straßenverkehrsunfällen 3,4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Darunter waren 69 821 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Das waren 4,3 Prozent mehr als im Vergleich zum Vorjahr.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juli 2014 und 2015

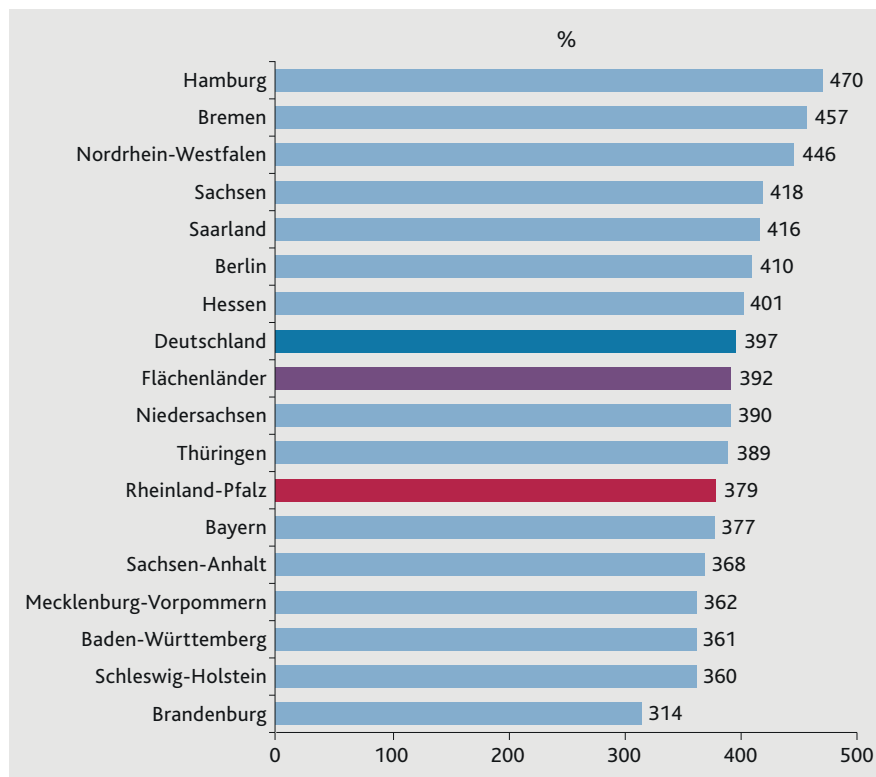


Rund jede vierte Kommune hebt 2015 Realsteuerhebesätze an

Die rheinland-pfälzischen Kommunen haben im laufenden Jahr die Hebesätze für die Realsteuern vergleichsweise moderat angepasst. Von den 2 305 Städten und Gemeinden erhöhten 17 Prozent den Gewerbesteuerhebesatz, 13 Prozent den Hebesatz der Grundsteuer A und 19 Prozent den der Grundsteuer B. Insgesamt wurde in rund 24 Prozent aller Kommunen mindestens ein Hebesatz angehoben, im vergangenen Jahr waren es mehr als die Hälfte. Hauptgrund war seinerzeit der neu gefasste kommunale Finanzausgleich. Eine Senkung der Hebesätze gab es auch in diesem Jahr selten: Lediglich 14 Städte und Gemeinden (0,6 Prozent) verringerten 2015 zumindest einen ihrer Hebesätze.

Der durchschnittliche Hebesatz für die Gewerbesteuer liegt derzeit bei 384 Prozent, das sind rund vier Prozentpunkte mehr als im vergangenen Jahr. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A wuchs um drei Prozentpunkte auf 316 Prozent; der für die Grundsteuer B stieg um knapp zehn Prozentpunkte auf 392 Prozent. Die Grundsteuer A fällt für land-

Hebesätze für die Gewerbesteuer 2014 nach Bundesländern



und forstwirtschaftliche Flächen an, die Grundsteuer B für bebaute bzw. bebaubare Grundstücke.

Die kreisfreien Städte haben mit 415 Prozent (+9 Prozentpunkte) einen höheren Gewerbesteuerhebesatz als die kreisangehörigen Gemeinden mit 366 Prozent (+2 Prozentpunkte). Bei der Grundsteuer B lag der durchschnittliche Hebesatz in den kreis-

freien Städten bei 430 Prozent (+12 Prozentpunkte), in den kreisangehörigen Gemeinden bei 376 Prozent (+9 Prozentpunkte).

Im Bundesvergleich lagen die Hebesätze in Rheinland-Pfalz bei allen Realsteuerarten im Jahr 2014 unterhalb des Durchschnittes. Bundesweite Vergleichswerte für 2015 liegen noch nicht vor.

Verbraucherpreise im September 2015

Im September 2015 lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 0,1 Prozent niedriger als vor einem Jahr. Dies ist nach Januar der zweite Monat in diesem Jahr, in dem die Verbraucherpreise unter das Vorjahresniveau sinken.

Wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung hatten erneut die gesunkenen Energiepreise (–9,5 Prozent). Insbesondere Mineralölprodukte verbilligten sich deutlich (–17 Prozent). Sinkende Preise waren aber auch bei Gas (–2,4 Prozent), Strom (–1,5 Prozent) sowie der Umlage für Zentralheizung und Fernwärme (–7,2 Prozent) festzustellen. Ohne Berücksichtigung der Preise für Energie hätte die Teuerungsrate bei 1,2 Prozent gelegen.

Gestiegene Preise waren bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken zu verzeichnen (+1 Prozent). Teurer als

vor einem Jahr waren insbesondere Gemüse (+12 Prozent) und Obst (+9,3 Prozent), aber auch Fisch, Fischwaren und Meeresfrüchte (+3,4 Prozent). Günstiger wurden vor allem Molkereiprodukte und Eier (–7,4 Prozent) sowie Speisefette und Speiseöle (–5,3 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat sanken die Verbraucherpreise um 0,2 Prozent, wobei die Entwicklung in den einzelnen Hauptgruppen recht unterschiedlich verlief. So stiegen saisonbedingt die Preise für Bekleidung und Schuhe (+4,2 Prozent). Ebenfalls saisonbedingt sanken nach dem Ende der Sommerferien die Preise in der Hauptgruppe Freizeit, Unterhaltung und Kultur (–2,8 Prozent; darunter Pauschalreisen: –12 Prozent). Merkliche Preissenkungen gab es auch im Bereich Verkehr (–0,9 Prozent; darunter Kraftstoffe: –4 Prozent).

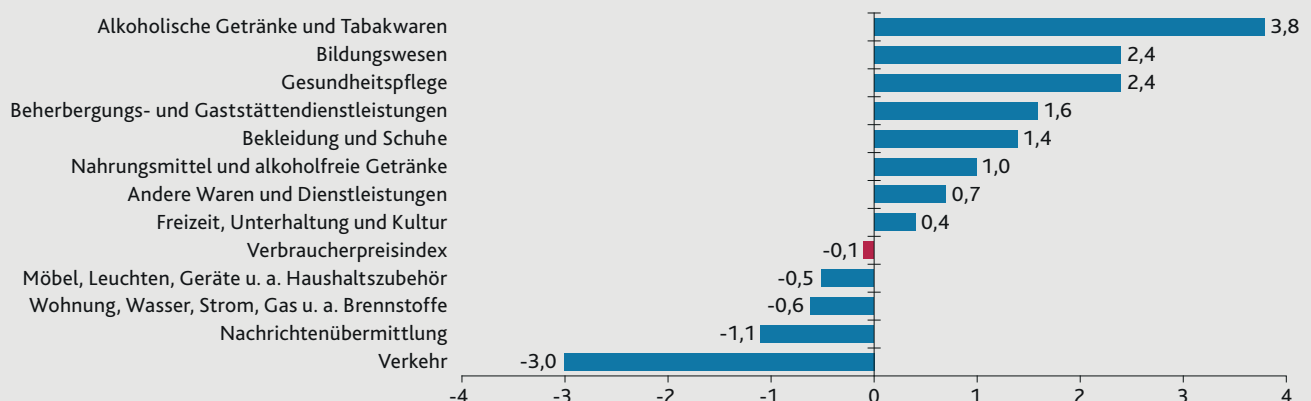
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

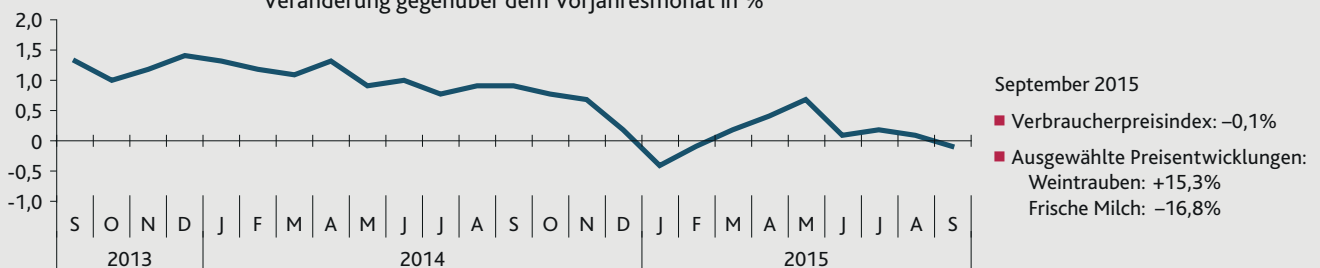
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2015

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen gegenüber September 2014 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



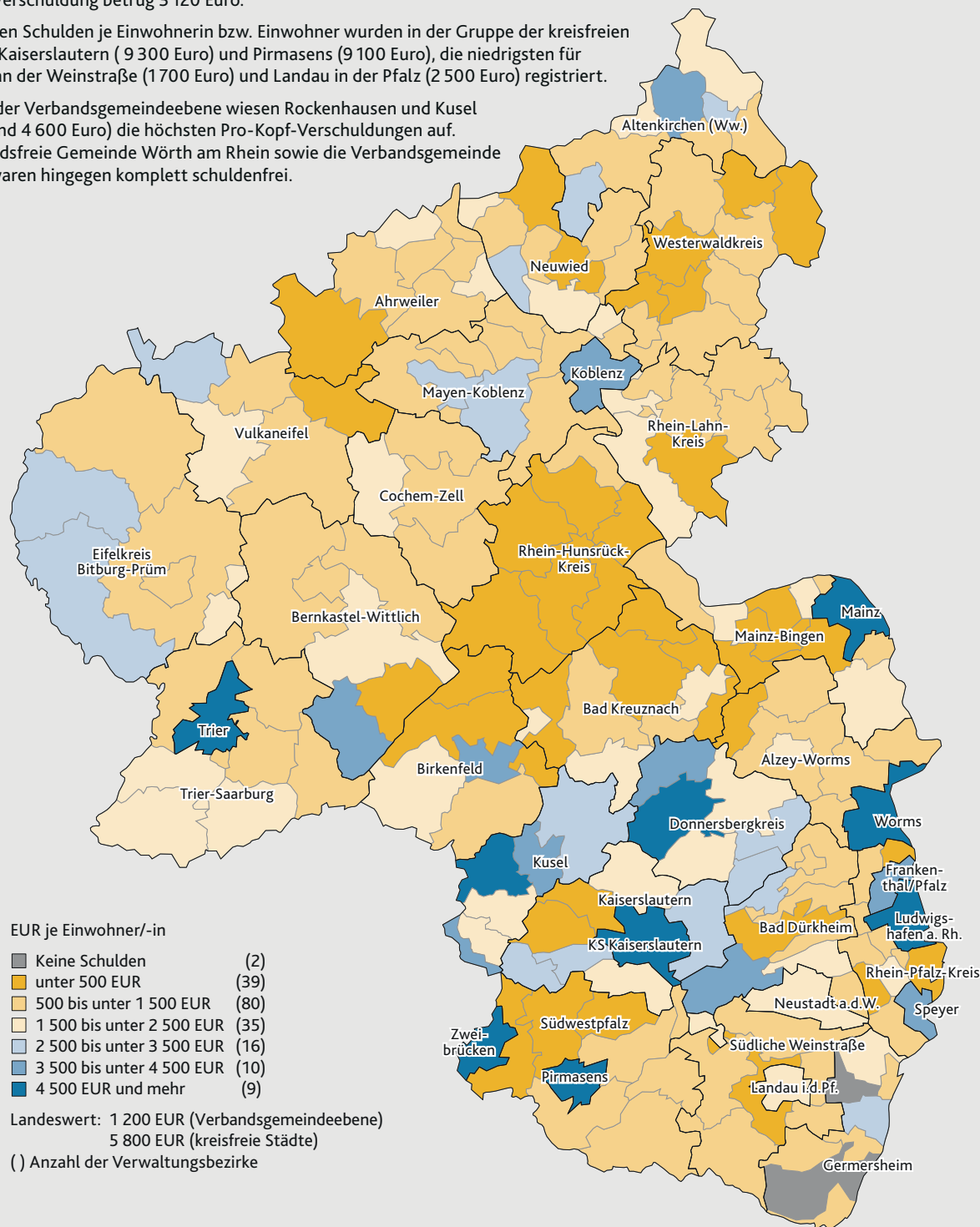
Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte 2014 nach Verwaltungsbezirken

Am Ende des Jahres 2014 waren die öffentlichen Gesamthaushalte der Kommunen in Rheinland-Pfalz mit insgesamt rund 12,5 Milliarden Euro verschuldet. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung betrug 3 120 Euro.

Die höchsten Schulden je Einwohnerin bzw. Einwohner wurden in der Gruppe der kreisfreien Städte für Kaiserslautern (9 300 Euro) und Pirmasens (9 100 Euro), die niedrigsten für Neustadt an der Weinstraße (1 700 Euro) und Landau in der Pfalz (2 500 Euro) registriert.

Innerhalb der Verbandsgemeindeebene wiesen Rockenhausen und Kusel (jeweils rund 4 600 Euro) die höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen auf.

Die verbandsfreie Gemeinde Wörth am Rhein sowie die Verbandsgemeinde Bellheim waren hingegen komplett schuldenfrei.



Abwasserentsorgung 2013

Von Jörg Breitenfeld

Im Jahr 2013 fielen in Rheinland-Pfalz etwa 2,2 Milliarden Kubikmeter Abwasser an. Rund zwei Drittel des Abwassers entfielen auf Kühlwasser.

Im Rahmen der öffentlichen Abwasserentsorgung wurden in den 680 kommunalen Anlagen des Landes 25 Prozent des Abwassers gereinigt. Standardtechnologie ist heute die biologische Reinigung mit anschließender Denitrifikation und Phosphorentfernung. Im Abwasserreinigungsprozess fielen neben dem gereinigten Wasser rund 199 700 Tonnen Klärschlamm als Trockenmasse an. Der wichtigste Entsorgungsweg ist die thermische Entsorgung. Der Durchschnittspreis für die Entsorgung eines Kubikmeters Schmutzwasser lag auf der Landesebene bei 2,04 Euro.

Pflicht zur Abwasserreinigung

Abwasser-
entsorgung
kommunale
Pflichtaufgabe

Abwasser ist u. a. das durch häuslichen, gewerblichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser. Es ist so zu beseitigen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird.¹ Abwasser darf dementsprechend nicht ohne Vorbehandlung ins Grundwasser oder in Oberflächengewässer, wie Flüsse und Seen, eingeleitet werden. Die im Abwasser befindlichen Schadstoffe müssen so weit reduziert werden, wie der Stand der Technik dies ermöglicht. Die Abwasserentsorgung gehört, wie die Trinkwasserversorgung, zu den kommunalen Pflichtaufgaben.²

2,2 Milliarden Kubikmeter Abwasser

Grundlage für die folgende Darstellung sind die Ergebnisse der Erhebung über die öffentliche Abwasserbeseitigung und die Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Im Jahr 2013 erzeugten die Haushalte, die Industrie und das Gewerbe in Rheinland-Pfalz rund 2,2 Milliarden Kubikmeter Abwasser. Diese Menge schließt das sogenannte Fremdwasser, welches über undichte Stellen ins Kanalnetz eindringt sowie das Regenwasser, das nicht getrennt erfasst und abgeleitet wird, ein. Abwasser, das im Rahmen der nicht-öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erfasst und in das öffentliche Kanalnetz eingeleitet wird, ist aus methodischen Gründen doppelt erfasst. Es handelt

¹ §§ 54 und 55 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG).

² § 57 Abs. 1 Landeswassergesetz (LWG) vom 14. Juli 2015, GVBl. S 127.

T 1

Abwasseraufkommen 2007–2013 nach der Herkunft

Berichtsmerkmal	2007	2010	2013
	1 000 m³		
Abwasseraufkommen insgesamt ¹	2 426 881	2 425 261	2 170 714
Abwasseraufkommen der öffentlichen Abwasserbeseitigung ²	514 557	525 371	545 785
Schmutzwasser	225 024	227 328	232 401
Fremdwasser	103 497	111 750	119 660
Niederschlagswasser	186 036	186 293	193 724
Abwasseraufkommen ³ im nichtöffentlichen Bereich	1 912 324	1 899 890	1 624 929
Abwasseraufkommen der Betriebe	1 885 890	1 864 057	1 578 107
darunter: Kühlwasser	1 731 188	1 701 912	1 429 488
übernommenes Abwasser	26 434	35 833	46 822

1 Enthält Doppelzählungen. – 2 Ab 2010 ohne Kleinkläranlagen. – 3 Ohne ungenutzt abgeleitetes Abwasser.

sich um eine Menge von maximal 19 Millionen Kubikmeter. In den Jahren 2007 und 2010 wurden rund 2,4 Milliarden Kubikmeter Abwasser registriert. Längerfristige zeitliche Vergleiche des Abwasseraufkommens sind aufgrund methodischer Änderungen in den zugrunde liegenden Statistiken nur eingeschränkt möglich.

Kühlwasser stellt größten Teil des Abwassers

Rund zwei Drittel bzw. 1,4 Milliarden Kubikmeter des Abwassers entfielen auf Kühlwasser. Kühlwasser wird, da es nur erwärmt wurde und ansonsten keine umweltrelevanten Verschmutzungen aufweist, in der Regel ohne eine weitere Behandlung in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund eingeleitet.

Aus Haushalten und den an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossenen Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben stammten 25 Prozent des Abwassers. In der Menge von 546 Millionen Kubikmeter ist das von Anlagen des Verarbeitenden Gewerbes gereinigte kommunale Abwasser nicht enthalten.

Weitere 6,5 Prozent bzw. 142 Millionen Kubikmeter Abwasser fielen im Produktionsprozess an. In dieser Menge war auch das sonstige Abwasser sowie Kesselabschlamm-

wasser enthalten. Bei dem Rest handelte es sich um das von anderen Betrieben zugeleitete Abwasser, das von Kommunen übernommene Abwasser und das Belegschaftswasser. Bei Letzterem handelt es sich um Abwasser, das von den Beschäftigten erzeugt wird. Es beinhaltet das Wasser, das für Kantinen-, Sanitär- und ähnliche Zwecke verwendet wurde.

Umfangreiche Bauwerke errichtet

Die Reinigung des Abwassers erfolgt zumeist über Kläranlagen. Im gewerblichen bzw. industriellen Bereich gibt es auch zahlreiche Anlagen, die ausschließlich eine chemisch-physikalische Abwasserbehandlung, wie z. B. Neutralisation, Fällung, Flockung, Osmose, Elektrodialyse oder Adsorption durchführen.

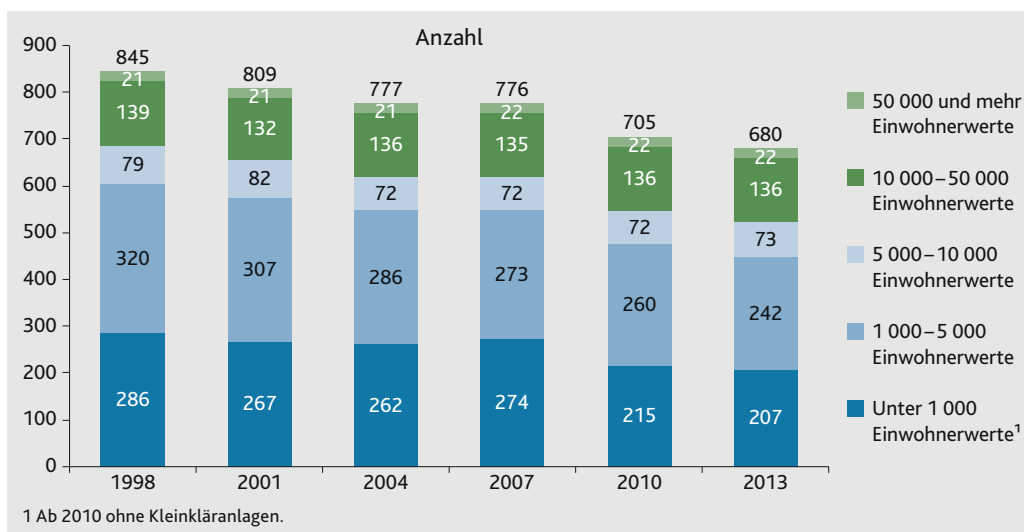
Die Kommunen betrieben 2013 für die Reinigung des Abwassers im öffentlichen Bereich 680 Kläranlagen. Im Vergleich zum Jahr 2010 wurden 25 Kläranlagen stillgelegt. Kleinkläranlagen unter 50 Einwohnerwerten werden seit 2010 nicht mehr erfasst, wodurch die zeitliche Vergleichbarkeit der statistischen Auswertungen eingeschränkt ist.

680 öffentliche Kläranlagen

In den Anlagen für die öffentliche Entsorgung wurden 546 Millionen Kubikmeter Abwasser

G 1

Öffentliche Kläranlagen 1998–2013 nach Größenklassen des Ausbaus



gereinigt. Von dieser Menge entfielen nur 43 Prozent bzw. 232 Millionen Kubikmeter auf Schmutzwasser. Der größte Teil entfiel auf das Niederschlagswasser (194 Millionen Kubikmeter) und das unbeabsichtigt in das Kanalnetz eindringende Fremdwasser (120 Millionen Kubikmeter).

Die Ausbaupazität der Kläranlagen wird in Einwohnerwerten angegeben. Ein Einwohnerwert entspricht der durchschnittlich täglich von einer Einwohnerin bzw. einem Einwohner in das Abwasser abgegebenen Menge an organischen Verbindungen. Haushalte, Gewerbe- und Industriebetriebe belasten Abwässer im unterschiedlichen Maße. Zur Normierung wird deshalb das gewerbliche Abwasser auf Einwohnergleichwerte umgerechnet. Die Summe aus Einwohnergleichwerten und angeschlossene Einwohnerinnen bzw. Einwohnern ergibt dann die angeschlossenen Einwohnerwerte.

Die gesamte Ausbaugröße der öffentlichen Kläranlagen im Land betrug rund sieben Millionen Einwohnerwerte und hat sich leicht rückläufig entwickelt. Die Zahl der tat-

sächlich angeschlossenen Einwohnerwerte lag bei 5,4 Millionen. Das bedeutet, dass die Kläranlagen landesweit im Jahresmittel zu rund 75 Prozent ausgelastet waren. Die größere Kapazität wird benötigt, um die im Jahresverlauf schwankenden Abwassermengen zuverlässig reinigen zu können. Von der Gesamtsumme der angeschlossenen Einwohnerwerte entfielen knapp 1,7 Millionen Einwohnergleichwerte auf die Belastung des eingeleiteten Abwassers aus Gewerbe- und Industriebetrieben.

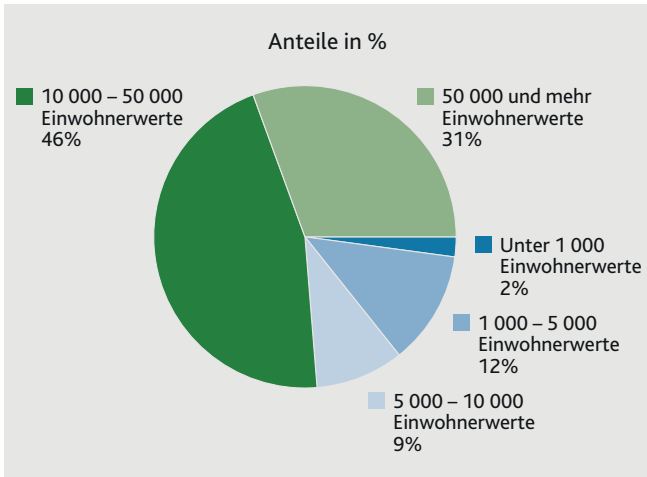
Zu berücksichtigen ist, dass ein Teil der rheinland-pfälzischen Einwohnerinnen und Einwohner nicht an eine öffentliche Kläranlage, sondern an eine Kläranlage des Verarbeitenden Gewerbes angeschlossen ist. Dies betraf 2013 rund 255 200 Personen.

Rund 25 000 Einwohnerinnen und Einwohner waren nicht an die Kanalisation angeschlossen. Sie wohnten zumeist in kleinen, zerstreut liegenden, Siedlungen oder Einzelgehöften, deren Anschluss an ein Kanalsystem nur zu erheblichen Kosten möglich wäre. Die Abwässer wurden in Kleinklär-

Flächendeckende zentrale Abwasserreinigung

G 2

Abwasseraufkommen der öffentlichen Kläranlagen 2013 nach Größenklassen des Ausbaus



anlagen gereinigt, in abflusslosen Gruben gesammelt, mittels Tankwagen zu einer Kläranlage oder dem nächsten Kanalschluss gefahren oder in der Landwirtschaft entsorgt. Mit einer Anschlussquote von über 99 Prozent gehört Rheinland-Pfalz zu den Bundesländern mit einer flächendeckenden Abwasserbeseitigung.

Mehrzahl der Kläranlagen hat nur geringe Ausbaugröße

Durchschnittlich 10 300 Einwohnerwerte

Die durchschnittliche Ausbaugröße einer Kläranlage lag im Jahr 2013 bei rund 10 300 Einwohnerwerten. Im Jahr 1995 waren noch 918 öffentliche Kläranlagen erfasst worden mit einer durchschnittlichen Größe von 7 800 Einwohnerwerten. Deutschlandweit wiesen die Anlagen 2010 eine durchschnittliche Größe von 15 800 Einwohnerwerten auf. Gründe für die große Zahl an kleinen Anlagen dürften die eher ländliche Struktur und die durch Mittelgebirge geprägte Topografie des Landes Rheinland-Pfalz sein.

Rund zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Anlagen verfügten im Jahr 2013 über eine

Ausbaugröße von weniger als 5 000 Einwohnerwerten. Rund 30 Prozent der Kläranlagen wiesen eine Ausbaugröße von weniger als 1 000 Einwohnerwerten auf. Weitere 36 Prozent lagen zwischen 1 000 und 5 000. In diesen kleinen Anlagen wurden aber nur rund 14 Prozent des gesamten Abwassers gereinigt. Auf die Größenklasse von 100 000 Einwohnerwerten und mehr entfielen nur acht Anlagen, die allerdings gut ein Viertel der Ausbaukapazität auf sich vereinigen.

Eine öffentliche Kläranlage behandelte im Jahr 2013 durchschnittlich 802 000 Kubikmeter Abwasser. Rund 46 Prozent der Abwassermenge wurden in den 136 Anlagen behandelt, die über eine Ausbaukapazität von 10 000 bis 50 000 Kubikmeter verfügen. Knapp 19 Prozent des Abwassers entfiel auf Anlagen, die über eine Kapazität von mindestens 100 000 Kubikmeter verfügten. Gut zwölf Prozent der Abwassermenge wurde in Anlagen zwischen 1 000 und 5 000 Kubikmeter behandelt. Ein etwas geringerer Anteil kam den Kläranlagen mit einer Kapazität von 50 000 und 100 000 Kubikmeter zu.

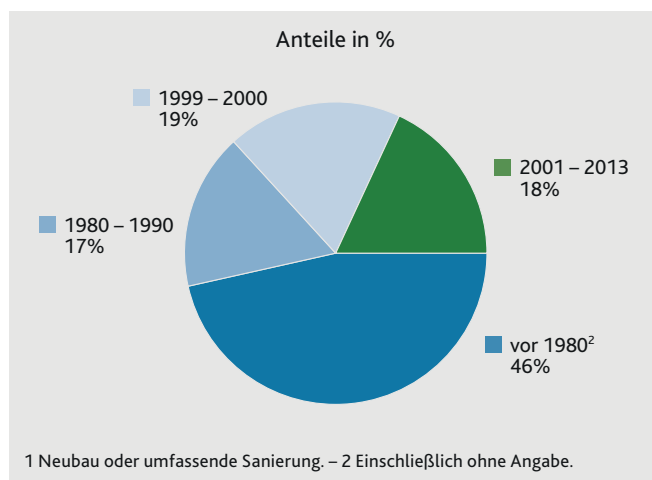
Durchschnittlich 802 000 Kubikmeter Abwasser behandelt

Biologische Reinigung ist Standard

Die biologische Reinigung mit anschließender Denitrifikation und Phosphorentfernung stellt heute die Standardtechnologie in den öffentlichen Kläranlagen dar. Das Abwasser durchläuft im Reinigungsprozess drei Stufen. Im ersten Schritt werden Feststoffe und Sand mechanisch mit Rechen und in Absetzbecken abgetrennt. Anschließend wandeln Mikroorganismen in großen, belüfteten Becken gelöste Schadstoffe in unbedenkliche Substanzen um. In der dritten Stufe werden auf mikrobiologischem Wege Stickstoffverbindungen abgebaut und Phosphor

Hoher Stand der Abwasserreinigung

G 3

Öffentliches Kanalnetz 2013 nach Baujahr¹

durch eine weitergehende Behandlung aus dem Wasser entfernt. Einer Denitrifikation und Phosphorentfernung wurden 88 Prozent des Abwassers in öffentlichen Kläranlagen unterzogen. Lediglich drei Prozent des Abwassers wurden nur einer biologischen Behandlung unterworfen. Im Jahr 2007 fand erst bei 80 Prozent des Abwassers eine Denitrifikation und Phosphorentfernung statt. Die Erhöhung des Anteilwerts ist darauf zurückzuführen, dass bei der Ertüchtigung oder dem Neubau einer Kläranlage diese dem Stand der Technik angepasst werden.

Umfangreiche Messungen des Abwassers

Abwässer weisen auch nach der Reinigung noch eine Vielzahl von Schadstoffen auf. Die Schmutzfrachten werden deshalb im Ablauf gemessen.

In allen Anlagen wird der Chemische Sauerstoffbedarf (CSB) ermittelt. Er dient als Parameter zur Quantifizierung der Belastung von Abwasser mit organischen Stoffen. Die Gesamtbelastung lag 2013 bei knapp 12 900 Tonnen. Der noch im Ablauf gemessene anorganische Stickstoff betrug

Definitionen

Abwasser

Abwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen oder sonstigen Gebrauch in seinen natürlichen Eigenschaften veränderte Wasser. Das in öffentliche Kläranlagen eingeleitete Abwasser umfasst auch Fremd- und Niederschlagswasser. Zum gewerblichen Abwasser gehört das produktionsspezifische Wasser, Belegschafts-, Kühl- oder Kesselspeisewasser sowie das von Kommunen und anderen Betrieben übernommene Abwasser.

Ausbaugröße (Kläranlage)

Bemessungskapazität der Kläranlage gemäß Genehmigungsbescheid in Einwohnerwerten.

Einwohnerwert

Ein Einwohnerwert entspricht der täglich von einem Einwohner/-in in das Abwasser abgegebenen Menge an organischen Verbindungen wie z. B. Eiweiß, Fette, Kohlenhydrate. Der Wert dieser Schmutzmenge beträgt, bezogen auf den fünftägigen biochemischen Sauerstoffbedarf (BSB₅), im Mittel 60 g je Einwohnerin bzw. Einwohner und Tag.

Fremdwasser

Unter Fremdwasser wird das in das Kanalnetz eindringende Grundwasser (Undichtigkeiten), unerlaubt über Fehllanschlüsse eingeleitete Wasser (z. B. Dränwasser) sowie einem Schmutzwasserkanal zufließende Oberflächenwasser (z. B. über Schachtabdeckungen) verstanden.

Kesselspeisewasser

Wasser, das in Dampferzeugungsanlagen eingespeist wird und in der Regel hohen Qualitätsanforderungen unterliegt.

Klärschlamm

Aus dem Abwasser abtrennbare, wasserhaltige Stoffe, ausgenommen sind Rechen-, Sieb- und Sandfanggut, jedoch einschließlich der bei der Abwasser- und Klärschlammbehandlung zugegebenen Hilfsmittel.

Niederschlagswasser

Das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser.

T 2

Schmutzfrachten der öffentlichen Kläranlagen 2013 nach Schadstoffen

Schadstoff	Anlagen ohne Messung der Schadstoffkonzentration im Ablauf der Anlage		Anlagen mit Messung der Schadstoffkonzentration im Ablauf der Anlage				
			Messung unter der Nachweisgrenze		Messung über der Nachweisgrenze		
	Anlagen	Abwasser- menge	Anlagen	Abwasser- menge	Anlagen	Abwasser- menge	Jahresfracht
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ³	kg
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	-	-	-	-	680	545 785	12 854 626
Phosphor, gesamt (Pges)	2	2	-	-	678	545 783	461 719
Stickstoff, anorganisch	5	576	-	-	675	545 209	3 378 284
Adsorbierbare organisch gebundene Halogene (AOX)	625	442 582	21	22 675	34	80 528	4 153
Quecksilber	653	480 797	27	64 988	-	-	-
Cadmium	653	480 797	24	50 224	3	14 764	39
Chrom	651	479 581	27	44 137	2	22 067	49
Nickel	653	480 797	25	42 921	2	22 067	110
Blei	653	480 797	26	63 432	1	1 556	8
Kupfer	651	479 581	23	25 959	6	40 245	396

fast 3 400 Tonnen. Weitere Schadstoffe, wie Schwermetalle, werden nur in wenigen Anlagen gemessen.

Abwassernetz überaltert

Kanalnetz um-
spannt etwa
vier Fünftel des
Äquators

Für den Transport der Abwässer zu den Kläranlagen wurde ein umfassendes Kanalnetz gebaut, dessen Länge sich 2013 auf rund 33 000 Kilometer belief. Das entspricht gut vier Fünftel der Länge des Äquators bzw. gut acht Meter je Einwohnerin bzw. Einwohner. Gegenüber dem Jahr 1995 wurde das Abwassernetz um gut 10 000 Kilometer bzw. 45 Prozent erweitert. Rund ein Drittel des Netzes ist als Trennkanalisation ausgelegt und wird entsprechend der Konventionen mit zwei Abwasserleitungen gezählt.

Investitionen
in das Kanal-
netz

Rund 47 Prozent des rheinland-pfälzischen Kanalnetzes war zum Befragungszeitpunkt älter als 30 Jahre bzw. letztmalig vor 30 Jahren umfassend geändert oder saniert worden. Hierzu zählt auch das Kanalnetz, dessen genaues Baujahr unbekannt ist. Weitere 17 Prozent wurden zwischen 1981 und 1990 errichtet. Die Altersstruktur zeigt, dass die

Kommunen auch in den nächsten Jahren im erheblichen Umfang in das Kanalnetz investieren müssen.

Neben dem Kanalnetz betreiben die Abwasserentsorger 6 993 Bauwerke zur Regenentlastung mit einem Gesamtvolumen von fast 3,4 Millionen Kubikmeter. Hierzu gehören im Wesentlichen 2 586 Regenüberlaufbecken, 1 815 Regenrückhalteanlagen sowie Regenüberläufe ohne Becken (2 592 Anlagen). Volumenmäßig entfallen 67 Prozent auf Regenrückhalteanlagen und 33 Prozent auf Regenüberlaufbecken.

Abwasserentsorgung außerhalb des öffentlichen Sektors

Die befragten Unternehmen und Betriebe meldeten rund 1,6 Milliarden Kubikmeter Abwasser. Von dieser Menge wurden 1,4 Milliarden Kubikmeter – überwiegend Kühlwasser – unbehandelt in ein Oberflächen-gewässer oder den Untergrund eingeleitet. Knapp 134 Millionen Kubikmeter mussten gereinigt werden. Rund 81 Prozent dieser Menge wurden in betriebseigenen Kläranla-

T 3

Klärschlammaufkommen 1995–2013 nach Entsorgungswegen¹

Berichtsmerkmal	1995	1998	2001 ²	2004 ²	2007 ²	2010 ²	2013 ²
	t TM						
Klärschlamm insgesamt	384 993	311 704	290 273	276 532	247 124	228 328	199 744
darunter							
thermische Entsorgung	254 728	212 844	194 943	184 540	162 290	159 893	132 838
landwirtschaftliche Verwertung	96 576	88 464	91 721	89 096	84 822	68 435	66 015
Deponierung	33 458	9 593	2 790	683	12	-	-

¹ Ohne Schlamm aus chemischen und chemisch-physikalischen Abwasserbehandlungsanlagen. – ² Ohne Klärschlamm aus rein mechanischen Abwasserbehandlungsanlagen.

gen behandelt. Der verbleibende Rest wurde entweder in öffentlichen Kläranlagen aufbereitet oder an andere Betriebe abgegeben.

Im Gegensatz zum öffentlichen Bereich wurde ein großer Teil des Abwassers zunächst einer chemischen oder chemisch-physikalischen und anschließend einer biologischen Reinigung unterzogen.

Klärschlammmenge reduziert

Rund 200 000
TonnenTM
Klärschlamm

Im Abwasserreinigungsprozess fällt neben dem gereinigten Wasser auch Klärschlamm an. Da Klärschlamm eine unterschiedliche Konsistenz hat, wird sein Aufkommen als Trockenmasse (TM) nachgewiesen. In den öffentlichen Kläranlagen fielen 2013 etwa 85 300 TonnenTM Klärschlamm an. In den betrieblichen Anlagen waren es 114 400 TonnenTM. In dieser Menge sind auch Konditionierungs-, Fällungs- und Flockungshilfsmittel sowie sonstige Hilfsmittel enthalten. Der Klärschlamm aus mechanischen Abwasserbehandlungsanlagen wird wegen des geringen Volumens seit 2001 nicht mehr erfasst. Im längerfristigen Vergleich wurde die Klärschlammmenge deutlich reduziert. Etwa zehn Jahre zuvor waren noch 277 000 Tonnen Klärschlamm angefallen. Eine wesentliche Ursache für diese Reduzierung ist der verringerte Einsatz von Hilfs- und Konditionierungsmitteln. Nicht in

dieser Betrachtung einbezogen wurden bei der chemisch-physikalischen Behandlung anfallende Schlämme (23 500 TonnenTM).

Klärschlamm wird überwiegend thermisch verwertet

Nicht zuletzt aufgrund seines Schadstoffpotenzials werden etwa zwei Drittel des Klärschlammes thermisch entsorgt (132 800 TonnenTM). Im Jahr 1995 wurde ein vergleichbarer Anteilswert erreicht. Ein weiterer wichtiger Entsorgungsweg ist die stoffliche Verwertung, wie die Ausbringung auf landwirtschaftlich genutzten Flächen. Rund 66 000 TonnenTM bzw. 33 Prozent wurden so genutzt. Anderen Entsorgungs- bzw. Verwertungswegen kommt nur geringe Bedeutung zu.

Die im nichtöffentlichen und öffentlichen Bereich bei der Entsorgung des Klärschlammes eingeschlagenen Wege unterscheiden sich deutlich voneinander. Während der dem nichtöffentlichen Bereich entstammende Klärschlamm fast zu einhundert Prozent thermisch verwertet wird, dominiert im Bereich der öffentlichen Kläranlagen die Entsorgung im Wege einer landwirtschaftlichen Nutzung. Rund zwei Drittel des Klärschlammes werden auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht. Dies liegt an den deutlich geringeren Schadstoffgehalten.

Zwei Drittel
des Klär-
schlammes
werden
verbrannt

Gesplittete Abwasserentgelte

Die Entgelte für die Abwasserentsorgung werden, mit wenigen Ausnahmen, nach gesplitteten Gebührenmaßstäben festgesetzt. Danach werden zum einen Gebühren erhoben, die sich an der Menge des verbrauchten Frischwassers orientieren. Zum anderen werden flächenbezogene Gebühren erhoben. Hierbei werden vielfältige Bezugsgrößen verwendet. Mit dem zweitgenannten Entgeltbestandteil soll die Menge des in die Kanalisation eingeleiteten Niederschlags- oder Oberflächenwassers erfasst werden.

Die Frischwasserkomponente bezieht sich entweder auf den kompletten Frischwasserbezug oder es erfolgt ein Abschlag von in der Regel zehn Prozent. Sonstige mengenbezogene Entgelte kommen nur in Einzelfällen vor. Die Beträge für einen Kubikmeter Abwasser schwankten zum 1. Januar 2013 zwischen 0,90 Euro und 4,37 Euro. Der mit der Zahl der angeschlossenen Einwohnerinnen und Einwohner gewichtete Durchschnittspreis für die Entsorgung eines

Kubikmeters Schmutzwasser lag auf der Landesebene bei 2,04 Euro.

Insbesondere im Bereich der flächenbezogenen Abwasserentgelte nutzen die Abwasserentsorger die gesetzlichen Möglichkeiten für die Festlegung der Entgeltbestandteile. Hierbei wird eine Vielzahl an Bezugsgrößen verwendet. Beispiele sind die Abflussfläche, die bebaubare oder bebaute sowie die befestigte Fläche.

Wegen der unterschiedlichen Entgeltstrukturen wird auf die Berechnung der Kosten für einen Musterhaushalt verzichtet. Differenziert nach Gemeinden stehen die erhobenen Entgelte im Internet unter:

<http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/umwelt/wasser-und-abwasserentgelte/> zur Verfügung.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Energie

Erwerbstätigkeit 2014

Erwerbstätigenquote mit 50 Prozent auf neuem Höchststand



Von Dr. Merle Hattenhauer

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren im Jahr 2014 rund 1,99 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig; die Erwerbstätigenquote lag bei rund 50 Prozent. Dies ist u. a. auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen zurückzuführen.

Immer häufiger arbeiten Erwerbstätige außerhalb der normalen Arbeitszeit. Im längerfristigen Vergleich stark zugenommen hat vor allem die Arbeit am Abend. Mehr als 40 Prozent der Erwerbstätigen gaben an, zumindest gelegentlich auch nach 18 Uhr zu arbeiten.

Mikrozensus liefert wichtige Ergebnisse zur Erwerbsarbeit

Arbeitsmarkt-
berichterstat-
tung der amt-
lichen Statistik

Die Arbeitsmarktberichterstattung der amtlichen Statistik bedient sich einer Vielzahl unterschiedlicher Datenquellen. Zu nennen sind neben dem Mikrozensus und der darin integrierten Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Labour Force Survey – LFS) vor allem die Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Mikrozensus
als dezentrale
Bundesstatistik

Der Mikrozensus wird als dezentrale Bundesstatistik in den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Ergebnisse gehen ein in Regierungsberichte und in das Jahresgutachten des Sachverständigenrates

zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus bilden sie die Grundlage für die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, den jährlichen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und vieles andere mehr. Für eine Reihe kleinerer Erhebungen der empirischen Sozial- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- und Kontrollinstrument.

Zudem basieren viele nationale und internationale Indikatoren zur Beschäftigungspolitik auf den Ergebnissen des Mikrozensus zur Erwerbstätigkeit. Ein Beispiel ist die Erwerbstätigenquote, die einen der zentralen Indikatoren im europäischen Kontext darstellt. Der Erwerbsstatus der im Mikro-

Mikrozensus
als wichtige
Datenquelle

zensus befragten Personen wird nach dem so genannten „Labour-Force-Konzept“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erhoben.

Harmonisierte
Ergebnisse
über alle EU-
Staaten

Über die EU-Arbeitskräfteerhebung, die gemeinsam mit dem Mikrozensus durchgeführt wird, werden zudem Daten für europäische und nationale Nutzer bereitgestellt. Die Ergebnisse sind über alle EU-Mitgliedstaaten hinweg harmonisiert und ermöglichen somit europaweite Vergleiche. Das Frageprogramm der EU-Arbeitskräfteerhebung umfasst außer den jährlich in gleicher Weise zu erfassenden Kernfragen auch sogenannte Ad-hoc-Module, die aktuelle Themen abdecken. Im Jahr 2014 wurden beispielsweise Daten über die Arbeitsmarktsituation von Zuwanderern und ihren direkten Nachkommen erhoben. Die Ad-hoc-Module werden allerdings nur mit einem Auswahlatz von 0,1 Prozent erhoben, was die Möglichkeiten der Auswertung dieser Merkmale für kleinere Bundesländer wie Rheinland-Pfalz sehr einschränkt.

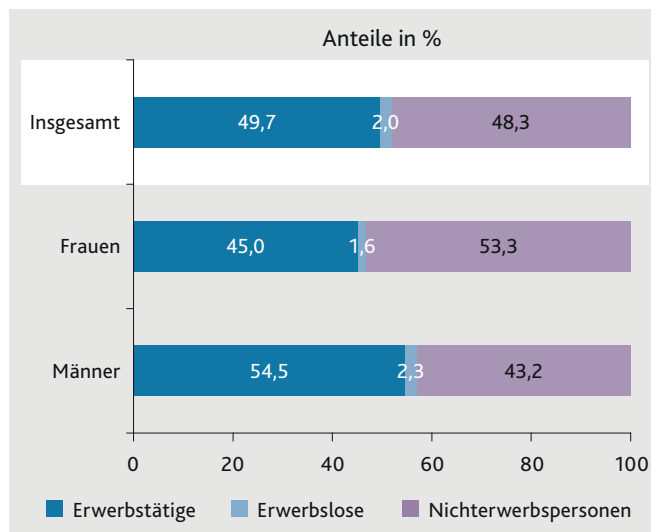
EU-Arbeits-
kräfteerhebung
in den Mikro-
zensus integriert

Seit dem Umstieg auf ein unterjähriges Erhebungskonzept können Quartals- und Jahresdurchschnittsergebnisse bereitgestellt werden. Für Rheinland-Pfalz sollen im Folgenden Jahresdurchschnittsergebnisse für das Jahr 2014 dargestellt werden. Die Ergebnisse des Mikrozensus 2014 wurden nicht mehr – wie noch in früheren Jahren – auf Basis der Volkszählung 1987 mit den jährlich fortgeschriebenen Veränderungen hochgerechnet, sondern auf Basis des Zensus 2011.

Zur Verdeutlichung der Entwicklung werden in diesem Beitrag Daten des Jahres 2004 herangezogen, wobei der Vergleichbarkeit aufgrund des Umstiegs von einer festen auf eine gleitende Berichtswoche im Jahr 2005 sowie auf den neuen Hochrechnungsrahmen auf Basis des Zensus 2011 Grenzen gesetzt sind.

G 1

Bevölkerung 2014 nach Beteiligung am Erwerbsleben und Geschlecht



Erwerbstätigkeit steigt – vor allem bei Frauen

Zu den Erwerbspersonen gehören die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2014 waren rund 1,99 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, d. h. die Hälfte der Bevölkerung, erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung, lag bei 49,7 Prozent.

1,99 Millionen
Erwerbstätige

Im Jahr 2004 betrug die Erwerbstätigenquote noch rund 43 Prozent; innerhalb der letzten zehn Jahre stieg der Wert damit um 6,7 Prozentpunkte.

Der Anteil der Erwerbslosen belief sich 2014 auf 2 Prozent. Etwas weniger als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Bevölkerung (48 Prozent) zählt zu den Nichterwerbspersonen.

Anstieg der
Erwerbstätigen-
quote

Trotz einer allmählichen Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern weichen deren Erwerbsmuster noch erheblich voneinander ab.

Zahl der erwerbstätigen Frauen steigt stärker als die der Männer

Im Zeitraum von 2004 bis 2014 ist die Erwerbstätigenquote der Frauen um 8,4 Prozentpunkte auf 45 Prozent gestiegen. Die Erwerbstätigenquote der Männer erhöhte sich im gleichen Zeitraum lediglich um 4,9 Prozentpunkte auf nunmehr rund 55 Prozent. Dadurch hat sich seit 2004 der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen von rund 44 Prozent auf nunmehr 46 Prozent erhöht. Ungeachtet dessen lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 2014 noch fast 10 Prozentpunkte unter der der Männer.

Erwerbstätigenquote der Frauen noch deutlich unter der der Männer

Betrachtet man nur die Personen im erwerbsfähigen Alter, d. h. zwischen 15 und 65 Jahren, so lag die Erwerbstätigenquote 2014 in Rheinland-Pfalz bei rund 74 Prozent. Die Differenz bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter wird häufig als Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben genutzt. Mit einer Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen von rund 69 Prozent lag diese noch deutlich unter dem entsprechenden Wert der Männer (79 Prozent).

Personen ab 65 Jahren sind selten erwerbstätig. Lediglich 5,5 Prozent dieser Altersgruppe übte 2014 noch eine Erwerbstätigkeit aus (Frauen: 3,5 Prozent; Männer: 8 Prozent).

Immer mehr Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung

Der Eindruck der starken beruflichen Integration von Frauen relativiert sich, wenn die Arbeitszeit sowie das Einkommen als Kriterium hinzugezogen werden. Frauen stehen häufiger als Männer in Teilzeiterbeschäftigungen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Bei der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit dürfte der Zuwachs

Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden. Die Erwerbsquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die Erwerbstätigenquote misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen gelten als erwerbstätig; ebenso Soldatinnen und Soldaten.

Erwerbslose

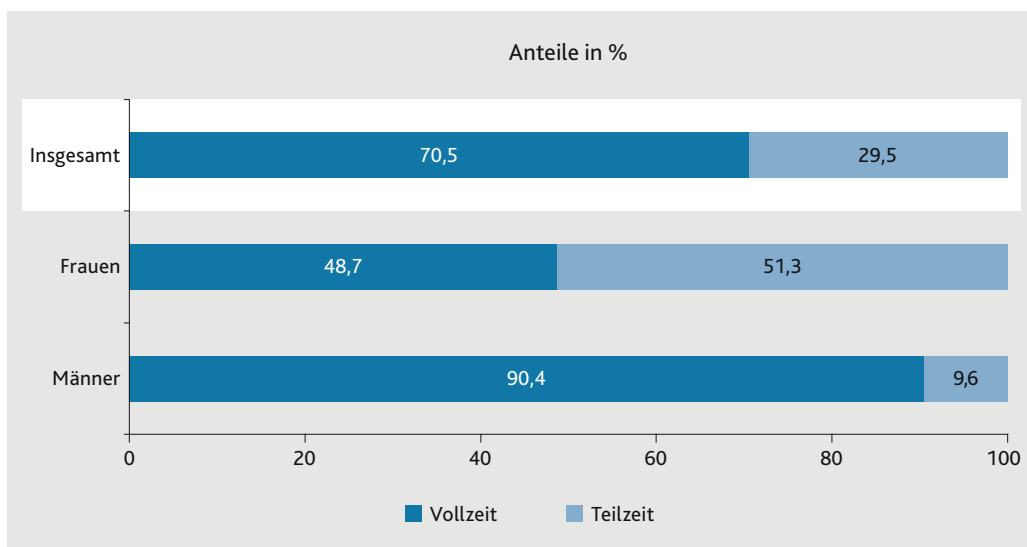
Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zur Zeit nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsverwaltung als arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartnerinnen und Ehepartner, gelten nicht als erwerbslos.

Nichterwerbspersonen

Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

G 2

Abhängig Erwerbstätige 2014 nach Art der ausgeübten Tätigkeit und Geschlecht



der Teilzeitarbeitsplätze ein wichtiger Faktor gewesen sein. So sind Frauen unter den Teilzeitbeschäftigten nach wie vor deutlich überrepräsentiert. Bei den Vollzeitarbeitsplätzen überwiegen dagegen die Männer.

Von den rund 1,8 Millionen abhängig erwerbstätigen Personen in Rheinland-Pfalz gingen im Jahr 2014 rund 71 Prozent einer Vollzeittätigkeit nach, gut 29 Prozent sind teilzeitbeschäftigt.¹ Abhängig erwerbstätige Frauen gingen im Jahr 2014 zu 51 Prozent einer Teilzeitbeschäftigung nach, bei den abhängig erwerbstätigen Männern waren es lediglich 10 Prozent.

Insgesamt waren rund 525 000 Personen, d. h. mehr als ein Viertel (29 Prozent) der im Mikrozensus erfassten abhängig Erwerbstätigen im Jahr 2014 teilzeitbeschäftigt

(2004: 23 Prozent). Damit hat sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Erwerbstätigen im genannten Zeitraum um 6,7 Prozentpunkte erhöht.

Im Jahr 2014 waren in Rheinland-Pfalz mehr als sieben Prozent der Erwerbstätigen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Zu den geringfügigen Beschäftigten zählen Tätigkeiten mit einem monatlichen Arbeitsentgelt von bis zu 450 Euro oder kurzfristige Beschäftigungen wie Saisonbeschäftigungen mit bis zu 50 Arbeitstagen. Frauen sind mit knapp 13 Prozent dabei wesentlich häufiger ausschließlich geringfügig beschäftigt als Männer (drei Prozent). Wie die Teilzeitbeschäftigung hat auch die geringfügige Beschäftigung in den letzten Jahren zugenommen. So lag der Anteil der Erwerbstätigen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, an allen Erwerbstätigen im Jahr 2004 noch bei 5 Prozent (Frauen: 10,7 Prozent; Männer: 1 Prozent). Besonders die Neuregelung von Mini- und Midijobs führte zur weiteren Ausbreitung von geringfügiger Erwerbstätigkeit.

Vor allem Frauen häufig teilzeit- oder geringfügig beschäftigt

¹ Erwerbstätige werden danach unterschieden, ob sie eine Vollzeit- oder eine Teilzeittätigkeit ausüben. Als Vollzeittätige gelten im vorliegenden Bericht alle Erwerbstätigkeiten mit einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 37 Stunden oder mehr, sowie Erwerbstätigkeiten mit einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 25 bis 36 Stunden dann, wenn die/der Befragte seine Erwerbstätigkeit als eine Vollzeittätigkeit einstuft. Als Teilzeittätigkeit gelten dagegen Erwerbstätigkeiten, bei denen die regelmäßige Wochenarbeitszeit unter 25 Stunden liegt, sowie Erwerbstätigkeiten mit einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 25 bis 36 Stunden dann, wenn die/der Befragte seine Erwerbstätigkeit als eine Teilzeittätigkeit einstuft.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als 1%-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit und Bildung. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 18 000 Haushalte mit rund 40 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 390 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch rund 200 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung erfolgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen.

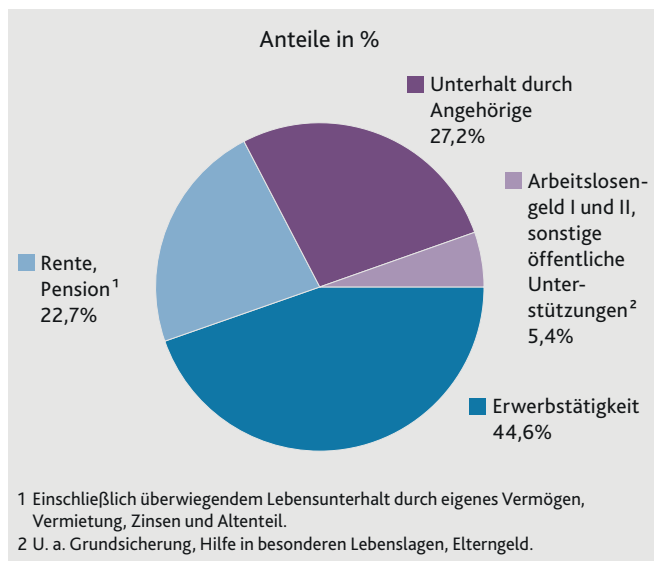
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2016 gültig. Für den Mikrozensus ab 2016 wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 3

Bevölkerung 2014 nach überwiegendem Lebensunterhalt



Lebensunterhalt wird überwiegend aus Erwerbstätigkeit bezogen

Männer bestreiten Lebensunterhalt häufiger selbst

Im Jahr 2014 bezogen rund 45 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus eigener Erwerbstätigkeit. Unterschiedlich hoch sind die Anteile bei Männern und Frauen: 51 Prozent der Männer lebten überwiegend von Erwerbstätigkeit; bei den Frauen waren es nur 38 Prozent. Gut ein Fünftel (21 Prozent) der Männer und mehr als 33 Prozent der Frauen bestreiten ihren Lebensunterhalt über Einkünfte von Angehörigen. Die Gruppe der Personen im Alter von 65 Jahren und älter lebte 2014 fast ausschließlich von Renten- und Pensionszahlungen (85 Prozent). Bei den Männern dieser Altersgruppe waren es 93 Prozent, bei den Frauen 78 Prozent.

Höheres Ausbildungsniveau verbessert Aussicht auf Erwerbstätigkeit

Bildung lohnt sich

Bildung ist zum entscheidenden Standortfaktor geworden. So stellt eine stark wissensbasierte Gesellschaft immer höhere An-

sprüche an das Bildungsniveau der Arbeitskräfte. Eine höhere schulische Qualifikation sowie eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Im Ergebnis nimmt die Erwerbstätigenquote mit zunehmendem Bildungsabschluss zu.

Von den Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung übten 2014 nur 36 Prozent eine Erwerbstätigkeit aus. Dagegen waren 63 Prozent der Personen mit einer Lehr- oder Anlernausbildung o. Ä. erwerbstätig. Noch höher lag der Anteil der Erwerbstätigen unter den Absolventen einer Meister- oder Techniker Ausbildung oder eines Fach- bzw. Hochschulstudiums o. Ä. (74 Prozent).

Jeder zehnte Erwerbstätige ist selbstständig

Jeder zehnte Erwerbstätige war 2014 selbstständig (10 Prozent). Gegenüber 2004 sank die Zahl der Selbstständigen um 0,7 Prozentpunkte. Die Mehrheit der Selbstständigen sind Männer (69 Prozent). So übten 13 Prozent der erwerbstätigen Männer eine selbstständige Tätigkeit aus. Bei den Frauen waren es lediglich 6,7 Prozent.

Selbstständige sind überwiegend Männer

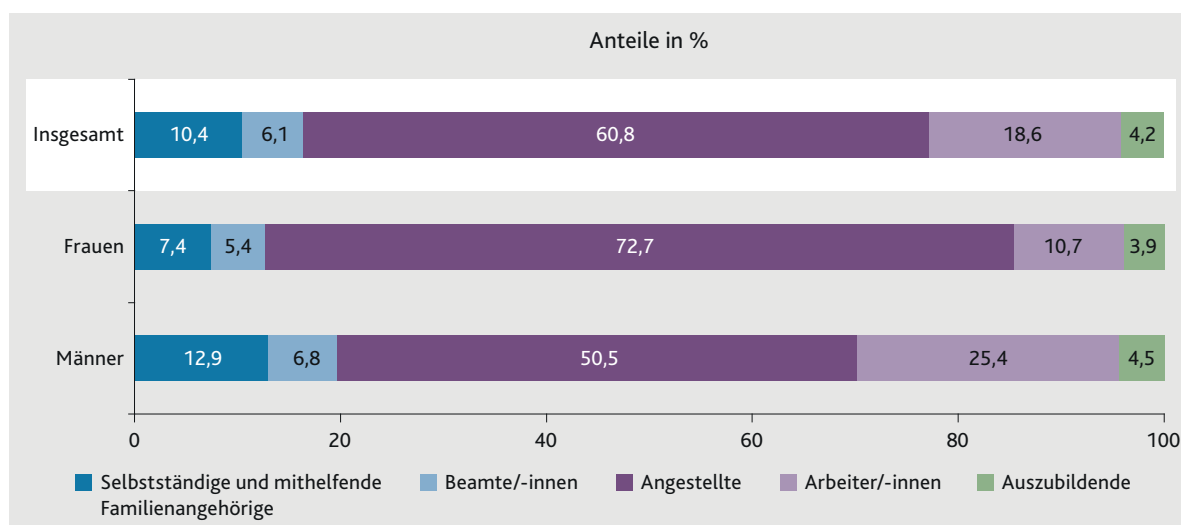
Insgesamt betrachtet war der überwiegende Teil der Erwerbstätigen Angestellte (61 Prozent) oder Arbeiter (19 Prozent). Auf die Beamten entfielen 6,1 Prozent der Erwerbstätigen und auf die mithelfenden Familienangehörigen 0,5 Prozent.

Immer mehr Erwerbstätige arbeiten außerhalb der normalen Arbeitszeit

Im Jahr 2014 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 55 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen oder leisteten Abend- oder Nacht-

G 4

Erwerbstätige 2014 nach Stellung im Beruf und Geschlecht



arbeit bzw. Wechselschichten. Seit 2004 ist ihr Anteil damit um fast 2 Prozentpunkte gestiegen.

Arbeit am Abend
hat besonders
zugenommen

Dies zeigt, dass die Anforderungen an die zeitliche Flexibilität der Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren gestiegen sind. Immer mehr Menschen sind außerhalb der „normalen“ Arbeitszeit – von Montag bis Freitag zwischen 6 und 18 Uhr – gefordert. Besonders stark zugenommen hat die Arbeit am Abend. Im Jahr 2004 arbeiteten 35 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich auch nach 18 Uhr, zehn Jahre später lag dieser Anteil 5 Prozentpunkte darüber. Geringfügig abgenommen hat hingegen die Samstagsarbeit; 45 Prozent der Erwerbstätigen mussten im Jahr 2014 zumindest gelegentlich an Samstagen arbeiten, zehn Jahre zuvor waren es 46 Prozent. Über zumindest gelegentliche Arbeitseinsätze an Sonn- oder Feiertagen berichteten 28 Prozent der Erwerbstätigen (2004: 25 Prozent). Nachtarbeit mussten 14 Prozent der Erwerbstätigen leisten (2004: 15 Prozent), in Wechselschichten waren 15 Prozent eingesetzt (2004: 12 Prozent).

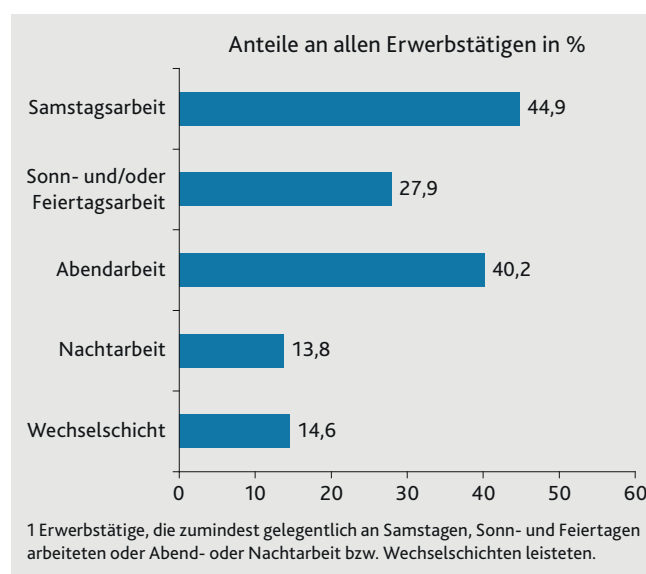
Im Schnitt fast 500 000 Überstunden pro Woche

Insgesamt gaben rund 5 Prozent der abhängig Erwerbstätigen an, in der Woche vor der Befragung Überstunden geleistet zu haben.

Männer leisten häufiger Mehrarbeit als Frauen. 5,4 Prozent der abhängig beschäftigten Männer hatten in der Berichtswoche

Männer mit
mehr Über-
stunden

G 5

Erwerbstätige¹ 2014 nach Arbeitszeiten

mehr Stunden als normalerweise gearbeitet. Bei den Frauen waren es 3,4 Prozent. Im Jahr 2014 wurden in Rheinland-Pfalz nach den Ergebnissen des Mikrozensus durchschnittlich fast 500 000 Überstunden pro Woche geleistet.

Die 80 200 abhängig Erwerbstätigen mit Überstunden leisteten in der Berichtswoche im Durchschnitt 5,7 Überstunden. Von diesem Personenkreis erbrachten 45 Prozent bis zu fünf Überstunden, 24 Prozent zwischen sechs und zehn Überstunden sowie 13 Prozent elf oder mehr Überstunden.

Befristete Arbeitsverträge häufig bei Berufsanfängern

Jeder achte abhängig Erwerbstätige hat befristeten Vertrag

Fast 237 000 abhängig Erwerbstätige waren 2014 auf Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrags beschäftigt. Damit hatten gut 13 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen einen Zeitvertrag. Insbesondere jüngere Menschen sind zu Beginn ihrer Berufslaufbahn befristet beschäftigt. Von den befristet Beschäftigten sind gut 65 Prozent jünger als 30 Jahre. Als Ursache der Befristung nannten rund 42 Prozent ihr Ausbildungsverhältnis. Fast 14 Prozent gaben an, keine Daueranstellung zu finden bzw. dass eine solche nicht gewünscht sei. In der Probezeit befanden sich 10 Prozent und mehr als 34 Prozent nannten sonstige Gründe.

Im Vergleich zum Jahr 2004 ist die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse um 1,8 Prozentpunkte gestiegen.

Immer mehr Menschen mit Zweitjob

108 700 Erwerbstätige haben einen Zweitjob

Immer mehr rheinland-pfälzische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessern ihr Einkommen mit einem Nebenjob auf. In Rheinland-Pfalz gingen im Jahr 2014 rund

109 000 Erwerbstätige – das waren fast 6 Prozent aller Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) – neben ihrer beruflichen Haupttätigkeit einer zweiten Beschäftigung nach. Davon übten mehr als zwei Drittel (66 Prozent) ihre Nebentätigkeit regelmäßig aus, die übrigen Erwerbstätigen arbeiteten nur gelegentlich oder saisonal bedingt in ihrem Zweitjob.

Jeder Vierte abhängig Erwerbstätige ist „atypisch“ beschäftigt

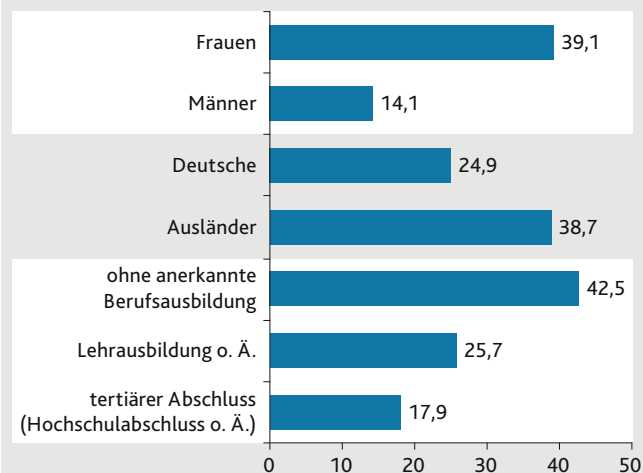
Gut ein Viertel der abhängig Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter in Rheinland-Pfalz arbeitete 2014 in so genannten atypischen Beschäftigungsformen. Hierzu gehören befristete oder geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden. Zwischen 2004 und 2014 stieg der Anteil der abhängig Beschäftigten in diesen Beschäftigungsformen in Rheinland-Pfalz um 3,2 Prozentpunkte auf 26 Prozent. Das so

Jeder vierte Beschäftigte mit „atypischer“ Beschäftigungsform

G 6

Atypisch Beschäftigte¹ 2014

Anteile an allen abhängig Beschäftigten der jeweiligen Beschäftigungsgruppe in %



¹ Nur Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung oder Ausbildung.

T 1

Erwerbstätige¹ in unterschiedlichen Erwerbsformen 2014 nach Geschlecht

Erwerbsform	Insgesamt	Frauen	Männer
	in 1 000		
Selbstständige	179	57	122
Abhängig Beschäftigte	1 586	755	831
in einem Normalarbeitsverhältnis	1 173	460	713
atypisch Beschäftigte ²	413	295	117
befristet Beschäftigte	122	57	65
Teilzeitbeschäftigte	280	243	36
geringfügig Beschäftigte	132	106	26
Insgesamt ³	1 771	818	954

1 Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung und Ausbildung, Zeit- und Berufssoldat(en/innen) sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende. – 2 Mehrfachzählungen möglich. – 3 Einschließlich mithelfende Familienangehörige.

genannte „Normalarbeitsverhältnis“ bleibt aber weiterhin die vorherrschende Beschäftigungsform.

Frauen besonders häufig in „atypischen“ Beschäftigungsformen

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Geschlechtern: Während sich 39 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen im Jahr 2014 in einer „atypischen“ Beschäftigung befanden, traf dies nur auf vierzehn Prozent der Männer zu. Wesentliche Ursache hierfür ist die große Zahl von Frauen in Teilzeitarbeit, die in vielen Fällen auch durchaus gewollt ist (z. B. aus familiären Gründen). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation sind besonders häufig in atypischen Beschäftigungsformen zu finden. Unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne anerkannte Berufsausbildung lag der Anteil atypischer Beschäftigter im Jahr 2014 bei gut 42 Prozent. Der entsprechende Wert bei Beschäftigten mit einer Lehrausbildung o. ä. betrug demgegenüber 26 Prozent, während von den Höherqualifizierten nur rund 18 Prozent einer atypischen Beschäftigung nachgingen. Mit rund 39 Prozent waren diese Beschäftigungsformen auch bei ausländischen Beschäftigten überdurchschnittlich stark vertreten (deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: 25 Prozent).

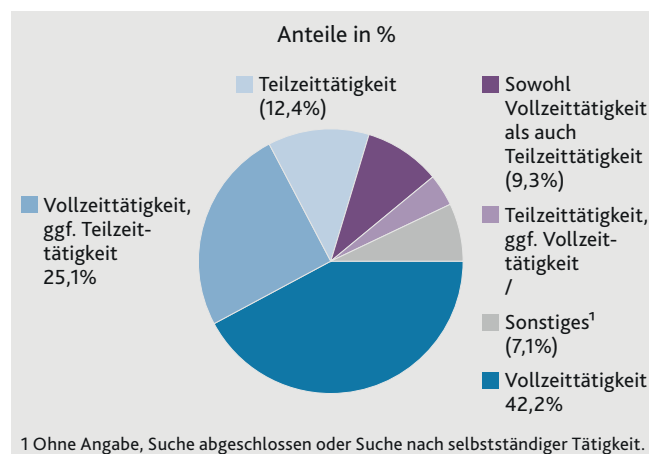
Die Frage, woraus sie überwiegend die Mittel für ihren Lebensunterhalt beziehen, beantworteten atypisch Beschäftigte wesentlich seltener mit eigener Erwerbstätigkeit als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis. Rund 77 Prozent der atypisch Beschäftigten, aber 98 Prozent der abhängig Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend über eigene Erwerbstätigkeit. Gut 14 Prozent der atypisch Erwerbstätigen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren. Leistungen nach Hartz IV waren für 2,4 Prozent der atypisch Beschäftigten Haupteinnahmequelle.

Vor allem männliche Erwerbslose auf der Suche nach Vollzeitstellen

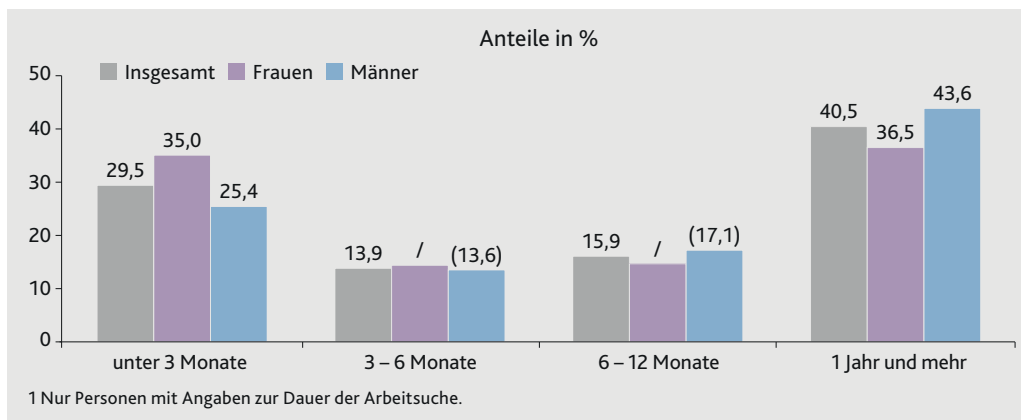
Gut 42 Prozent der 79 200 Erwerbslosen in Rheinland-Pfalz suchten im Jahr 2014 ausschließlich eine Vollzeittätigkeit; für mehr als 12 Prozent kam nur eine Teilzeittätigkeit infrage. Dagegen waren 38 Prozent hinsichtlich des Umfangs der gesuchten Tätigkeit flexibel.

G 7

Erwerbslose 2014 nach der Art der gesuchten Tätigkeit



G 8

Erwerbslose 2014 nach der Dauer der Arbeitsuche¹ und Geschlecht

Frauen suchen
häufiger Teil-
zeitstellen

Frauen und Männer unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Präferenzen. 52 Prozent der Männer, aber nur 28 Prozent der Frauen gaben an, ausschließlich eine Vollzeitstelle zu suchen. Dagegen strebten anteilig deutlich mehr Frauen ausschließlich eine Teilzeitstelle an als bei den Männern.

Mehr als 60 Prozent der Erwerbslosen bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Arbeitslosengeld I oder II, 31 Prozent wurden hauptsächlich durch Angehörige unterstützt. Arbeitslosengeld war für 64 Prozent der Männer und 55 Prozent der Frauen Haupteinnahmequelle. 26 Prozent der Männer und 38 Prozent der Frauen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren.

Bereits ein Jahr und länger suchten 40 Prozent der Erwerbslosen nach einer Erwerbstätigkeit. Gut 29 Prozent der Erwerbslosen war zum Zeitpunkt der Befragung erst seit kurzer Zeit erwerbslos. Bei den Frauen gaben 35 Prozent, bei den Männern 25 Prozent an,

erst seit weniger als drei Monaten auf der Suche nach Arbeit zu sein.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt mithilfe des Mikrozensus über wichtige Daten zur Erwerbstätigkeit. Überall in Europa hat die Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen; ein Trend, der auch in Rheinland-Pfalz zu beobachten ist. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind dabei nach wie vor bei Frauen deutlich stärker verbreitet als bei Männern. Strukturelle Veränderungen im Zeitverlauf zeigen sich auch in anderen Bereichen, z. B. beim Anstieg befristeter Arbeitsverhältnisse und der Zahl der Zweitjobs oder der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Dr. Merle Hattenhauer leitet das Referat „Mikrozensus, Haushalts-erhebungen“.

Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2035



Von Thomas Kirsche

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat im Juli 2015 mit der Statistischen Analyse „Rheinland-Pfalz 2060 – Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013)“ eine neue Bevölkerungsprojektion vorgestellt. Die August-Ausgabe der Statistischen Monatshefte enthält einen Beitrag zu den mittel- und langfristigen demografischen Entwicklungen auf der Landesebene. In der September-Ausgabe wurden die Ergebnisse der Projektion für die kreisfreien Städte und Landkreise dargestellt.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis zum Jahr 2035 und beschreibt die Methode, die für die Vorausberechnung auf der Verbandsgemeindeebene verwendet wurde. Zudem werden Hinweise zur Interpretation und Nutzung der Projektionsergebnisse gegeben.

Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz

In der Studie „Rheinland-Pfalz 2060 – Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013)“ wurden drei Modellvarianten zur künftigen Entwicklung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz vorgestellt.

In allen Varianten liegt die Geburtenrate über den gesamten Zeitraum bei 1,4 Kindern je Frau. Die Lebenserwartung nimmt bis 2060 bei Frauen um sechs, bei Männern um sieben Jahre zu.

Die Varianten unterscheiden sich nur hinsichtlich der Annahmen zur Wanderung. In der mittleren Variante, die als Grundlage der

kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung dient, liegt der jährliche Wanderungsüberschuss 2014 und 2015 bei etwa 24 000 Nettozuzügen. Von 2016 bis 2021 wird ein Rückgang des Wanderungssaldos auf +6 000 Personen pro Jahr unterstellt. Danach bleibt der Wanderungssaldo bis 2060 konstant.

Mittelfristig wird sich im Land bis zum Jahr 2035 die Einwohnerzahl gegenüber 2013, dem Basisjahr der Berechnungen, bereits spürbar verringern. Unter den Annahmen der mittleren Variante ist mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl um 3,8 Prozent zu rechnen; sie würde von derzeit knapp vier auf 3,84 Millionen Einwohner sinken. Damit wäre in etwa wieder die Bevölkerungszahl

Bevölkerungszahl sinkt im Land mittelfristig um 3,8 Prozent

des Jahres 1991 erreicht. Rheinland-Pfalz hätte 2035 etwa 152 800 Einwohner weniger als im Basisjahr.

Bevölkerungszahl geht langfristig um 16 Prozent zurück

Im Jahr 2060 würden nach der mittleren Variante der Vorausberechnungen noch 3,37 Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz leben. Das entspricht etwa der Bevölkerungszahl des Jahres 1959. Der Bevölkerungsrückgang beläuft sich damit über den gesamten Projektionszeitraum auf 627 000 Personen bzw. 16 Prozent.

Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnungen

Die vierte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden basiert auf der mittleren Variante der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2013.

Dieser liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die **Geburtenrate** liegt über den gesamten Zeitraum bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau.
- Die **Lebenserwartung** nimmt – im Vergleich zur aktuellen Sterbetafel 2010/12 – bis 2060 bei Frauen von 82,7 auf 88,7 Jahre und bei Männern von 77,8 auf 84,8 Jahre zu.

Annahme zum Wanderungsgeschehen:

- Ausgehend von den im Stützzeitraum stark gestiegenen Wanderungsgewinnen wird für 2014 und 2015 ein Wanderungssaldo von 24 400 bzw. 24 000 Personen angenommen.
- Von 2016 bis 2021 wird in der mittleren Variante ein Rückgang des Wanderungssaldos auf +6 000 Personen pro Jahr unterstellt.
- Danach bleibt der Wanderungssaldo bis 2060 konstant.

Zusätzliche Annahme zum regionalen Wanderungsgeschehen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise: Den Berechnungen liegt in der Regel der sogenannte „**Ceteris-paribus-Ansatz**“ zugrunde. Das bedeutet, dass sich die geschlechts- und altersspezifische regionale Verteilung der Zuzüge und Fortzüge künftig so fortsetzt, wie im Stützzeitraum von 2009 bis 2013.

Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Die Bevölkerungsentwicklung wird auch künftig regional unterschiedlich verlaufen. Das zeigen die Untersuchungen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise.

Sieben der zwölf kreisfreien Städte werden bis 2035 noch Bevölkerungszuwächse aufweisen. Die höchsten Anstiege sind in Ludwigshafen (+5,1 Prozent), Trier (+3,7 Prozent) und Mainz (+2,8 Prozent) zu erwarten. Die stärksten Rückgänge werden Pirmasens (–15 Prozent) und Zweibrücken (–9,7 Prozent) verzeichnen.

Entwicklung in den kreisfreien Städten bis 2035

Die meisten Landkreise werden mittelfristig Bevölkerung verlieren, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Am stärksten wird der Bevölkerungsrückgang in den Kreisen Birkenfeld (–15 Prozent), Kusel (–14 Prozent) und Südwestpfalz (–13 Prozent) ausfallen. Dagegen werden die Landkreise Mainz-Bingen (+3 Prozent) und Trier-Saarburg (+1,9 Prozent) sowie der Rhein-Pfalz-Kreis (+2,2 Prozent) im Jahr 2035 sogar mehr Einwohnerinnen und Einwohner haben als heute.

Entwicklung in den Landkreisen bis 2035

Bevölkerungsentwicklung in den verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden

Die Vorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden basiert auf den Berechnungen für die Landkreise. Der kleinräumigen Projektion liegt der Gebietsstand zum 1. Juli 2014 zugrunde. Rheinland-Pfalz gliedert sich in zwölf kreisfreie Städte und 24 Landkreise. Zu den Landkreisen zählen aktuell 30 verbandsfreie Gemeinden und 150 Verbandsgemeinden.

Kleinräumige Entwicklung auf der Verbandsgemeindeebene bis 2035

Bevölkerungs-
zuwächse
bis 2035

Die Spannweite der Ergebnisse fällt etwas größer aus als auf der Kreisebene. Neben den sieben kreisfreien Städten werden für 36 der 180 untersuchten Gebiete der Verbandsgemeindeebene Bevölkerungszuwächse vorausberechnet. Die meisten Zuwächse ergeben sich in den beiden Landkreisen, für die der höchste Bevölkerungsanstieg vorausberechnet wurde. Im Kreis Mainz-Bingen sind es drei verbandsfreie Gemeinden und sechs Verbandsgemeinden – lediglich die Verbandsgemeinde Rhein-Nahe wird hier Einwohnerinnen und Einwohner verlieren. Im Rhein-Pfalz-Kreis werden für jeweils drei verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden höhere Bevölkerungszahlen erwartet. Für die Verbandsgemeinden Saarburg und Heidesheim (jeweils +12 Prozent), die verbandsfreie Gemeinde Schifferstadt (+10 Prozent) sowie die Verbandsgemeinden Bodenheim (+8,6 Prozent) und Schweich (+8,1 Prozent) ergeben sich aus der Projektion bis 2035 die höchsten Bevölkerungsanstiege. Die vier genannten Verbandsgemeinden verzeichneten bereits im Stützzeitraum der Vorausberechnung, den Jahren 2009 bis 2013, deutliche Zuwächse. In der verbandsfreien Gemeinde Schifferstadt stellte sich die Situation in diesem Zeitraum anders dar. Während es insbesondere 2012 und 2013 deutliche Bevölkerungszuwächse gab, wurde die Bevölkerungszahl im Jahr 2011 nach den Ergebnissen des Zensus um fast 700 Personen bzw. um 3,5 Prozent nach unten korrigiert. Dies führte im Stützzeitraum sogar zu einem Bevölkerungsrückgang um 0,3 Prozent. In Rheinland-Pfalz verringerte sich die Bevölkerungszahl von 2008 bis 2013 um 0,8 Prozent. Auch hier wurden die leichten Zuwächse in den Jahren 2012 und 2013 durch die zensusbedingte Korrektur (–9 100 Personen bzw. –0,2 Prozent) überkompensiert.

Entsprechend werden – neben fünf kreisfreien Städten – für 144 der 180 untersuchten Gebiete der Verbandsgemeindeebene sinkende Bevölkerungszahlen vorausberechnet. Neben der kreisfreien Stadt Pirmasens ergeben sich für 34 Gebiete Rückgänge von mehr als 12 Prozent. Diese liegen größtenteils im Südwesten des Landes, insbesondere in der Region Westpfalz. Am häufigsten betroffen sind die Landkreise Kusel und Südwestpfalz mit jeweils fünf Verbandsgemeinden sowie der Landkreis Birkenfeld mit einer verbandsfreien Gemeinde und drei Verbandsgemeinden. Die stärksten Rückgänge sind in den Verbandsgemeinden Meisenheim (–23 Prozent), Baumholder (–21 Prozent), Herrstein (–19 Prozent) und Altenglan (–18 Prozent) zu erwarten. Die Verbandsgemeinden Loreley, Rockenhausen, Rodalben und Sankt Goar-Oberwesel werden im Jahr 2035 etwa 17 Prozent weniger Einwohnerinnen und Einwohner haben als heute. Diese Verbandsgemeinden verzeichneten bereits in den fünf Jahren des Stützzeitraums der Vorausberechnung Bevölkerungsrückgänge zwischen vier und sechs Prozent.

Bevölkerungs-
rückgänge
bis 2035

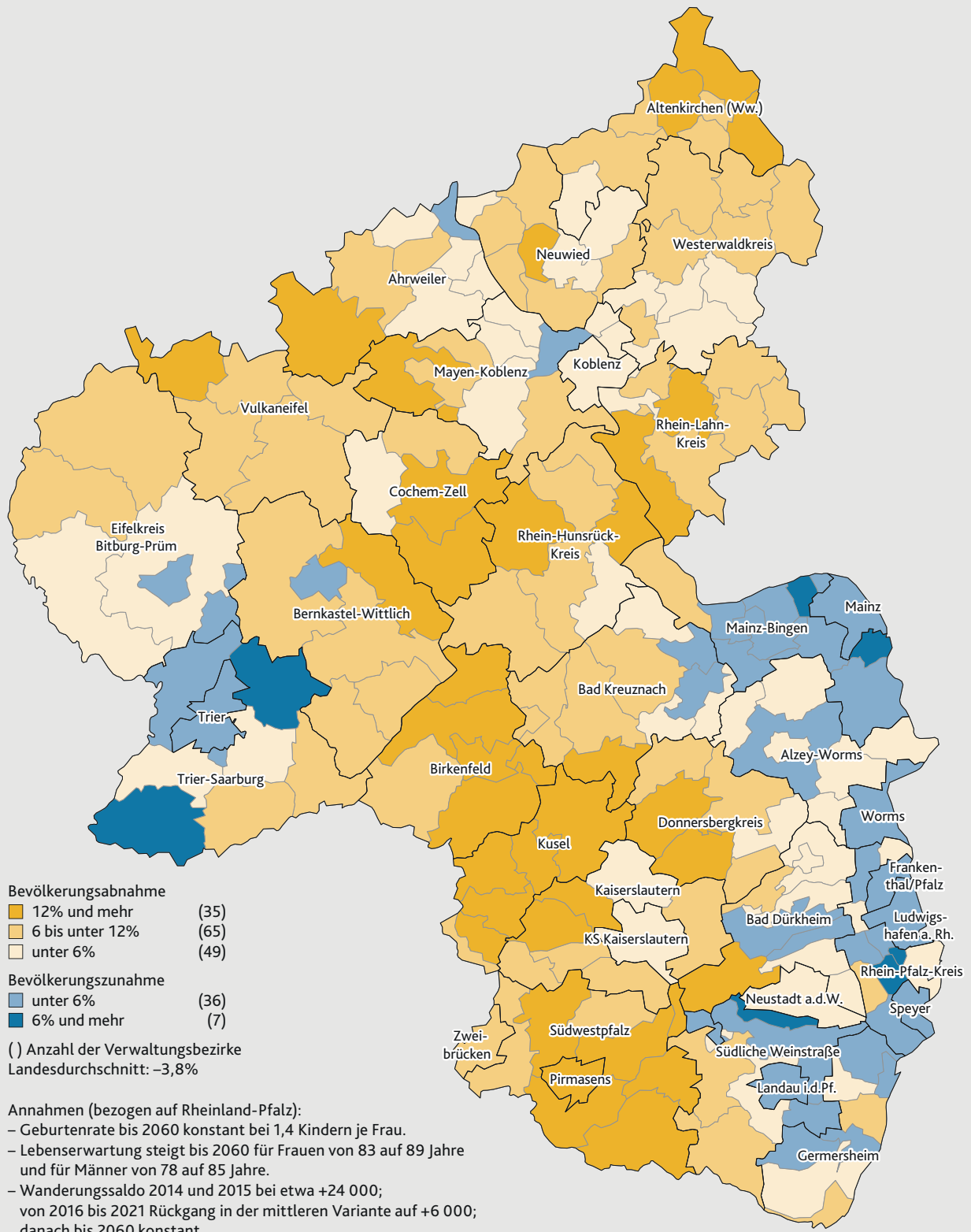
Hinweise zur Interpretation und Nutzung der Ergebnisse kleinräumiger Bevölkerungsvorausberechnungen

Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnungen werden von den Kommunen als Grundlage für Planungen benötigt. Neben den Infrastruktureinrichtungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Kindertageseinrichtungen, Schulen, Senioren- und Pflegeeinrichtungen sind insbesondere die Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur sowie der Gesundheitsbereich zu nennen. Darüber hinaus sind Gesamtzahl und Altersstruktur der Bevölkerung auch für die Entwicklung der kommunalen Finanzen

Bevölkerungs-
vorausberechnungen
als
Planungsgrundlagen

K 1

Bevölkerung 2013–2035 nach Verwaltungsbezirken



sowie die Flächennutzungsplanung (z. B. für den Wohnungsbau und die Gewerbeansiedlung) von Bedeutung.

Besondere Schwierigkeit: Schätzung der Parameter der Bevölkerungsbewegungen

Die Schwierigkeit einer Bevölkerungsvorausberechnung besteht darin, die Parameter zu schätzen, die benötigt werden, um für das jeweilige Projektionsjahr die Höhe der Geburten und Sterbefälle sowie das Ausmaß der Zuzüge und Fortzüge zu bestimmen. Diese Aufgabe ist umso schwieriger, je kleiner die Gebietseinheiten sind, für welche Bevölkerungsvorausberechnungen durchgeführt werden sollen.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Um die künftigen Geburten berechnen zu können, müssen für die Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren Geburtenziffern geschätzt werden. Für die Berechnung der Sterbefälle sind altersspezifische Sterbeziffern zu ermitteln. Beides geschieht in der Regel mithilfe von Vergangenheitswerten dieser Parameter. Je kleiner die Bevölkerung eines Gebietes und damit die Besetzung der einzelnen Altersjahre ist, desto stärker können von einem Jahr zum anderen die Vergangenheitswerte der altersspezifischen Geburten- bzw. Sterbeziffern schwanken, und umso schwieriger ist es, die Werte dieser Parameter für die Zukunft zu schätzen.

Räumliche Bevölkerungsbewegung

Noch größer sind die Schwierigkeiten bei der Abschätzung der künftigen Zu- und Fortzugsziffern, mit denen das Ausmaß der Zuzüge und der Fortzüge im Projektionszeitraum berechnet wird. Insbesondere kleinräumige Wanderungen sind schwankungsanfällig. So kann z. B. die Ausweisung eines neuen Baugebietes, die Ansiedlung oder Vergrößerung eines Gewerbebetriebs oder der Ausbau einer Verkehrsachse für eine kurze Zeit zu einem starken Anstieg der Zuzüge aus Nachbargemeinden oder auch

aus weiter entfernten Gemeinden führen. Ein solcher Zuwanderungsstrom ebbt ab, wenn beispielsweise das Baugebiet ausgeschöpft ist oder der neue Gewerbebetrieb die angestrebte Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingestellt hat. Wenn in der Zeitreihe der Vergangenheitswerte eine solche kurzfristige „Spitze“ aufgetreten ist, geht diese in die Vorausberechnung ein und wird in die Zukunft fortgeschrieben. Dies führt zu einer Überschätzung der künftigen Bevölkerungsentwicklung in solchen Gebieten.

Die Entwicklung kann aber auch unterschätzt werden, wenn bereits abgeschlossene Bau- oder Ansiedlungsplanungen der Kommunen, die erst im Vorausberechnungszeitraum realisiert werden, Auswirkungen auf die zukünftigen Wanderungsströme haben. In den nur aus Vergangenheitswerten geschätzten Zu- und Fortzügen des Projektionszeitraumes sind diese bevölkerungswirksamen Planrealisationen noch nicht enthalten.

Trotz dieser Schwierigkeiten können kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnungen für einen mittelfristigen Zeitraum gute Planungsgrundlagen liefern, wenn sie von den Nutzern – um Vor-Ort-Kenntnisse ergänzt – interpretiert werden.

Ergänzung um Vor-Ort-Kenntnisse erforderlich

Methodik der Bevölkerungsvorausberechnungen auf der Verbandsgemeindeebene

Um zu gewährleisten, dass die kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis zum Jahr 2035 auf die vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung abgestimmt ist, wurden die Ergebnisse der mittleren Variante für die 24 rheinland-pfälzischen Landkreise auf die jeweils zuge-

Verbandsgemeindergebnisse auf mittlere Kreisergebnisse abgestimmt

hörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden „heruntergebrochen“. Es handelt sich also um eine tiefere Regionalisierung der für die Kreisebene berechneten Zahlen.

Verbands-
gemeinde-
ergebnisse
nur bis 2035

Die Vorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erfolgt nur für eine mittlere Frist, also bis zum Jahr 2035. Angesichts der zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen bei kleinräumigen Vorausberechnungen ist eine längerfristige Projektion nicht sinnvoll. Da die Ergebnisse der drei Varianten der Vorausberechnung auf der Kreisebene hinsichtlich der Bevölkerungszahl und -struktur mittelfristig nicht sehr stark voneinander abweichen, werden nur die Ergebnisse der mittleren Variante der Bevölkerungsprojektionen für die Verbandsgemeindeebene berechnet. Die unterschiedlichen Annahmen der drei Varianten wirken sich erst langfristig deutlicher aus.

Um die methodische Vorgehensweise zu beschreiben, wird das grundsätzliche Vorgehen bei den Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung kurz skizziert und die Verteilung der Kreisergebnisse auf die Verbandsgemeindeebene erläutert.

Methode zur
Berechnung
der Kreis-
ergebnisse ...

Als Basis der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung dienen die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2013. Das Jahr 2013 wird deshalb als Basisjahr bezeichnet. Für die Berechnung der künftigen Entwicklung wurde die Methode der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung gewählt. Sie erfordert eine nach Geschlecht und einzelnen Geburtsjahrgängen untergliederte Bevölkerung. In die originären Berechnungen gehen diese Daten auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise in das Modell ein.

Der Ablauf der Bevölkerungsvorausberechnung stellt sich folgendermaßen dar: Zunächst werden die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung ermittelt. Die Basisbevölkerung wird um die Zahl der berechneten Sterbefälle vermindert. Die überlebenden Personen rücken anschließend in das jeweils nächste Altersjahr vor. Danach wird die Zahl der Neugeborenen errechnet. Diese bilden die neue Altersgruppe der unter Einjährigen des ersten Projektionsjahres.

Daran schließt sich die Berechnung der Komponenten der räumlichen Bevölkerungsbewegung an. Die Bevölkerung zum Ende des ersten Jahres der Projektion wird um die Fortzüge über die Kreisgrenzen vermindert. Die in eine kreisfreie Stadt bzw. einen Landkreis zuziehenden Personen erhöhen entsprechend die dortige Bevölkerungszahl.

Dieser Prozess wiederholt sich über den gesamten Zeithorizont der Modellrechnung und erzeugt für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsstand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landeswert.

Bei der Berechnung der Bevölkerungszahlen für die Verbandsgemeindeebene wird im ersten Rechenschritt nur die natürliche Bevölkerungsentwicklung – also die Geburten und Sterbefälle – einbezogen. Die Verteilung der Zuzüge und Fortzüge wird in weiteren Rechenschritten anhand des Wanderungsgeschehens auf der Verbandsgemeindeebene in der jüngeren Vergangenheit vorgenommen.

Die Berechnung der Zahl der Geburten auf der Kreisebene erfolgt mittels altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern der 15- bis 45-jährigen Frauen. Die Geburtenrate, die sich als Summe dieser Ziffern ergibt, ist in Rheinland-Pfalz seit mehr als drei Jahr-

... und der Ver-
bandsgemeinde-
ergebnisse

Berechnung der
Geburten auf der
Kreisebene ...

zehnten auf dem Niveau von etwa 1,4 Neugeborenen je Frau relativ konstant. Deshalb ist in den Modellrechnungen für den gesamten Zeitraum dieser Wert unterstellt worden. Um die regionalen Unterschiede zu berücksichtigen, wurden bei den Kreisberechnungen allerdings kreisspezifische Werte zugrunde gelegt.

... und Verteilung auf die Verbands-
gemeindeebene

Die für die Landkreise vorausberechnete Zahl der Geburten wird für alle Projektionsjahre anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre von 2009 bis 2013 auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden verteilt.

Berechnung
der Sterbefälle
auf der Kreis-
ebene ...

Da das Sterberisiko vom Alter abhängt, werden zur Berechnung der Zahl der Gestorbenen auf der Kreisebene altersspezifische Sterbeziffern verwendet. Darüber hinaus ist das Sterberisiko von Männern höher als das von Frauen gleichen Alters; dies erfordert auch eine geschlechtsspezifische Betrachtung. Zurückliegend lässt sich fast durchgängig über alle Altersjahre ein Rückgang der Sterbeziffern feststellen. In der mittleren Variante der Modellrechnungen ist die beobachtete Entwicklung der Sterblichkeit fortgeschrieben worden, was auf der Landesebene bis 2060 zu einer Erhöhung der Lebenserwartung bei Frauen um sechs, bei Männern um sieben Jahre führt.

... und Verteilung auf die Verbands-
gemeindeebene

Die für die Landkreise vorausberechnete Zahl der Sterbefälle nach Alter und Geschlecht wird für alle Projektionsjahre anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre von 2009 bis 2013 auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden verteilt.

Berücksichtigung
der Wanderungen auf der
Kreisebene ...

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Berechnungen auf der Kreisebene und der Verbandsgemeindeebene ist die regionale Verteilung der Wanderungen. Bei den Mo-

Rechenverfahren auf der Verbandsgemeindeebene

Für jedes Projektionsjahr bis 2035 wurden drei Rechenschritte durchgeführt:

Schritt 1: Mit der jeweiligen Ausgangsbevölkerung erfolgt zunächst die Berechnung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Dabei wird die in der mittleren Variante der Kreisberechnung vorausberechnete Zahl der Geburten nach Geschlecht sowie die Zahl der Sterbefälle nach Alter und Geschlecht auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre von 2009 bis 2013 verteilt.

Schritt 2: Für jeden Landkreis werden die Zuzüge und Fortzüge über die Kreisgrenze aus der mittleren Variante der Modellrechnungen (Außenwanderung und Binnenwanderung) nach Alter und Geschlecht auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden anhand des Wanderungsgeschehens der Jahre von 2009 bis 2013 verteilt.

Schritt 3: Für jeden Landkreis werden die Zuzüge und Fortzüge innerhalb des Landkreises (Kreisbinnenwanderung) nach Alter und Geschlecht auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden anhand der Wanderungsverflechtungen der Jahre von 2009 bis 2013 verteilt.

dellrechnungen auf der Ebene der kreisfreien Städte werden nur die Wanderungen über die Kreisgrenzen berücksichtigt.

Wegen des relativ stabilen Zusammenhangs zwischen der Bevölkerungszahl und den Fortzügen werden für die kreisfreien Städte und Landkreise zunächst die fortziehenden Personen vorausberechnet und ihren Zielgebieten zugeordnet. Bei den Zielgebieten wird zwischen den Fortzügen innerhalb von Rheinland-Pfalz (Binnenwanderung) und den Fortzügen über die Landesgrenze (Außenwanderung) unterschieden. Die Fortzüge in eine kreisfreie Stadt oder einen

Landkreis innerhalb des Landes führen dort zu den entsprechenden Binnenzuzügen. Ab der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung werden die Fortzüge über die Landesgrenze zusätzlich differenziert nach Fortzügen in das übrige Bundesgebiet bzw. nach Fortzügen in das Ausland.

Zusätzlich zur originären Berechnung der Fortzugszahlen bilden die Fortzüge über die Landesgrenze außerdem die Grundlage zur Ermittlung der Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze: Der durch die Modellannahmen vorgegebene Wanderungssaldo über die Landesgrenze wird zu der Gesamtzahl der Fortzüge über die Landesgrenze addiert, sodass sich die erforderliche Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze ergibt. Diese Berechnung erfolgt ab der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung differenziert nach dem Wanderungsgeschehen mit dem übrigen Bundesgebiet bzw. dem Ausland.

Nach der Berechnung der Gesamtzahl der Zuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet bzw. dem Ausland erfolgt die Aufteilung dieser zuziehenden Personen nach Alter und Geschlecht sowie deren Verteilung auf die kreisfreien Städte und Landkreise. Sowohl die Differenzierung nach dem Herkunftsgebiet als auch die räumliche Verteilung der Zuzüge innerhalb des Landes erfolgen anhand von Durchschnittswerten, die für den fünfjährigen Stützzeitraum von 2009 bis 2013 berechnet und über den gesamten Vorausberechnungszeitraum konstant gehalten werden.

Um für die Verbandsgemeindeebene Ergebnisse zu erhalten, die auf die Kreisberechnungen abgestimmt sind, wird das für die Kreisebene ermittelte Wanderungsgeschehen bis zum Jahr 2035 zugrunde gelegt. Für die

Berechnungen wurde für die 24 Landkreise ein Verteilungsverfahren der künftigen Wanderungsströme auf die jeweils zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden entwickelt. Dabei muss für jeden Landkreis zwischen den Wanderungen über seine Kreisgrenze (also den Zuzügen und Fortzügen aus dem Ausland, den anderen Bundesländern und den anderen rheinland-pfälzischen kreisfreien Städten und Landkreisen) sowie den Wanderungen innerhalb des Landkreises (Kreisbinnenwanderungen) unterschieden werden.

Im Anschluss an den ersten Rechenschritt zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung werden für jeden Landkreis die Zuzüge und Fortzüge über die Kreisgrenze – getrennt nach Geschlecht und Altersjahren – anhand des Wanderungsgeschehens im Stützzeitraum von 2009 bis 2013 auf die einzelnen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden verteilt.

Bei der Berechnung der Verbandsgemeindeergebnisse muss darüber hinaus in einem dritten Rechenschritt mit der Betrachtung der Kreisbinnenwanderung, d. h. mit den Wanderungen innerhalb eines Landkreises zwischen den einzelnen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, ein zusätzlicher Aspekt berücksichtigt werden. Anhand des Wanderungsgeschehens im Stützzeitraum von 2009 bis 2013 wird die durchschnittliche Verteilung in die Zukunft fortgeschrieben, und zwar nach einzelnen Altersjahren und dem Geschlecht.

Wo finden sich die Ergebnisse?

Für jeden Landkreis stehen detaillierte Ergebnisse für die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden zum kostenfreien Download im Internet. Die

... und Verteilung auf die Verbandsgemeindeebene

Detaillierte
Ergebnisse
kostenfrei im
Internet

Übersichtstabellen enthalten die Bevölkerungszahlen seit 1970, die Projektionsergebnisse bis 2035 sowie die künftige Entwicklung der Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen (unter 20 Jahre, 20 bis unter 65 Jahre, 65 Jahre und älter) für das Basisjahr 2013 sowie für das Projektionsjahr 2035.

Darüber hinaus gibt es für jede verbandsfreie Gemeinde und Verbandsgemeinde ein Datenblatt, das neben der Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der Hauptaltersgruppen auch die Entwicklungen in zehn bedarfsgerecht abgegrenzten Altersgruppen von 2013 bis 2035 enthält.

Um die Ergebnisse größenmäßig besser einordnen zu können, sind in den Datenblättern zusätzlich die Werte für den jeweiligen Landkreis und für Rheinland-Pfalz für die Jahre 2013 und 2035 dargestellt.

Ergebnisse der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden

Detaillierte Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für die Verbandsgemeindeebene stehen als PDF-Dateien zum kostenfreien Download im Internet-Angebot des Statistischen Landesamtes unter

<http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/demografischer-wandel/>

zur Verfügung. Für jeden Landkreis sind die Ergebnisse der zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden für ausgewählte Projektionsjahre nach Altersgruppen der Bevölkerung dargestellt.

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist als Referent im Referat „Analysen“ tätig.

Info

Die Statistische Analyse N° 35 „Rheinland-Pfalz 2060 – Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013)“ steht im Internet unter der Adresse

http://www.statistik.rlp.de/analysen/rp2060_bj2013.pdf zum kostenfreien Download zur Verfügung.

In der August-Ausgabe der Statistischen Monatshefte erschien die Kommentierung der Ergebnisse auf der Landesebene unter dem Titel:

„Rheinland-Pfalz 2060 – Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung. Teil 1 – Ergebnisse auf der Landesebene“.

In der September-Ausgabe wurde der Beitrag „Rheinland-Pfalz 2060 – Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung. Teil 2 – Ergebnisse auf der Kreisebene“ veröffentlicht.



Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Diane Dammers und Thomas Kirschey

Ifo Index leicht gestiegen

Schlechtere Lagebeurteilung, aber optimistischere Geschäftserwartungen

Der Ifo Geschäftsklimaindex ist im September 2015 leicht um 0,1 Punkte auf 108,5 Punkte gestiegen. Während die aktuelle Geschäftslage etwas ungünstiger beurteilt wurde als im Vormonat, verbesserte sich die Einschätzung der zukünftigen Geschäftserwartungen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima erneut leicht verschlechtert. Im Einzel- und Großhandel sowie im Baugewerbe stiegen die Indexwerte; im Baugewerbe war die Entwicklung erstmals seit Januar 2014 wieder positiv.

ZEW-Index fällt unter langfristigen Mittelwert

Der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten misst, ist im September gesunken. Der Indexwert verringerte sich um 12,9 auf 12,1 Punkte und fiel damit unter den langfristigen Mittelwert (24,9 Punkte). Begründet wird dies durch die Konjunkturabschwächung in den Schwellenländern, die die Wachstumsaussichten für die exportorientierte deutsche Wirtschaft verschlechtert.

Konsumklima weiter eingetrübt

Die Konsumlaune der deutschen Bevölkerung hat sich weiter eingetrübt. Laut der GfK-Konsumklimastudie für September 2015 wurden Konjunkturerwartung, Einkommenserwartung und Anschaffungsneigung ungünstiger beurteilt als im Vormonat. Das Geschäftsklima wurde mit 9,9 Punkten bewertet. Für Oktober erwarten die Konsumforscher aus Nürnberg einen Rückgang auf 9,6 Punkte.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion leicht gestiegen, Auftragseingänge rückläufig

Die Produktion des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes ist im Berichts-

monat Juli 2015 leicht gestiegen. Die Auftragseingänge waren hingegen rückläufig. Dies zeigen die „harten“ Konjunkturdaten der amtlichen Statistik, die auf den monatlichen Angaben von rund 1 000 Betrieben basieren.

Im Juli lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Index der Industrieproduktion um 0,3 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Gegenüber Juli 2014 war ein Zuwachs von 5,6 Prozent zu verzeichnen.

Die Vorleistungsgüterindustrie ist die mit Abstand bedeutendste Hauptgruppe im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe. Sie hatte 2014 einen Anteil am Gesamtumsatz der Industrie von 56 Prozent. Der Output der Vorleistungsgüterproduzenten verringerte sich im Berichtsmonat um 1,9 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat ergab sich ein Minus von 5,6 Prozent.

In der Investitionsgüterindustrie, die etwa ein Viertel zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beiträgt, blieb die Produktion im Juli leicht hinter dem Output des Vormonats zurück (–0,4 Prozent). Zugleich war der Güterausstoß um 2,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Die Produktion der Konsumgüterhersteller, die 2014 einen Umsatzanteil von 17 Prozent hatten, schrumpfte im Berichtsmonat leicht um 0,3 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war ein kräftiger Zuwachs um 35 Prozent zu verzeichnen, was u. a. auf einen Sondereffekt in einem Teilbereich der Konsumgüterherstellung zurückzuführen ist.

Die drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie entwickelten sich im

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes: +0,3 Prozent

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: –1,9 Prozent

Produktion in der Investitionsgüterindustrie: –0,4 Prozent

Produktion in der Konsumgüterindustrie: –0,3 Prozent

Produktion in
der Chemischen
Industrie:
–4,8 Prozent

Berichtsmonat unterschiedlich. In der Chemiebranche, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und mit einem Umsatzanteil von gut einem Drittel die bedeutendste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, sank der bereinigte Produktionsindex im Juli um 4,8 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat belief sich das Minus auf elf Prozent.

Produktion im
Fahrzeugbau:
–1,6 Prozent

Im Fahrzeugbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und 2014 als zweitgrößte Branche 13 Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beitrug, war der Güterausstoß im Berichtsmonat ebenfalls rückläufig (–1,6 Prozent). Der Output fiel etwas geringer aus als ein Jahr zuvor (–0,3 Prozent).

Produktion im
Maschinenbau:
+5,2 Prozent

Im Maschinenbau, der ebenfalls der Investitionsgüterindustrie angehört und 2014 neun Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beisteuerte, erhöhte sich die Produktion im Juli um 5,2 Prozent; im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg der Güterausstoß um 13 Prozent.

Auftragsein-
gänge im Ver-
arbeitenden
Gewerbe:
–2,2 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex ist im Juli 2015 um 2,2 Prozent gesunken. Während die Bestellungen aus dem Inland unverändert blieben, schrumpfte das Ordervolumen aus dem Ausland um 1,9 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat gab es einen Nachfragezuwachs um 3,9 Prozent. Aus dem In- und Ausland gingen mehr Aufträge ein als im Juli 2014 (+4,5 bzw. +4,8 Prozent).

Nachfrage-
rückgänge in
zwei Haupt-
gruppen

Zwei der drei Industriehauptgruppen zeichneten einen Rückgang der bereinigten Auftragseingänge: In der Vorleistungsgüterindustrie nahmen die Bestellungen im Juli um 0,5 Prozent ab. In der Investitionsgüterindustrie verringerte sich das Ordervolumen um 2,3 Prozent. Die Nachfrage nach Konsumgütern änderte sich kaum (+0,1 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es lediglich in der Vorleistungsgüterindustrie leichte

Einbußen (–0,5 Prozent). In der Investitionsgüterindustrie stiegen die Bestellungen um 3,1 Prozent und in der Konsumgüterbranche um 42 Prozent.

In der Chemischen Industrie blieb der bereinigte Auftragseingangsindex im Juli fast unverändert (–0,1 Prozent). Während die Nachfrage aus dem Inland um 1,9 Prozent zunahm, ging das Ordervolumen aus dem Ausland um 1,8 Prozent zurück. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war ein Anstieg der Bestellungen um 1,6 Prozent zu verzeichnen.

Die bereinigten Auftragseingänge im Fahrzeugbau sind im Juli kräftig gesunken (–7,1 Prozent). Der Grund hierfür sind starke Einbußen im Auslandsgeschäft (–16 Prozent). Die Nachfrage aus dem Inland legte um 5,7 Prozent zu. Gegenüber dem Vorjahresmonat ergab sich im Fahrzeugbau nur ein geringfügiges Plus von 0,2 Prozent.

Die Bestellungen im Maschinenbau sind im Berichtsmonat deutlich um 9,6 Prozent gestiegen. Das Inlandsgeschäft verbesserte sich um 6,4 Prozent, und das Ordervolumen aus dem Ausland nahm um 13 Prozent zu. Gegenüber dem Vorjahresmonat fiel die Nachfrage um 8,5 Prozent höher aus.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gesunken

Im Bauhauptgewerbe ist die Nachfrage nach Bauleistungen im Juli 2015 kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonatsergebnis um neun Prozent gesunken. In den ersten sieben Monaten 2015 lagen die Auftragseingänge um 2,7 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Im Hochbau, der 2014 einen Anteil von 50 Prozent an den baugewerblichen Umsätzen des Bauhauptgewerbes hatte, lagen die Bestellungen im Juli um 18 Prozent unter dem Vormonatswert. Vor allem der öffentliche Hochbau meldete deutlich sinkende Auftragszahlen (–35 Prozent). Im gewerblichen

Auftragsein-
gänge in der
Chemischen
Industrie:
–0,1 Prozent

Auftragsein-
gänge im
Fahrzeugbau:
–7,1 Prozent

Auftrags-
eingänge im
Maschinenbau:
+9,6 Prozent

Auftragsein-
gänge im Bau-
hauptgewerbe:
–9 Prozent

Auftrags-
eingänge im
Hochbau:
–18 Prozent

Hochbau sowie im Wohnungsbau blieben die Auftragseingänge ebenfalls hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–17,5 bzw. –7 Prozent). Im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Vorjahres konnten sich die Auftragseingänge im Hochbau um 3,2 Prozent verbessern. Der Wohnungsbau sowie der öffentliche Hochbau verzeichneten Auftragssteigerungen (+15 bzw. +1,2 Prozent). Im gewerblichen Hochbau war das Ordervolumen niedriger als im Vorjahreszeitraum (–2,7 Prozent).

Auftragseingänge im Tiefbau: –4 Prozent

Im Tiefbau, auf den 2014 die Hälfte des bauseitigen Umsatzes entfiel, verringerte sich die Nachfrage im Vormonatsvergleich um vier Prozent. Während die Bestellungen im gewerblichen Tiefbau sowie im Straßenbau zurückgingen (–11 bzw. –4,3 Prozent), konnte der öffentliche Tiefbau einen geringfügigen Anstieg verzeichnen (+0,1 Prozent). Gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden im Tiefbau sinkende Auftragszahlen registriert (–7,6 Prozent). In allen Bereichen kam es in den ersten sieben Monaten 2015 zu Einbußen. Die stärksten Rückgänge verzeichneten der öffentliche Tiefbau (–13 Prozent). Für den Straßenbau sowie den gewerblichen Tiefbau errechneten sich ebenfalls sinkende Auftragszahlen (–7,2 bzw. –2,5 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel: +0,9 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) ist im Juni 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,9 Prozent gestiegen. Damit legte der Durchschnittswert zum zehnten Mal in Folge zu – seit September 2014 hat es Umsatzsteigerungen in einem Bereich von 0,2 bis 3 Prozent gegeben.

Umsatz im Kfz-Handel: +9 Prozent

Im Kraftfahrzeughandel lagen die bereinigten Umsätze im Juni um neun Prozent über dem Vorjahreswert. Davor war der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt seit Juni 2014 zwischen 0,1 und 8,2 Prozent gestiegen.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunktorentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktorentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Umsatz im
Großhandel:
+0,6 Prozent

Im Großhandel waren die geglätteten preisbereinigten Umsätze im Juni 2015 um 0,6 Prozent höher als im Vorjahr. Im April und Mai war der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt rückläufig (–0,9 bzw. –1,4 Prozent). Davor hatte es im Februar und März Umsatzsteigerungen gegeben (+0,9 bzw. +0,2 Prozent).

Umsatz im
Gastgewerbe:
+1,9 Prozent

Im Gastgewerbe fielen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Juni 2015 um 1,9 Prozent höher aus als im Vorjahresmonat. Im Mai hatte es einen Anstieg um ein Prozent gegeben. Davor wurden seit Juni 2014 Umsatzeinbußen in einem Bereich von 1,4 bis 4,3 Prozent registriert.

Verbraucherpreise im September leicht unter dem Vorjahresniveau

Jahresteu-
erungsrate im
September bei
–0,1 Prozent

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im September 2015 um 0,1 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Von Februar bis August hatte der Anstieg der Teuerungsrate weniger als ein Prozent betragen. Davor wurde im Januar der erste Preisrückgang seit Oktober des Krisenjahres 2009 registriert (–0,4 Prozent). Bereits seit Januar 2013 blieb der Anstieg der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (+2 Prozent).

Die aktuelle Entwicklung wird in erster Linie durch sinkende Energiepreise bestimmt (–9,5 Prozent). Heizöl (–27 Prozent) und Kraftstoffe (–14 Prozent) waren erheblich billiger als im Vorjahresmonat. Rückgänge gab es zudem bei den Preisen für Zentralheizung (–7,2 Prozent), Gas (–2,4 Prozent) und Strom (–1,5 Prozent).

Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 1,2 Prozent auf.

Den höchsten Preisrückgang im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Verkehr“ (–3 Prozent). Außerdem sanken

die Preise der Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Nachrichtenübermittlung“ (–1,1 Prozent) sowie „Wohnung, Wasser, Gas und andere Brennstoffe“ (–0,6 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,8 Prozent) sowie „Bildungswesen“ und „Gesundheitspflege“ (jeweils +2,4 Prozent) wurden die höchsten Preissteigerungen festgestellt.

Preisentwicklung
in den Waren-
und Dienstleis-
tungsgruppen
uneinheitlich

Arbeitslosigkeit im September gesunken

Nachdem im Juli und August die Arbeitslosigkeit angestiegen war, gab es zum Ende der Sommerferien wieder eine positive Entwicklung auf dem rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt. Im September waren 109 000 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, was einem Rückgang um 5 500 Personen bzw. 4,8 Prozent gegenüber dem Vormonat entspricht. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur haben insbesondere viele Jugendliche und junge Erwachsene, die sich vor den Ferien arbeitslos gemeldet hatten, eine Arbeitsstelle gefunden oder eine Ausbildung begonnen. Im Vergleich zum September 2014 waren im Berichtsmonat 2 700 Menschen weniger als arbeitslos registriert (–2,4 Prozent).

Herbstliche
Belebung am
Arbeitsmarkt

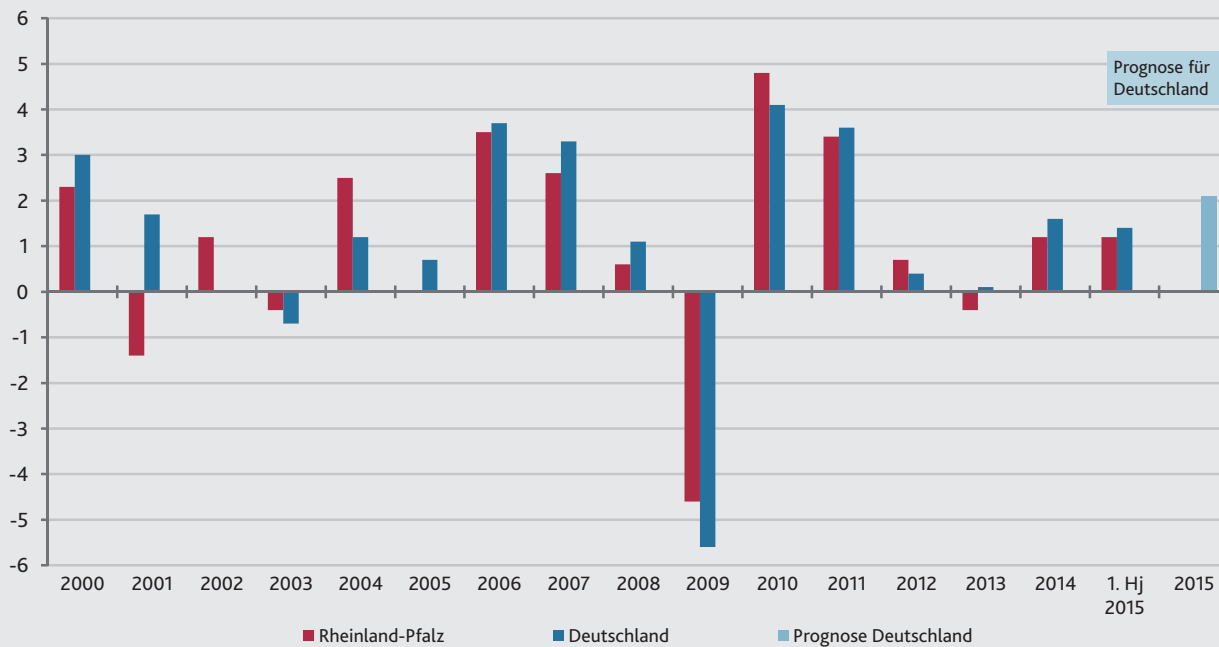
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, ging im September von 5,3 auf fünf Prozent zurück. Ein Jahr zuvor hatte die Quote bei 5,2 Prozent gelegen.

Arbeitslosen-
quote sinkt auf
fünf Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, und Thomas Kirsche, Diplom-Volkswirt, sind als Referenten im Referat „Analysen“ tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

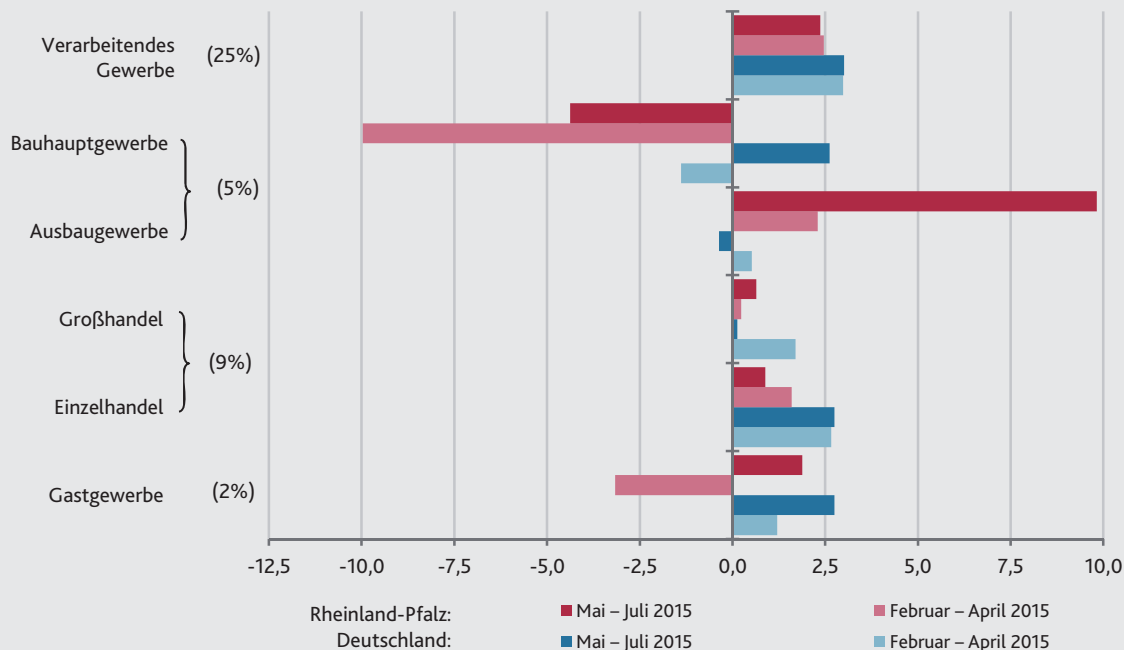


¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2015 (Ergebnisse der Revision 2014); nächster Fortschreibungstermin: März 2016. Quelle Prognosewert 2015: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2015.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

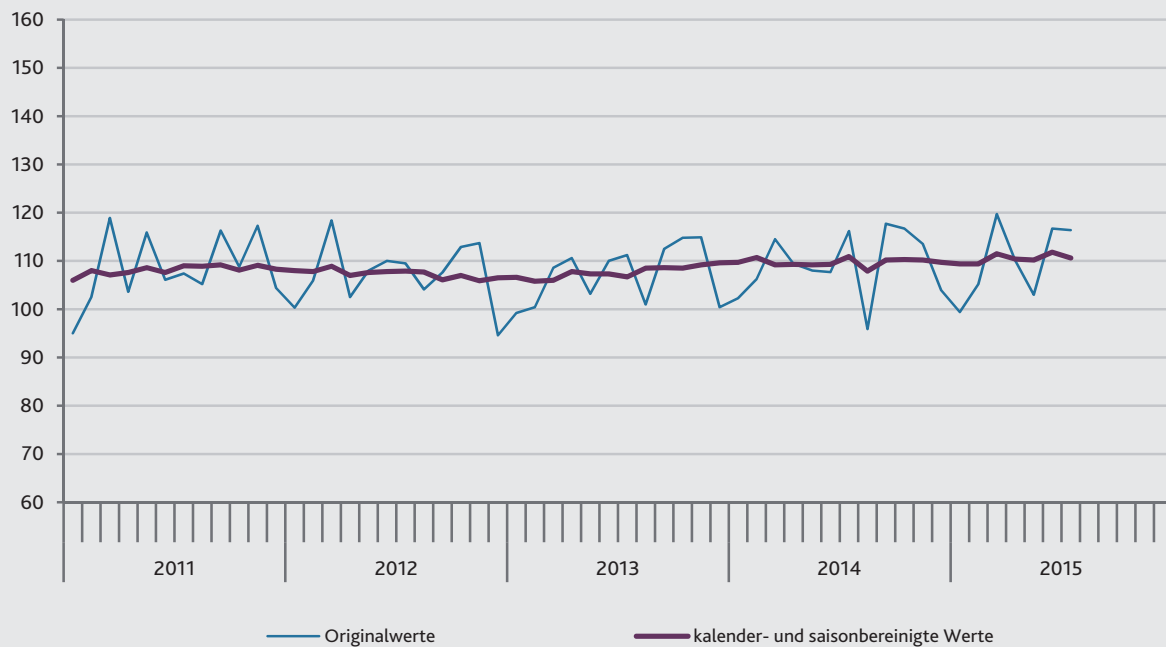


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2014. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

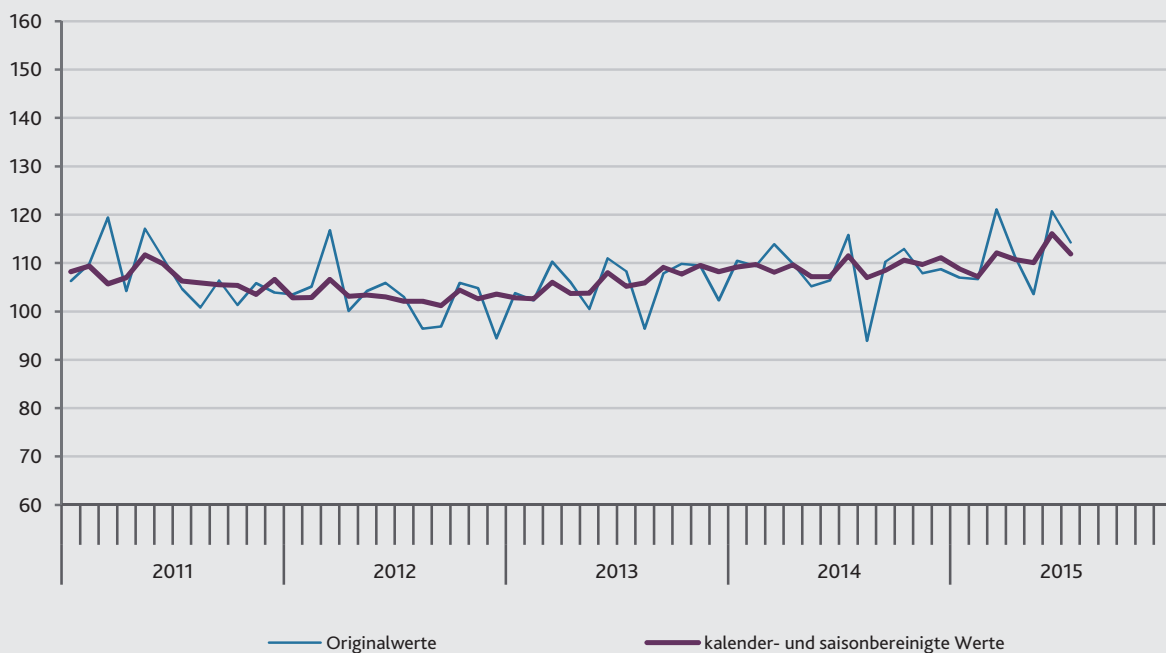


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

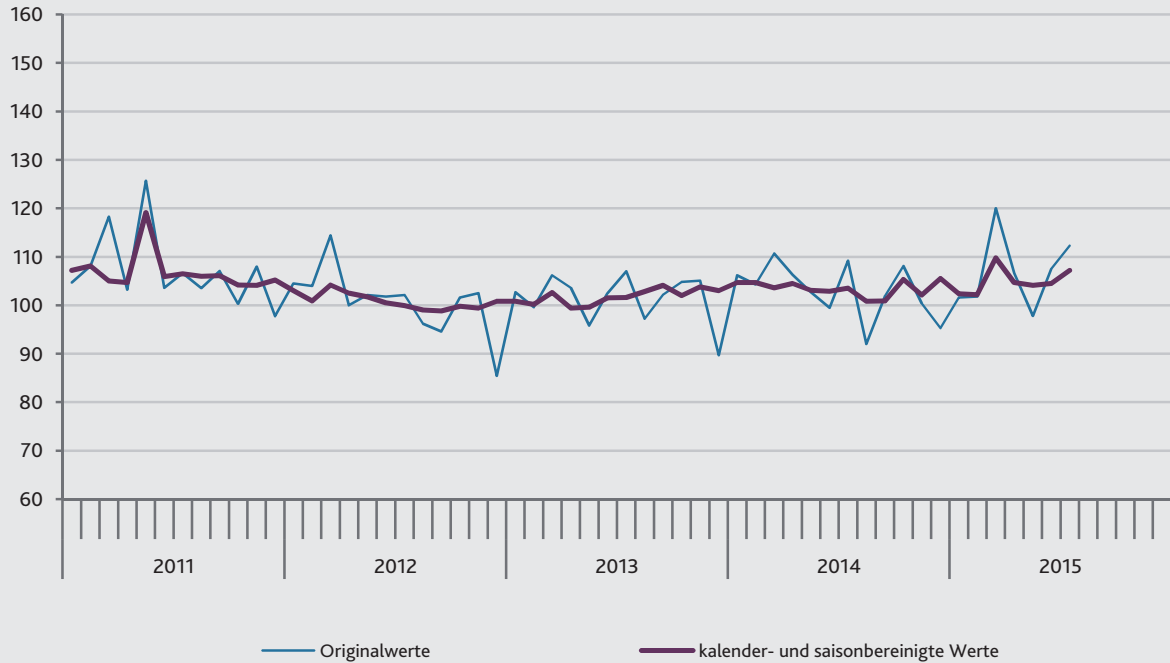


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

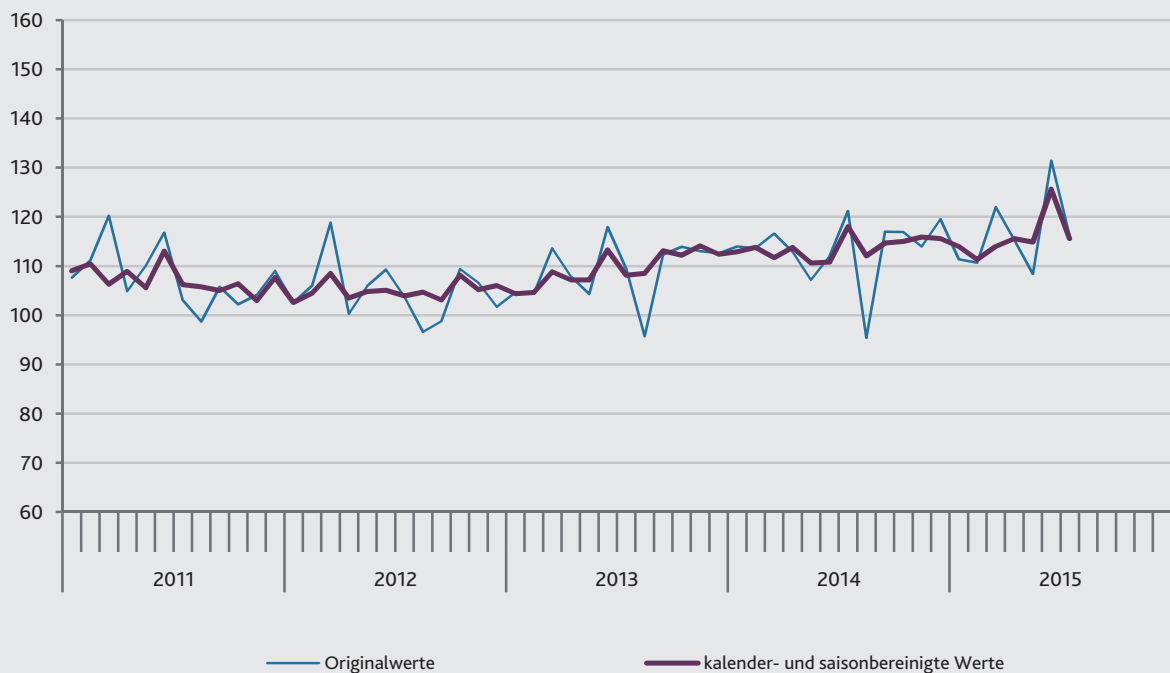
Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



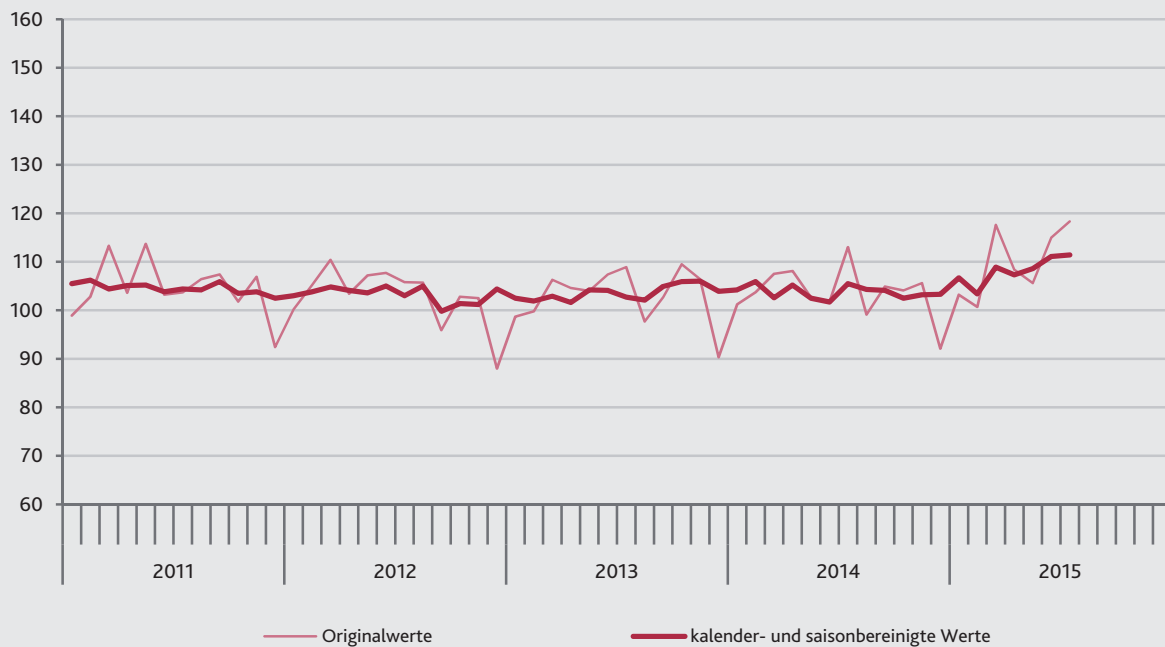
Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

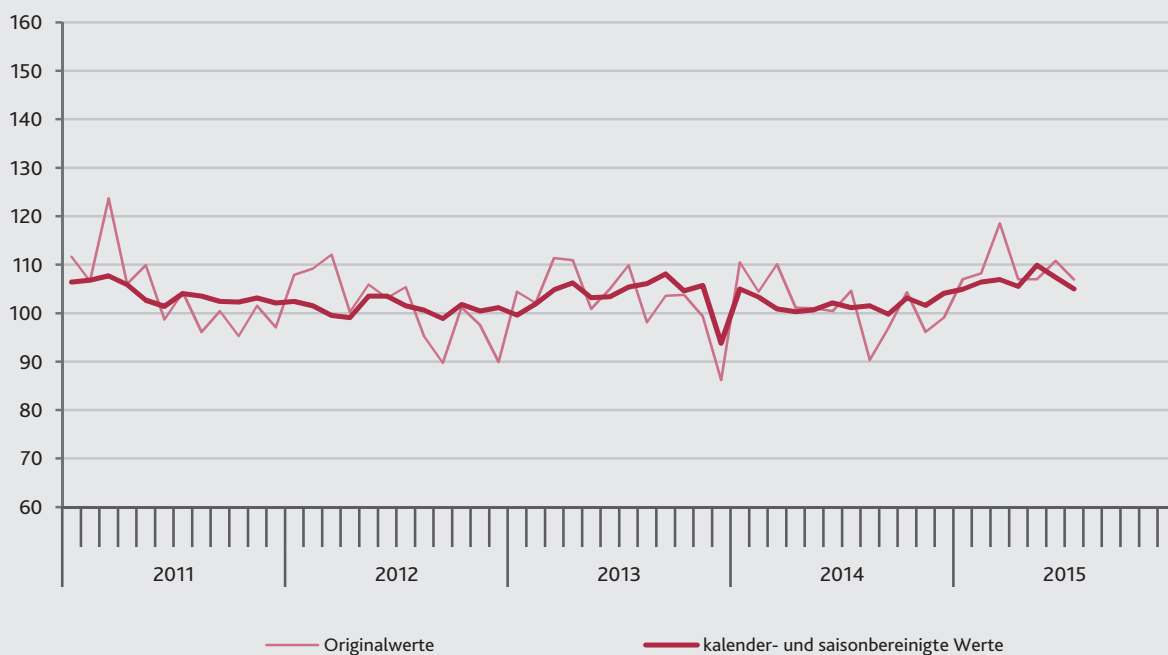


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

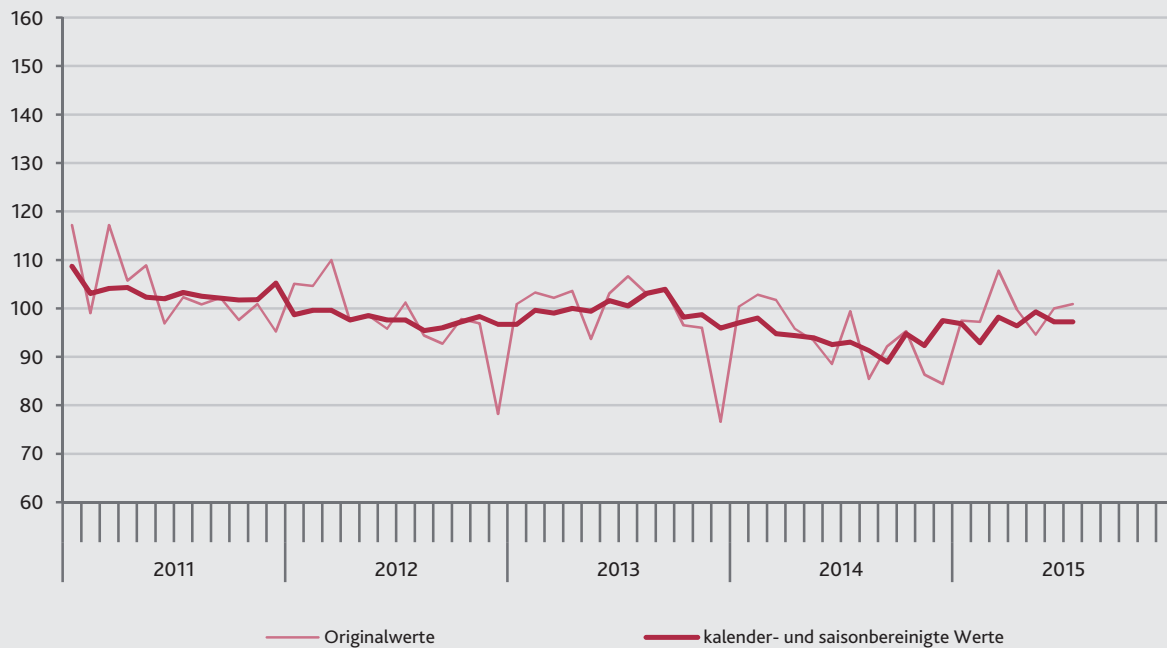


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

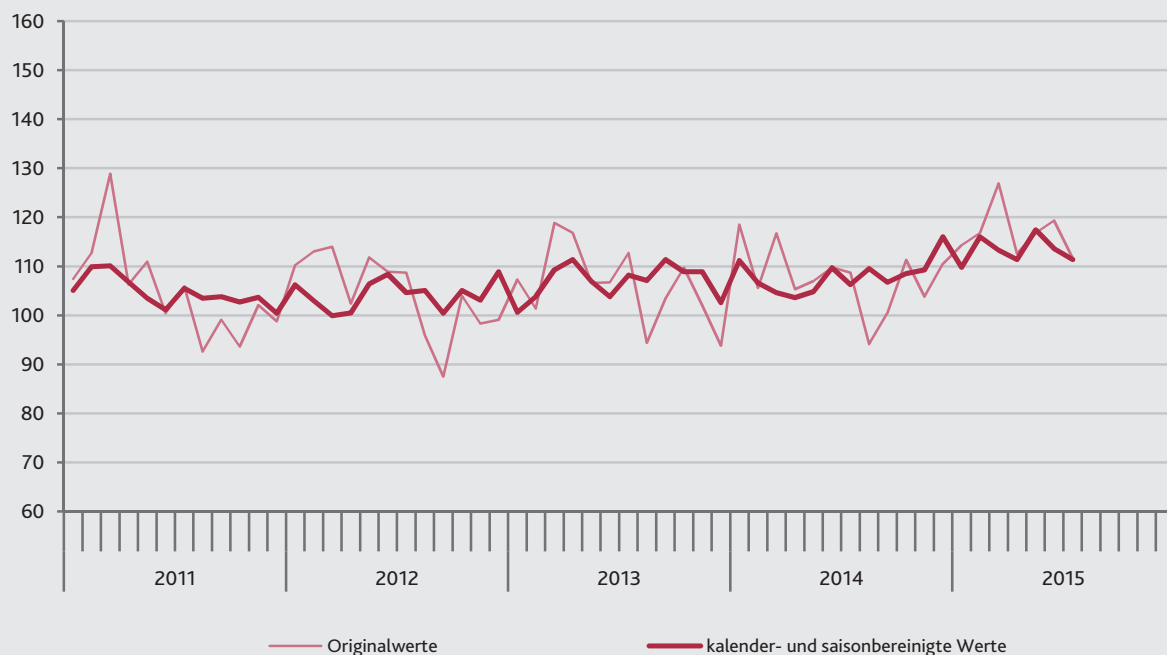


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



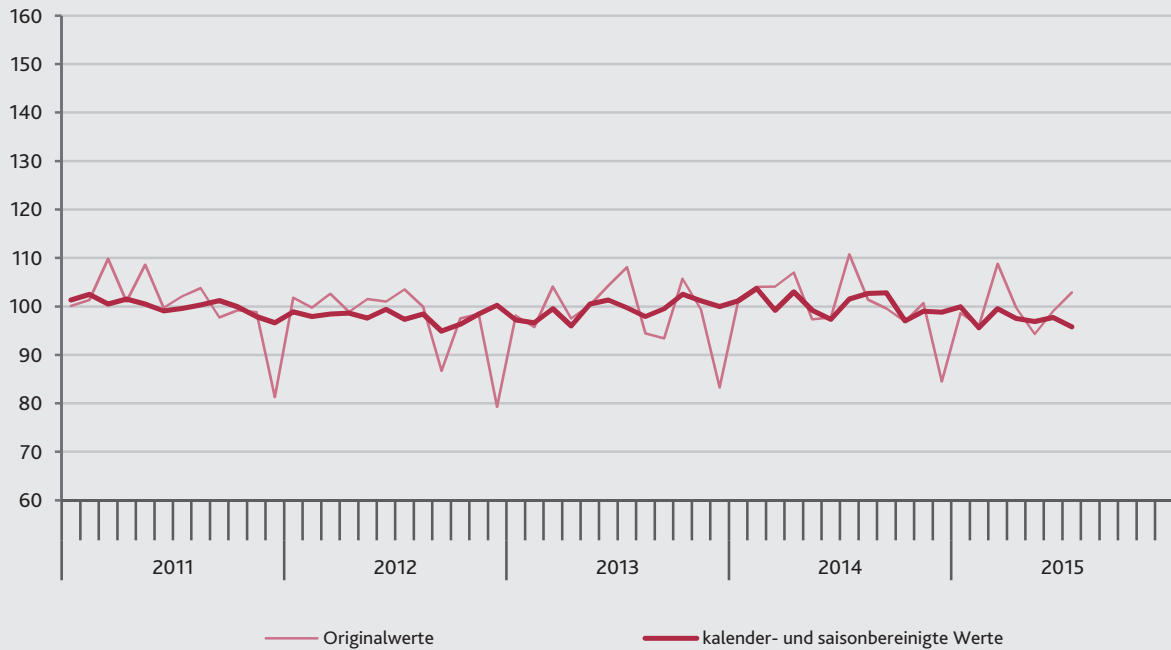
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



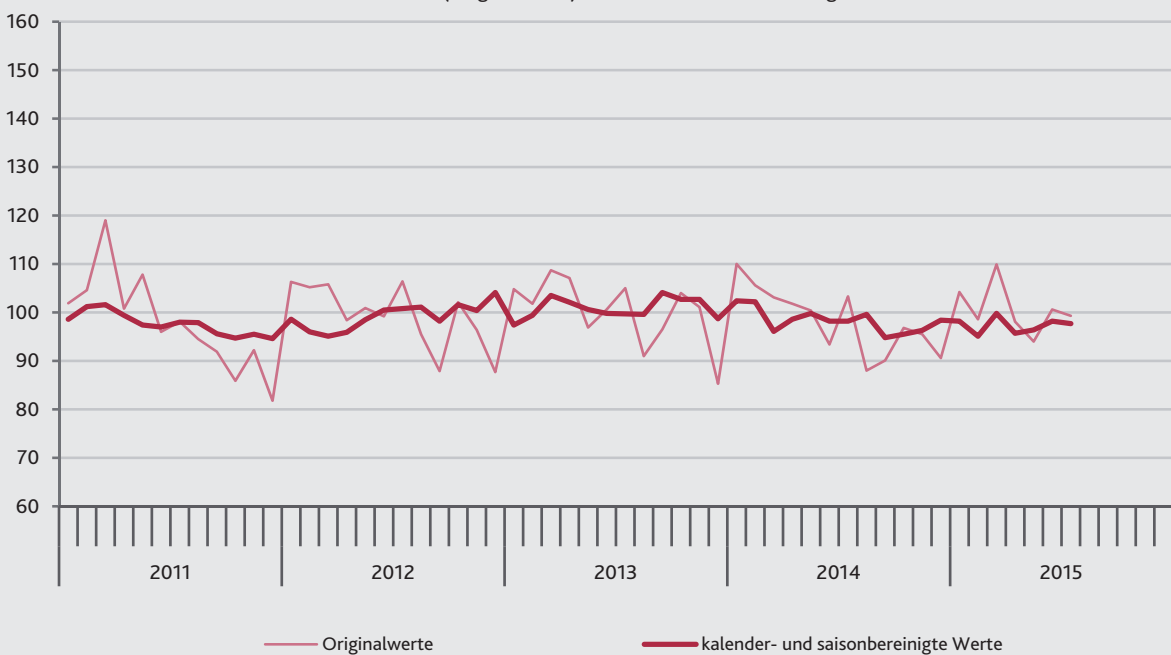
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

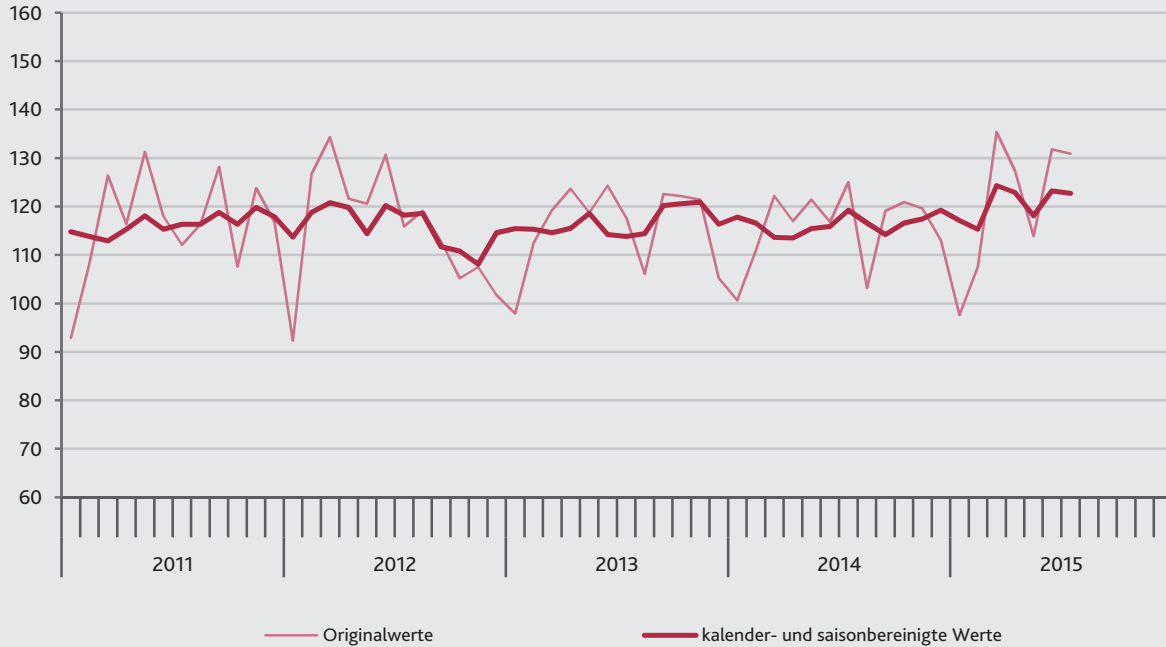


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

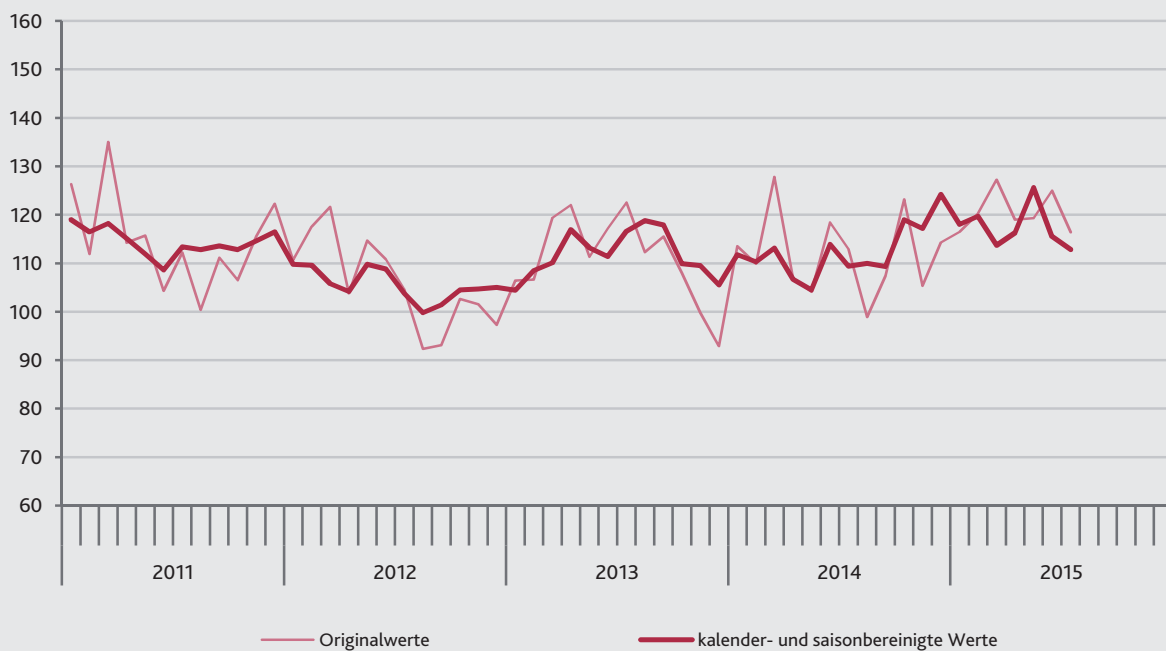


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

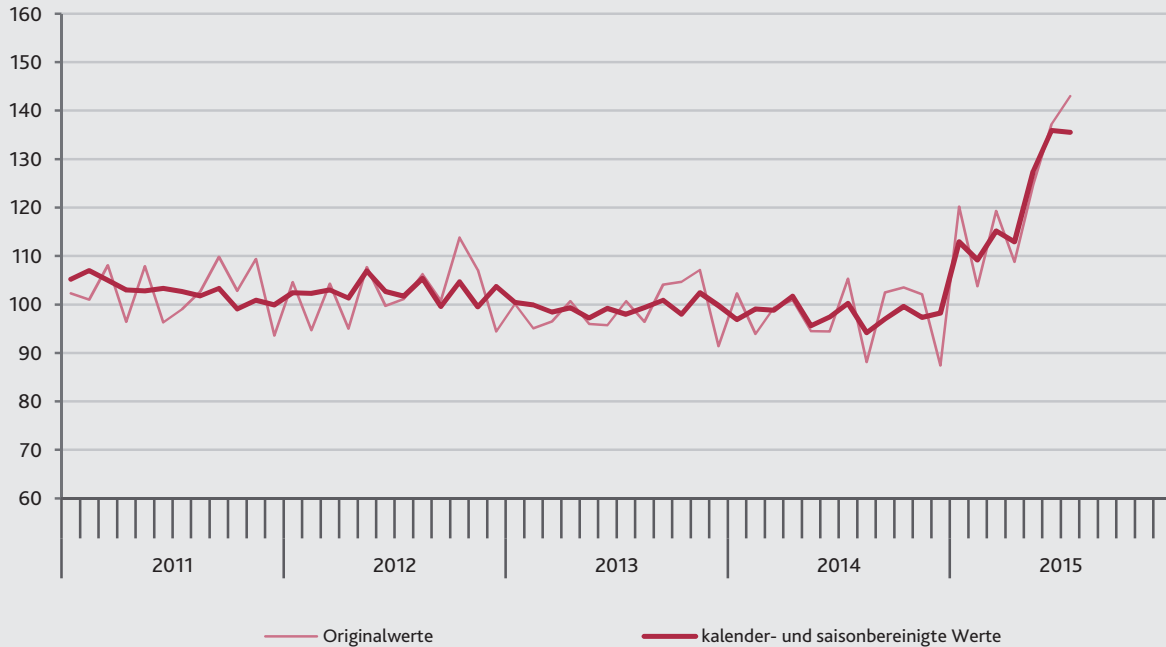


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

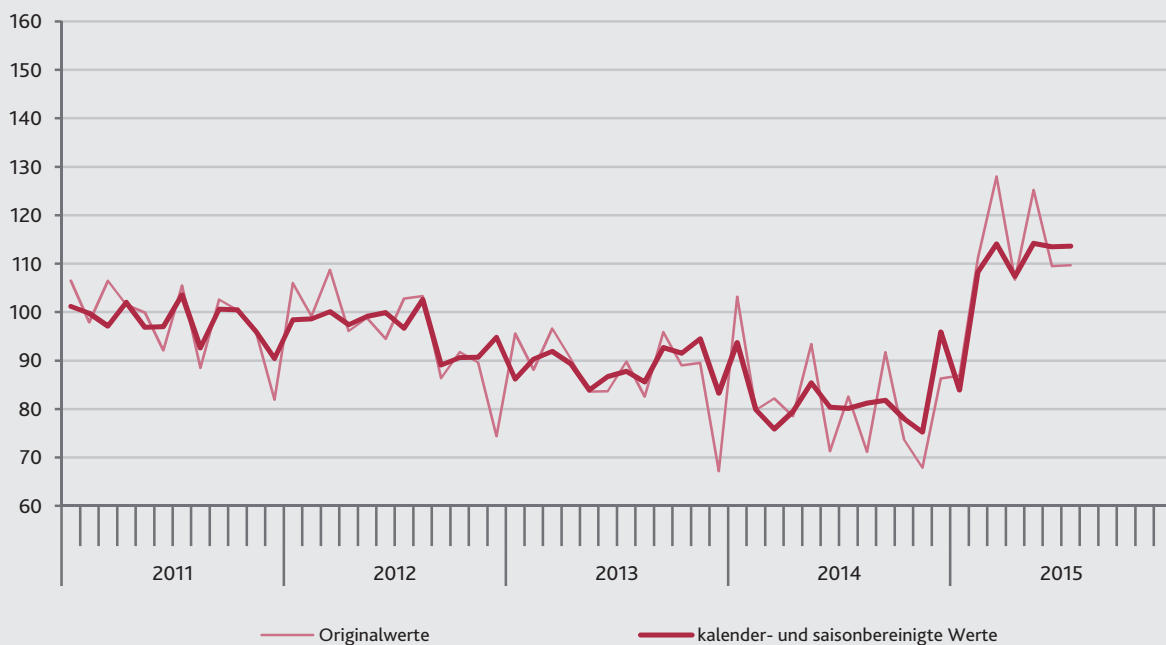


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

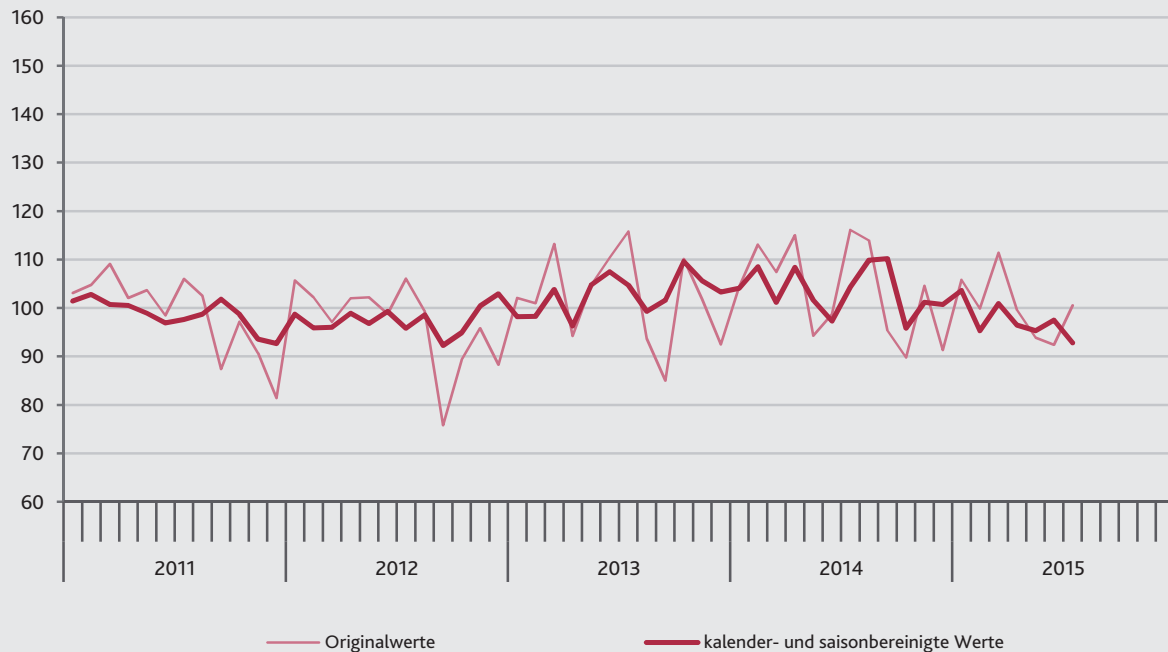


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 34%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

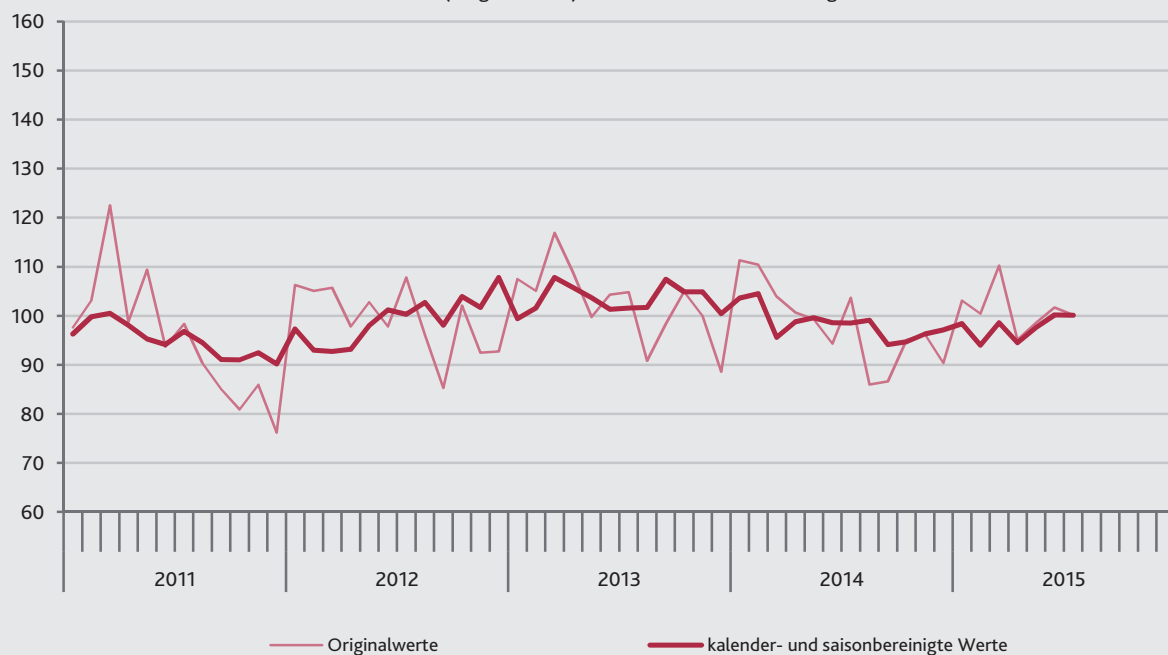


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 34%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

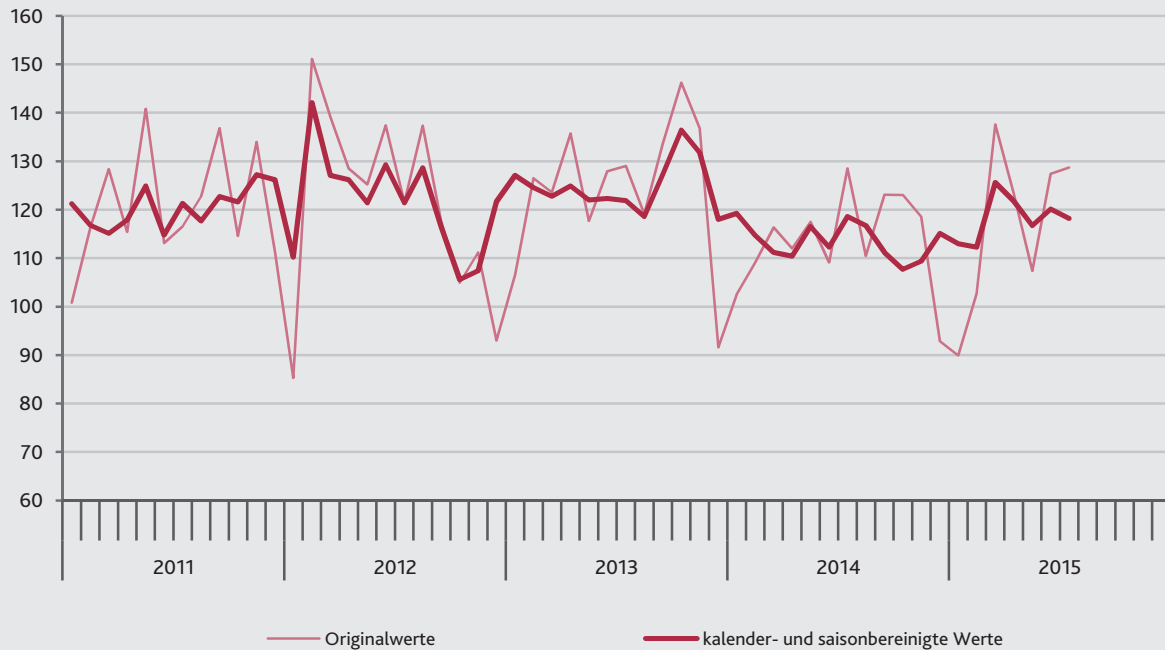


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

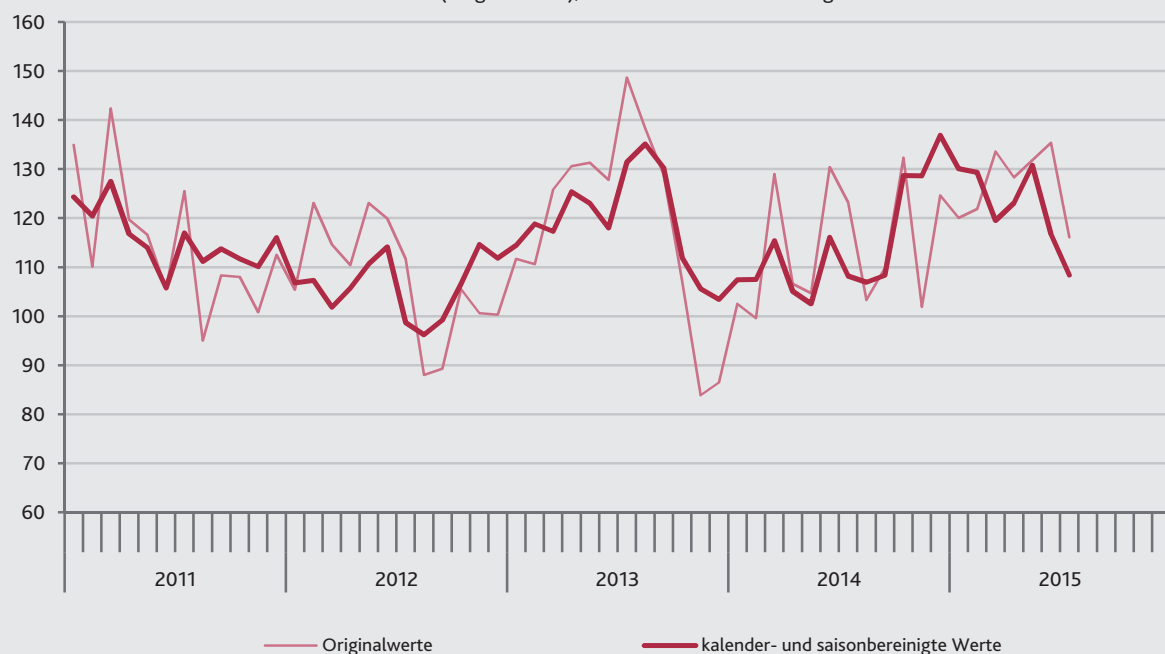


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

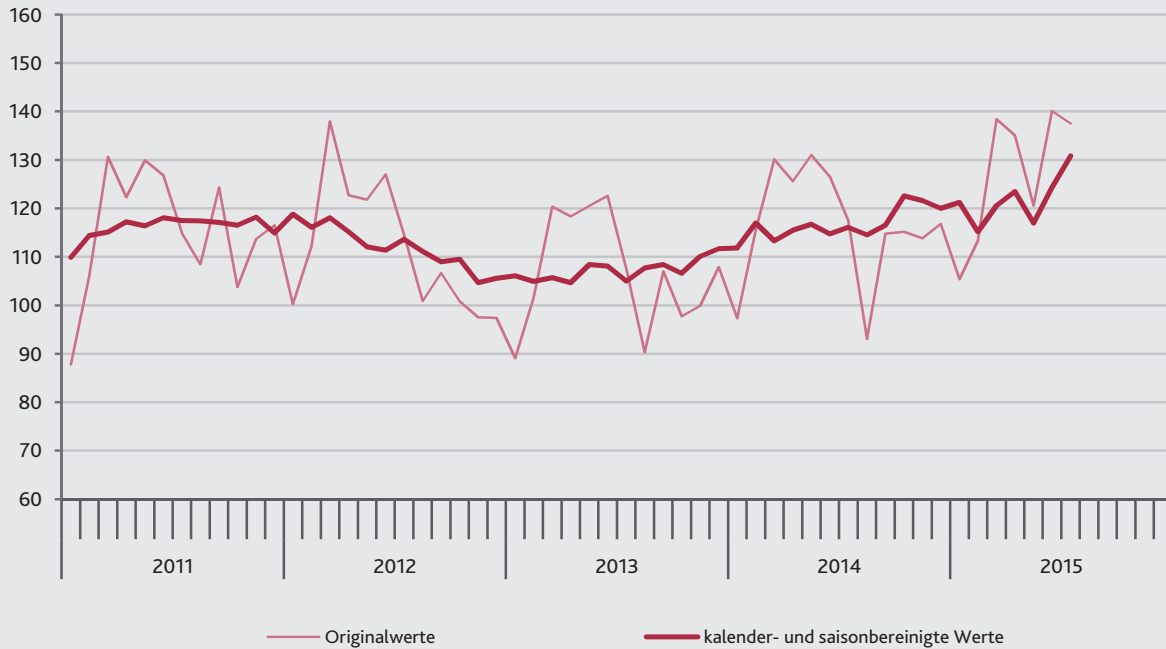


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

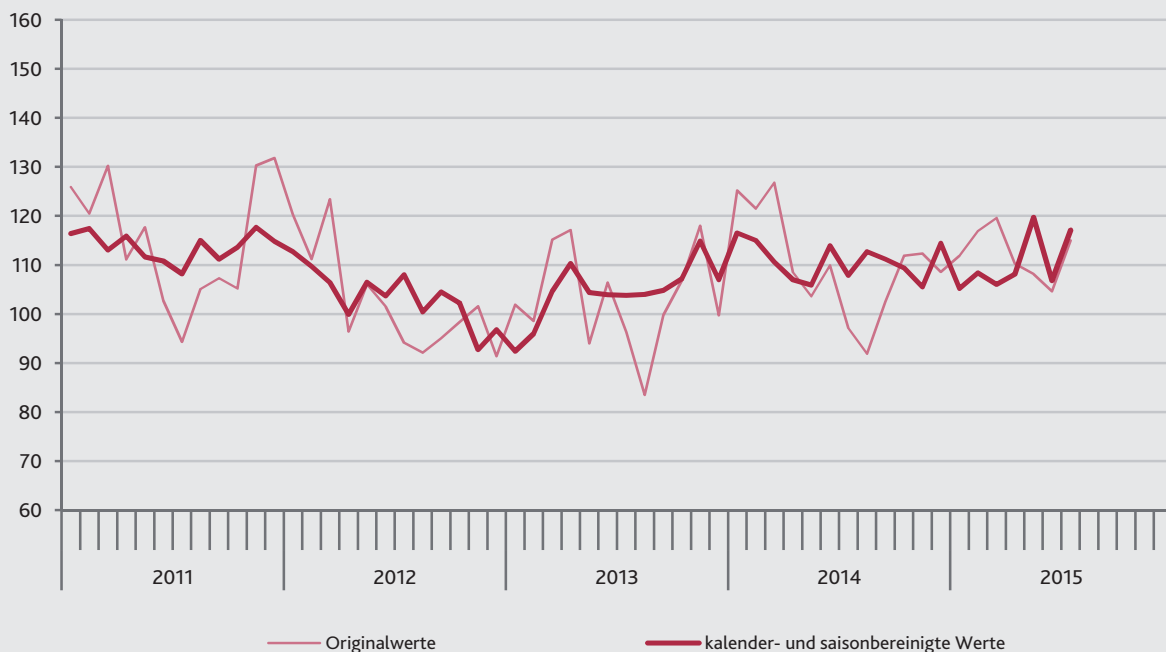


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

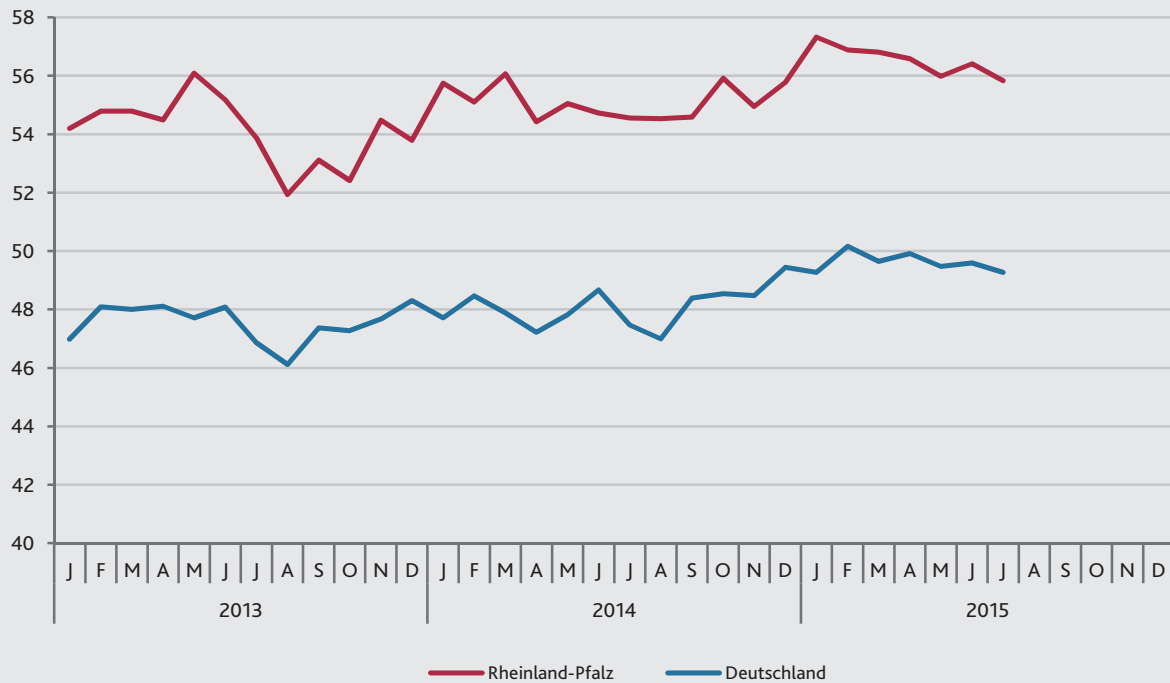


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

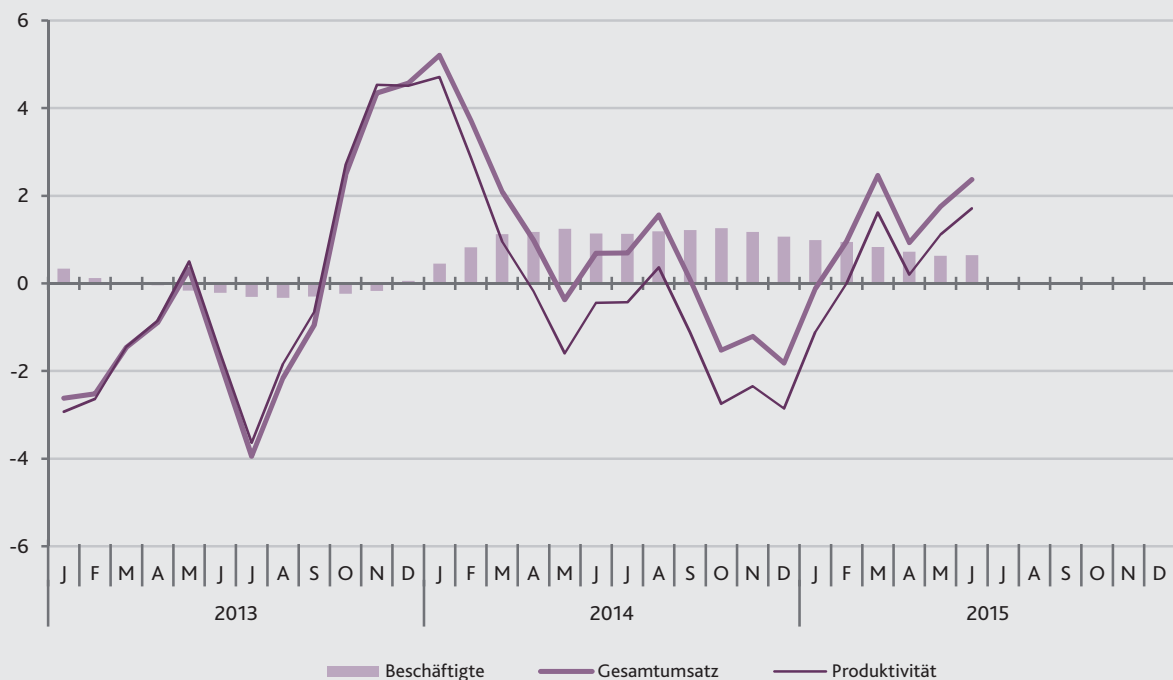
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

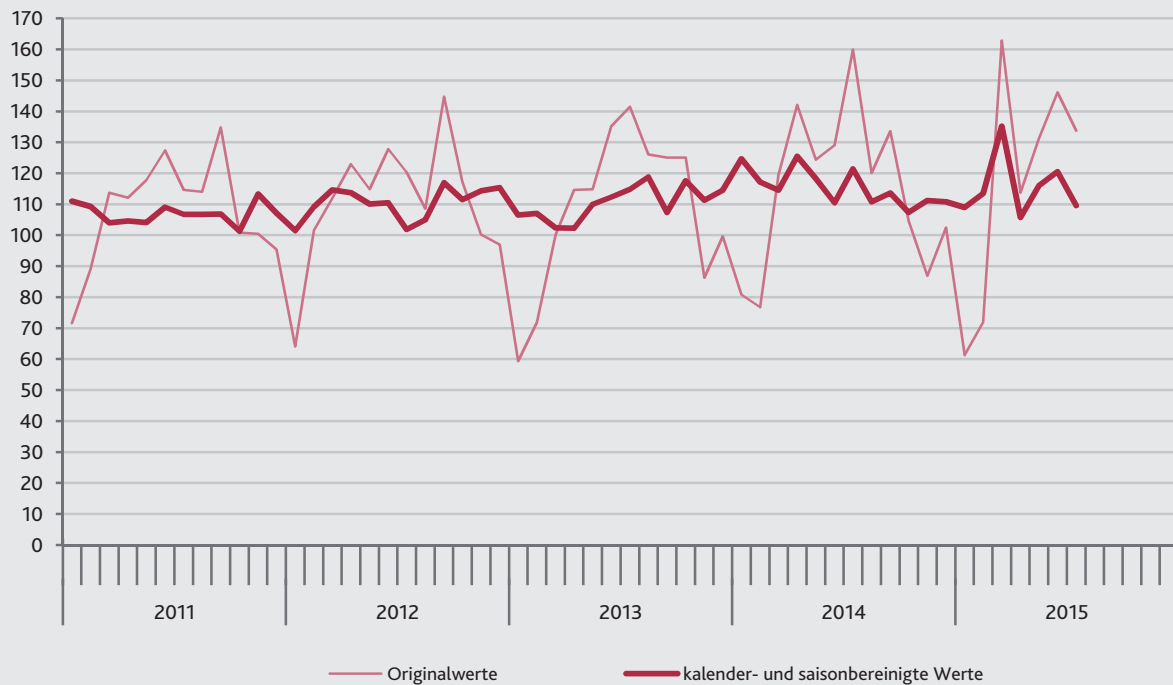


1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

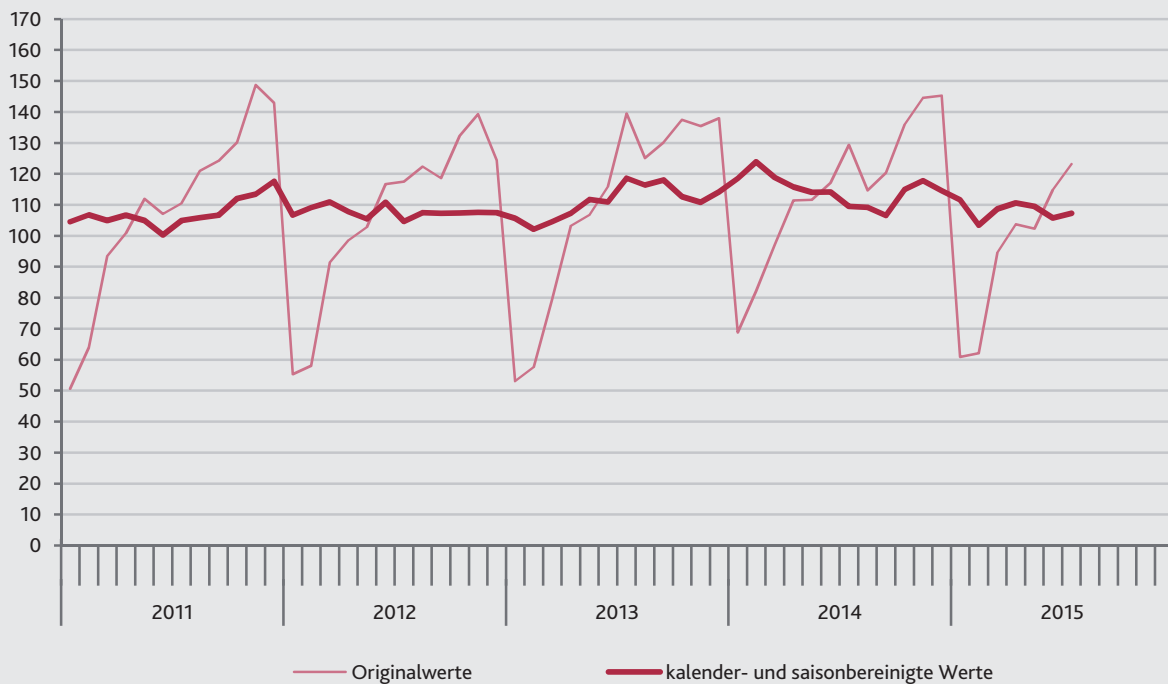
Auftragseingang (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

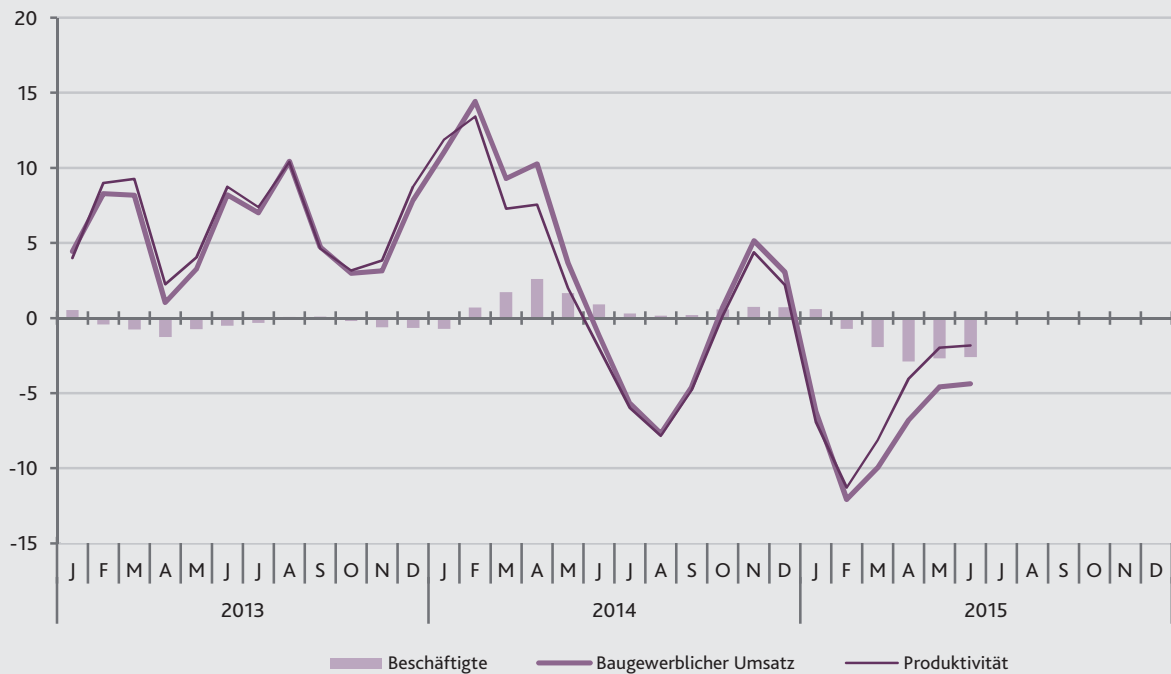
Baugewerblicher Umsatz (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

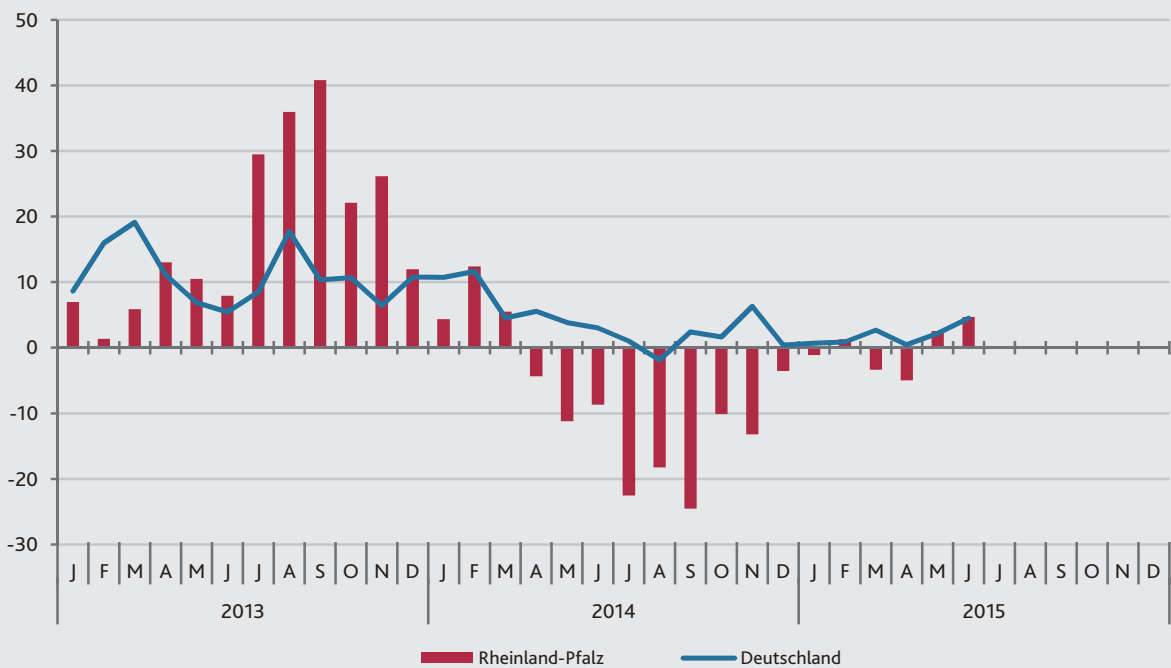
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



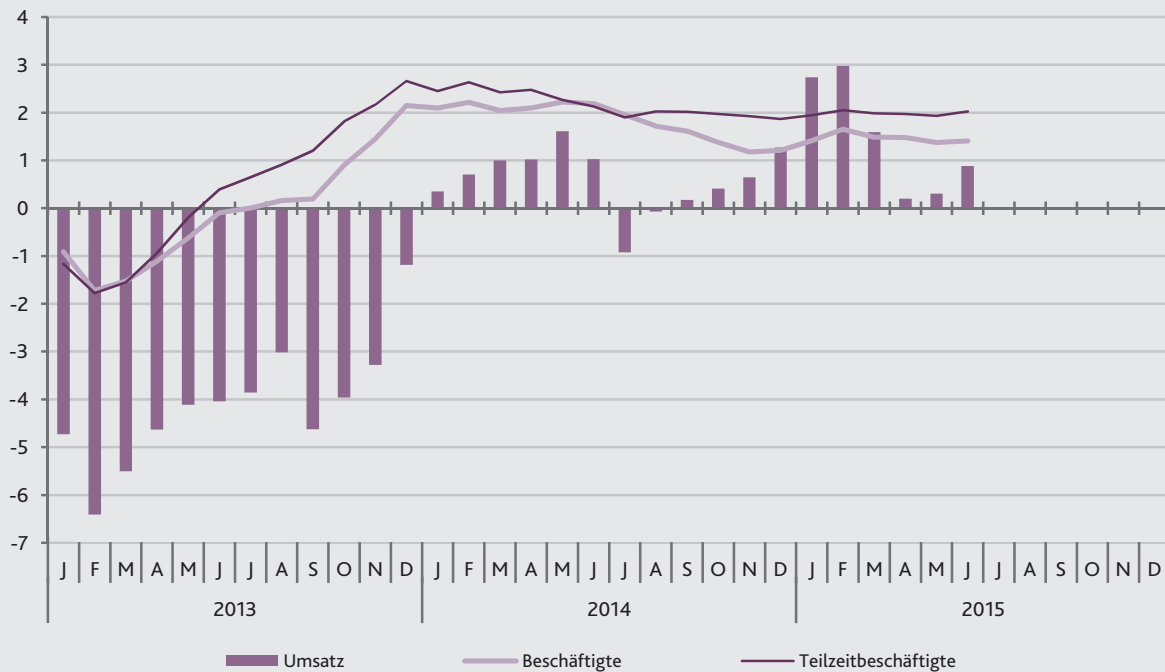
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

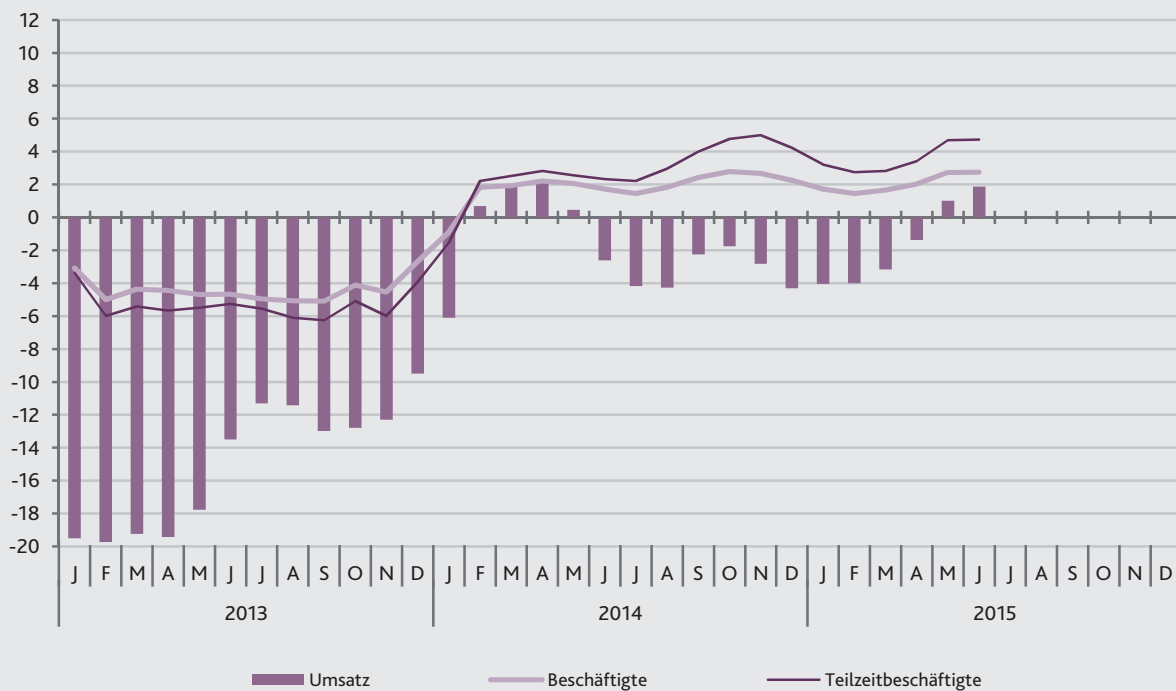


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100. Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

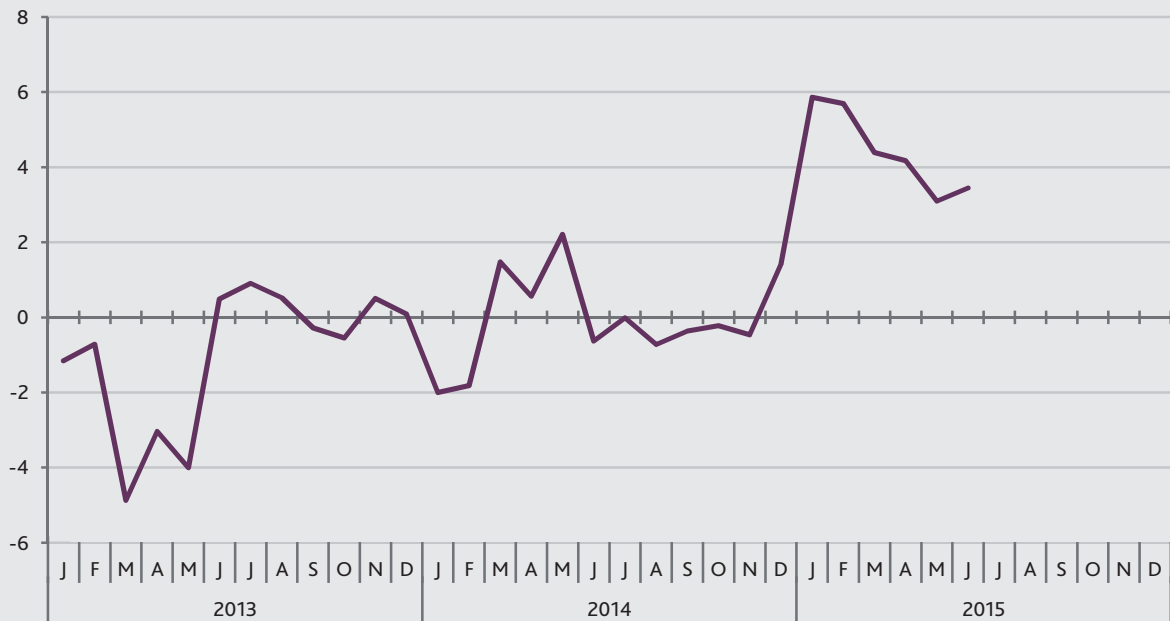


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

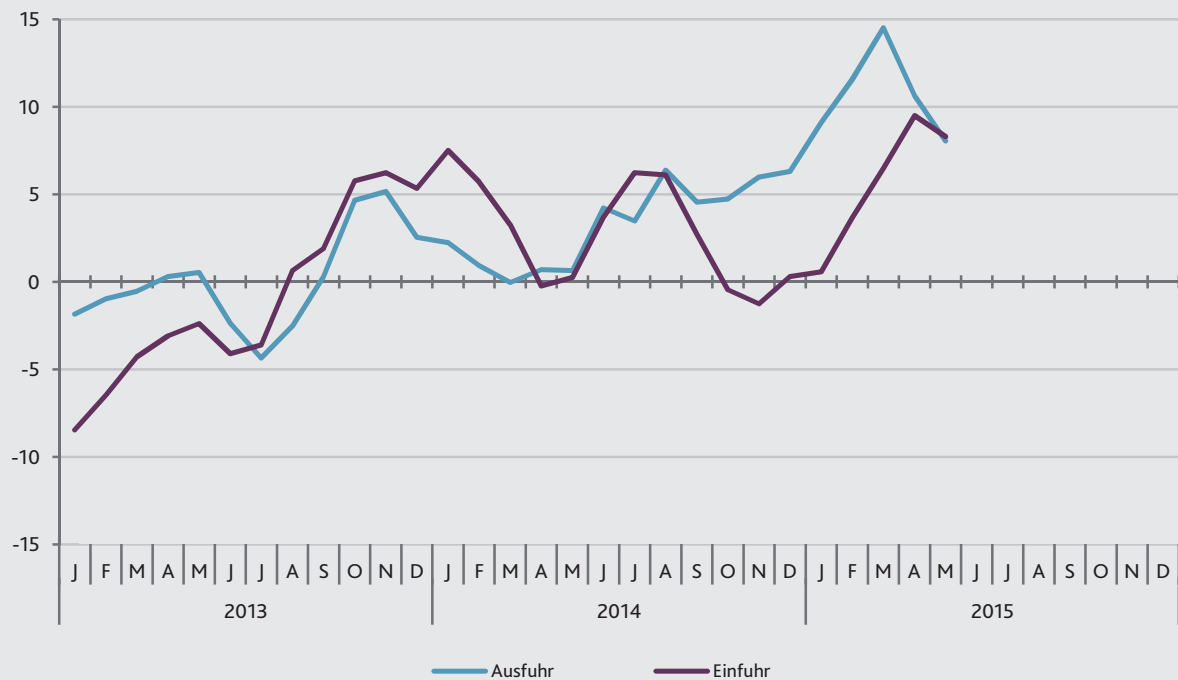


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel¹ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

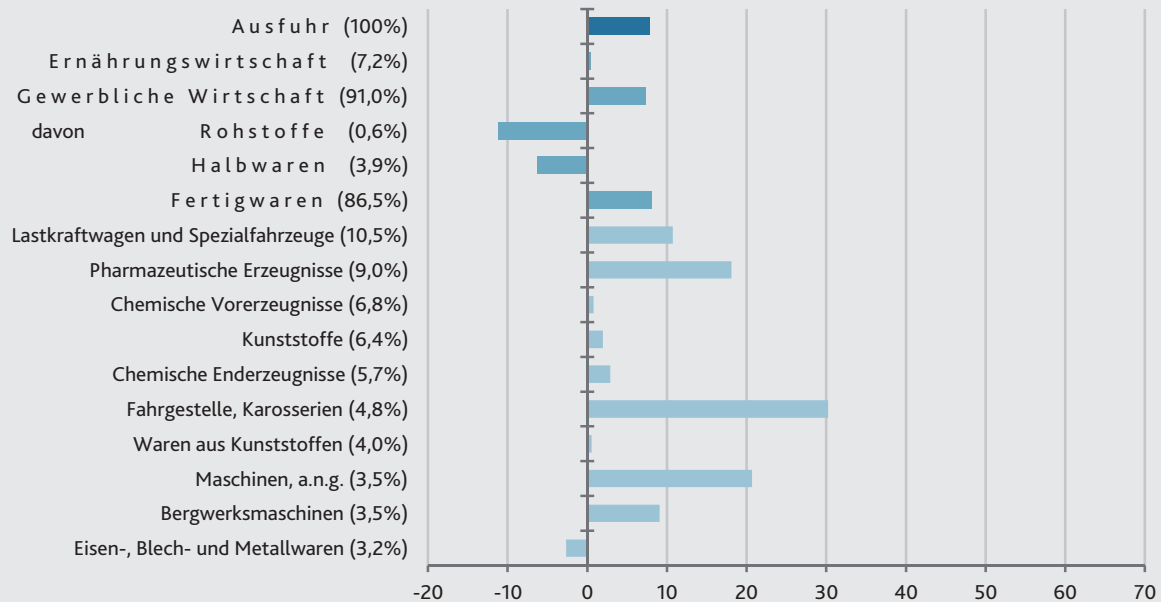


1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

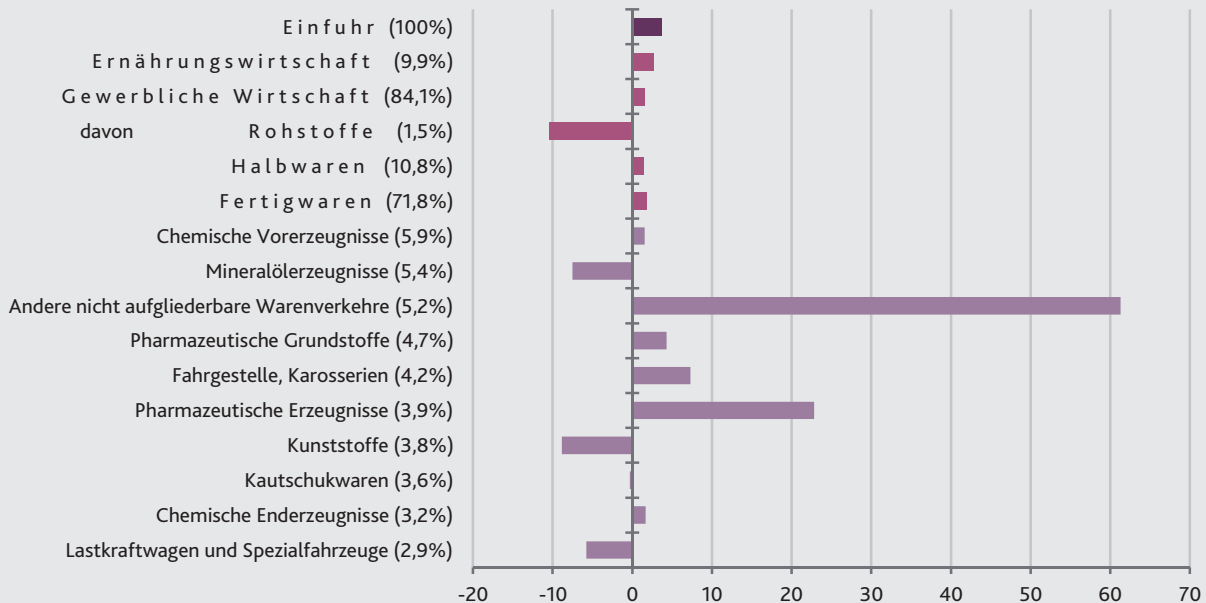
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2014 - Juni 2015 nach Warengruppen¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

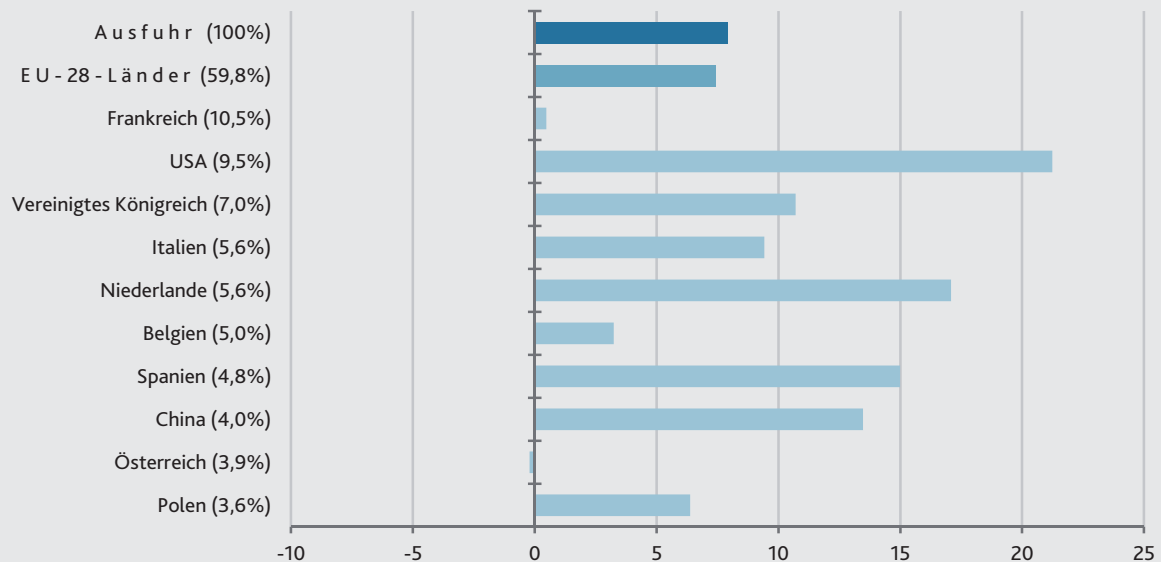
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2014 - Juni 2015 nach Warengruppen¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

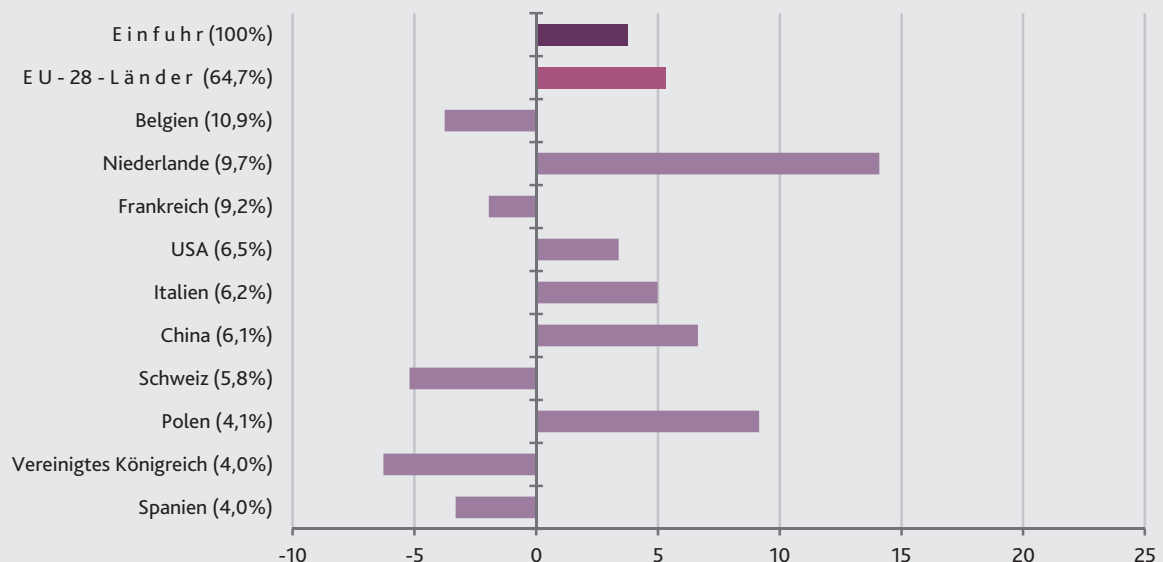
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2014 - Juni 2015 nach Bestimmungsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

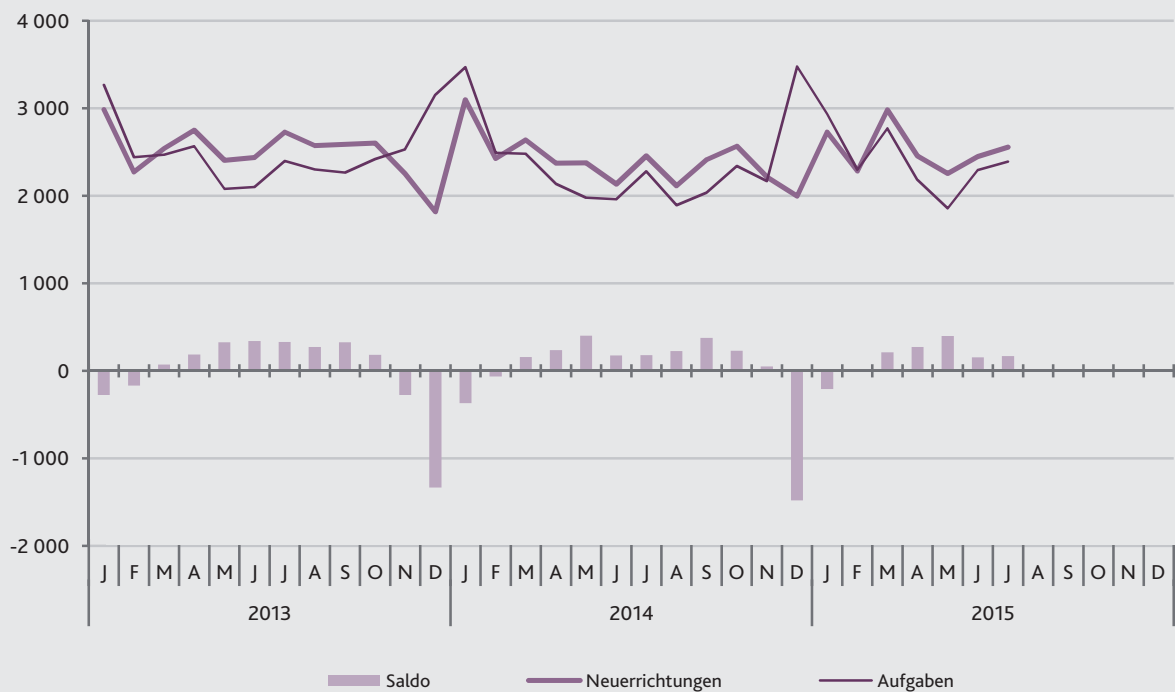
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2014 - Juni 2015 nach Herkunftsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

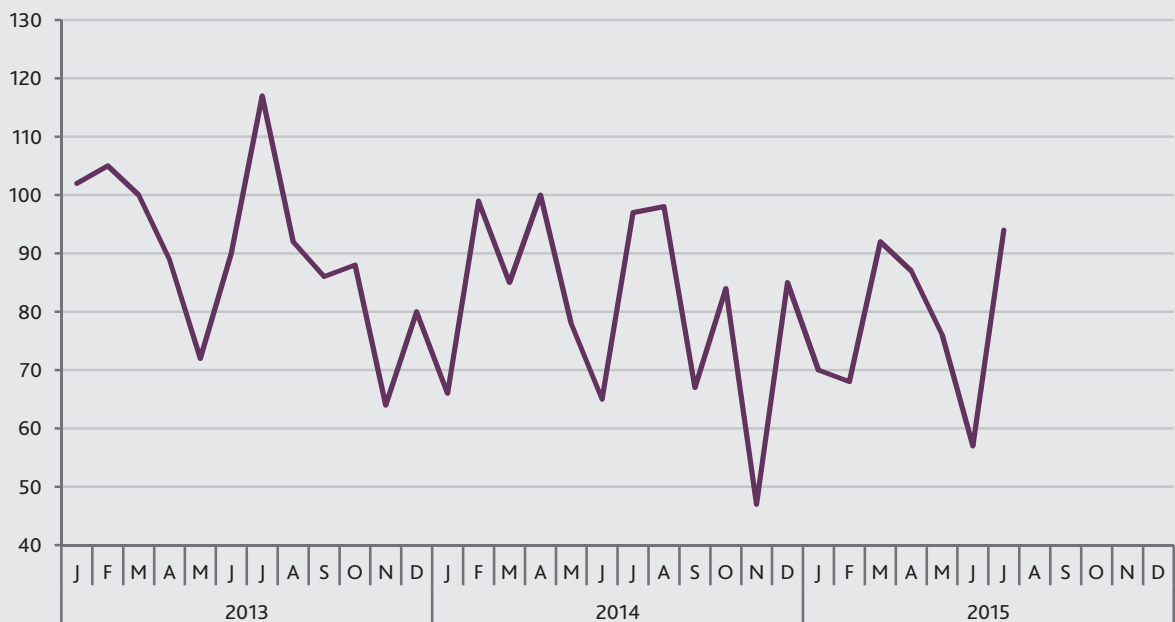
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



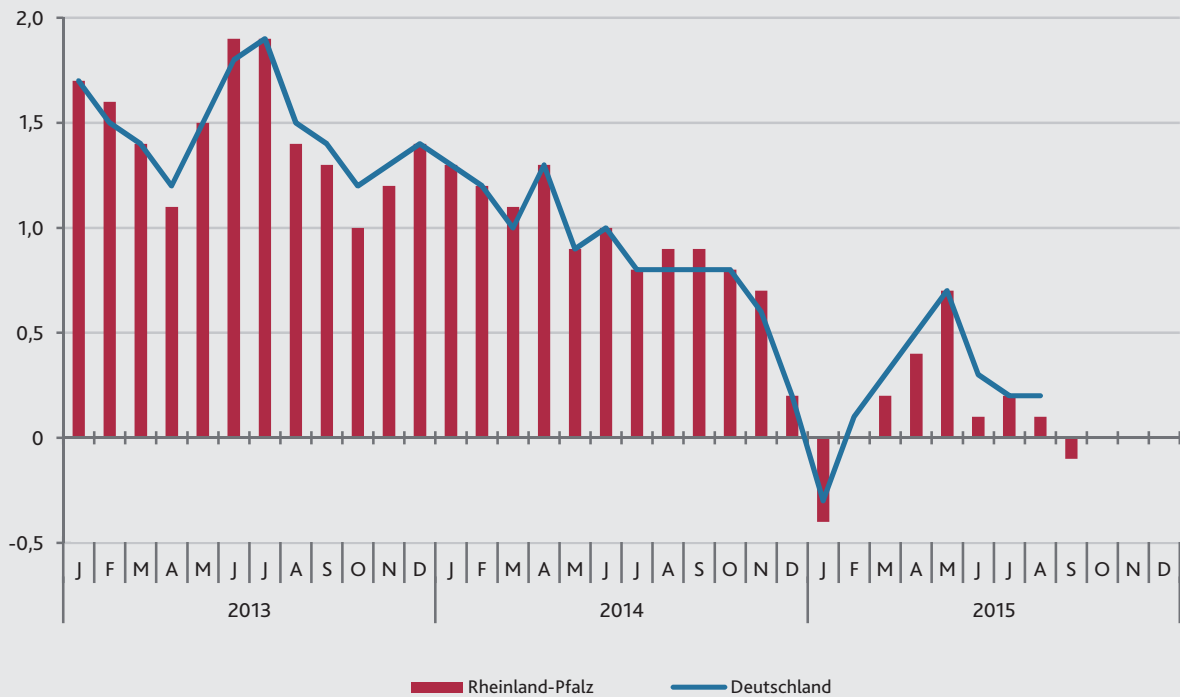
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



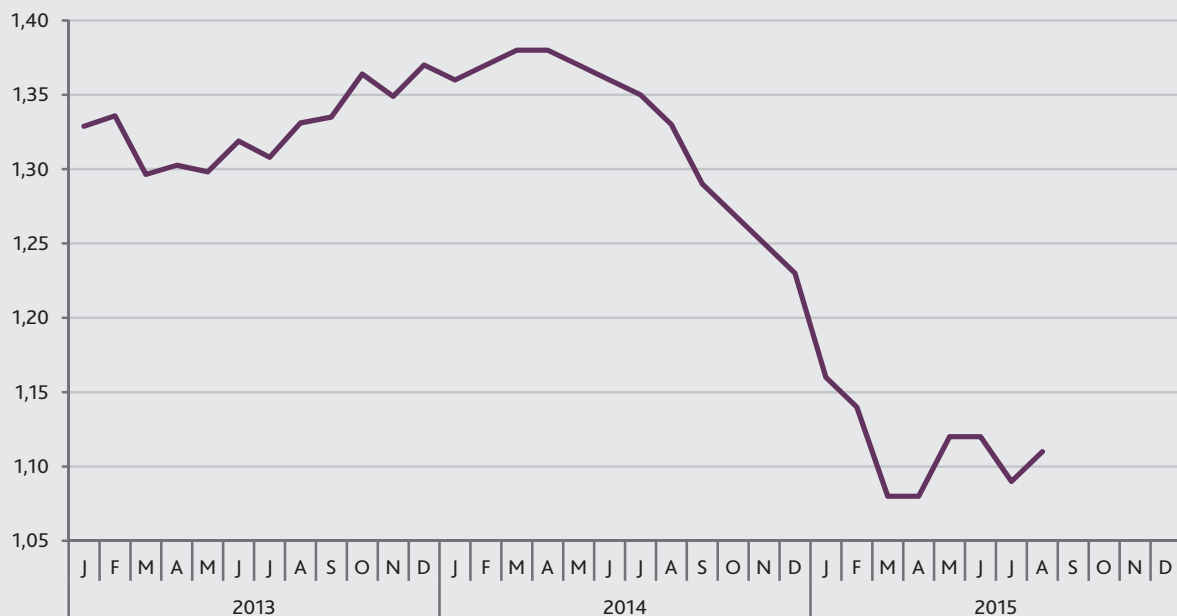
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

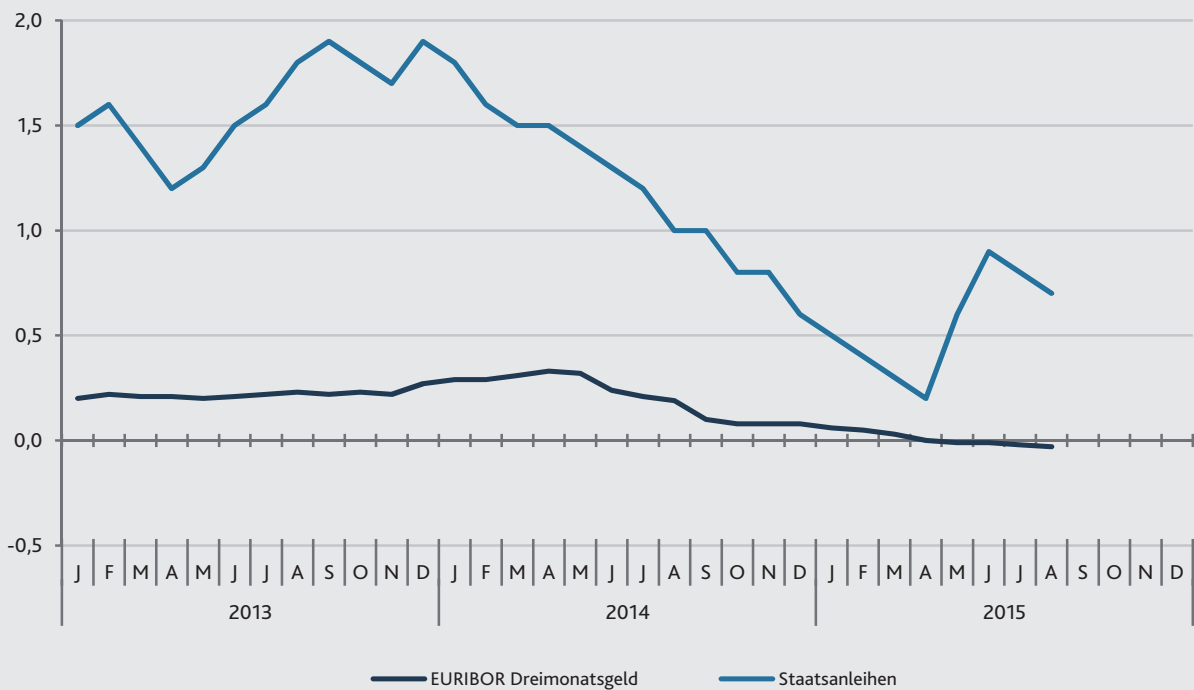
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

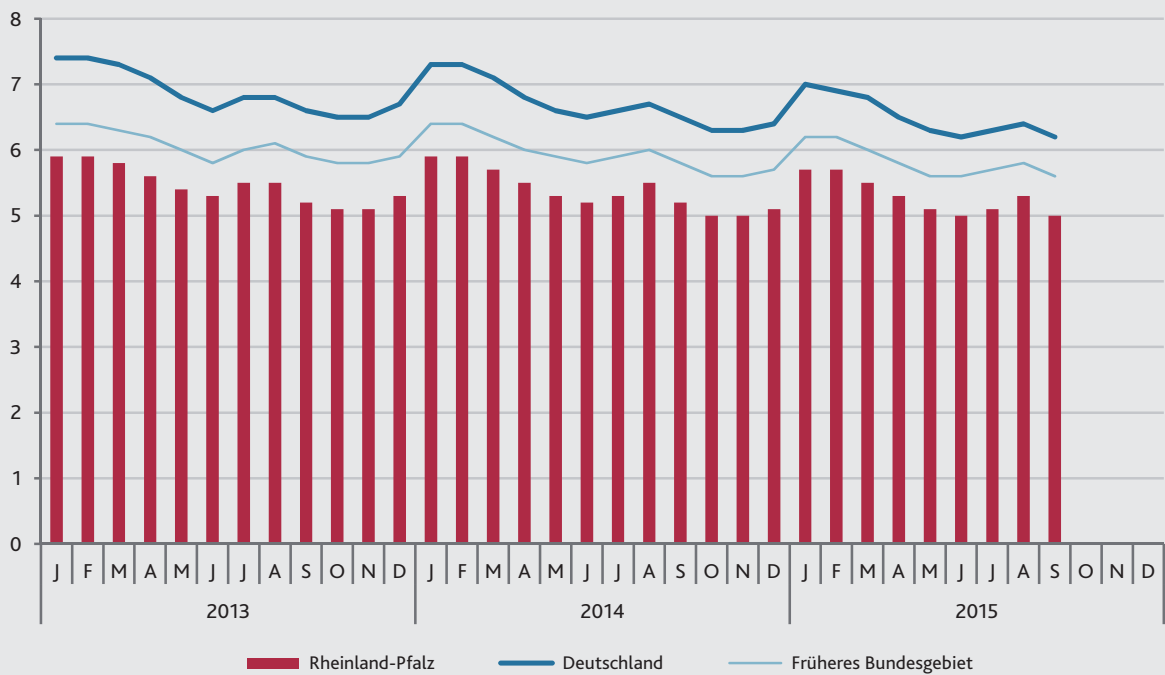
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

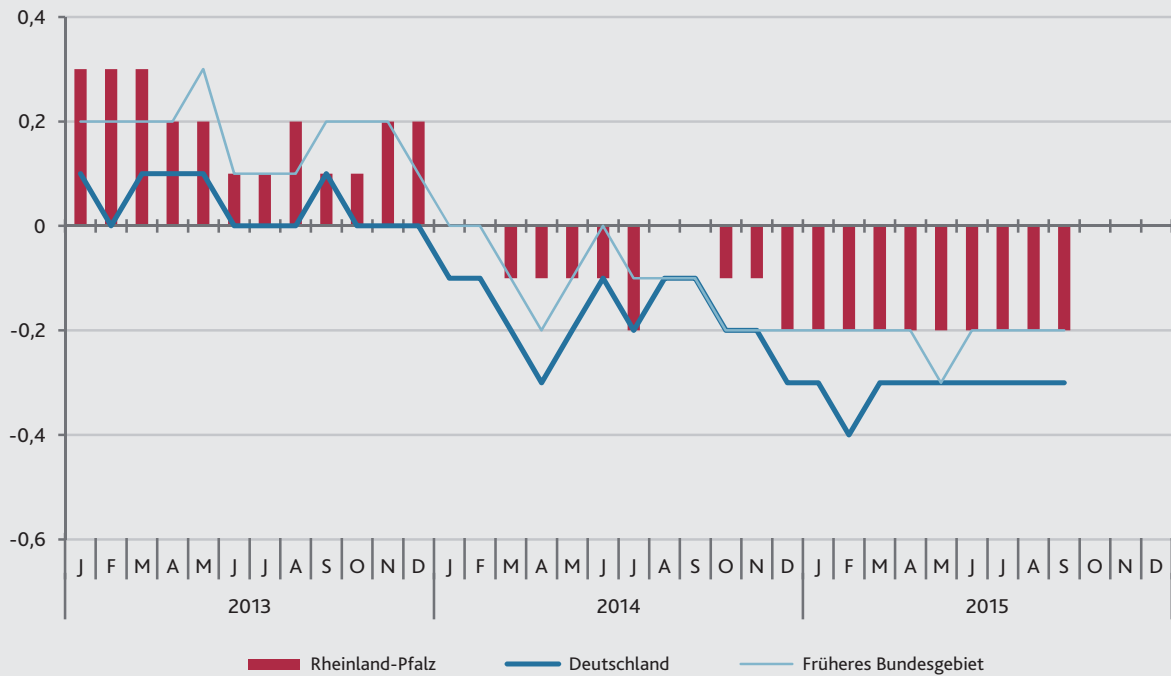
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

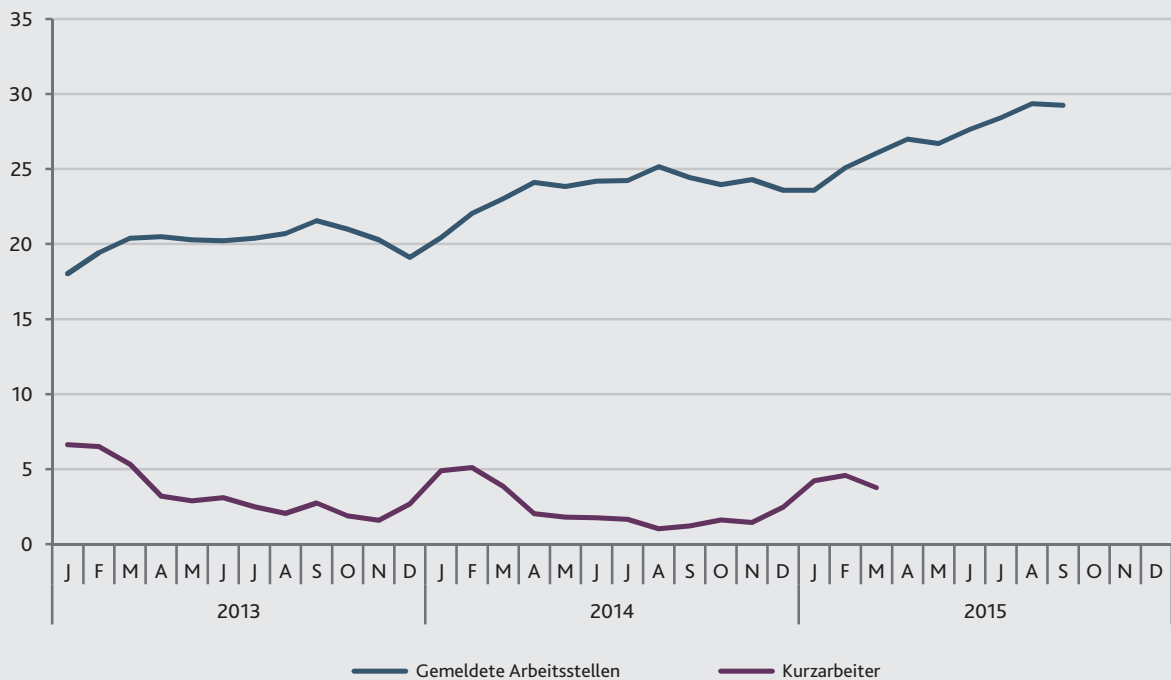
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

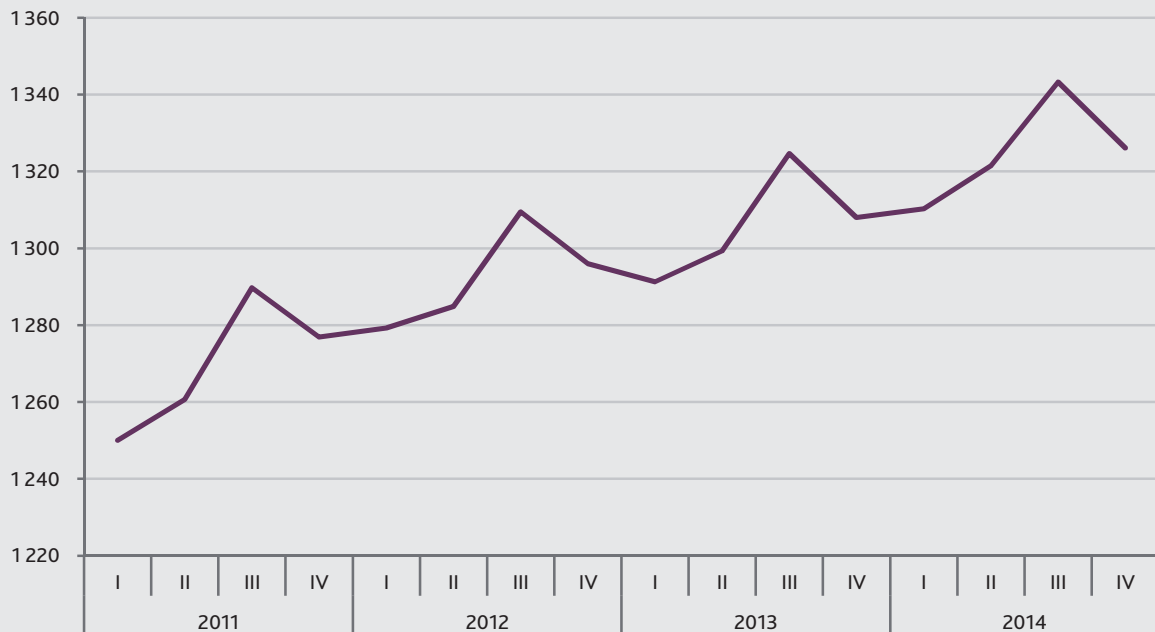
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

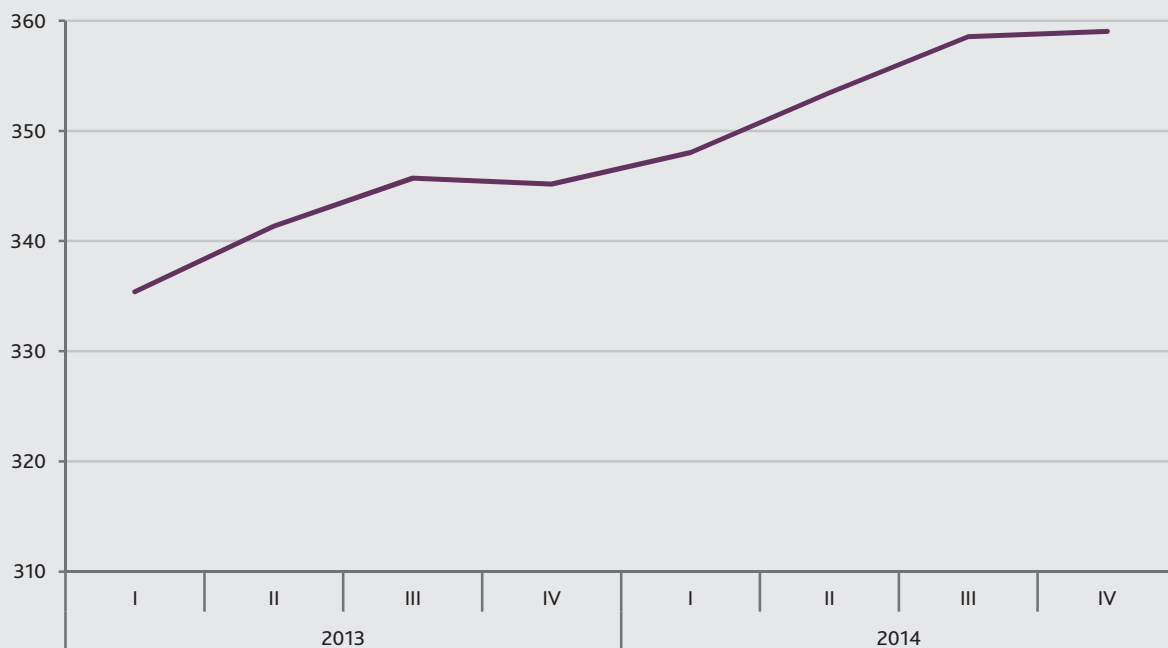
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

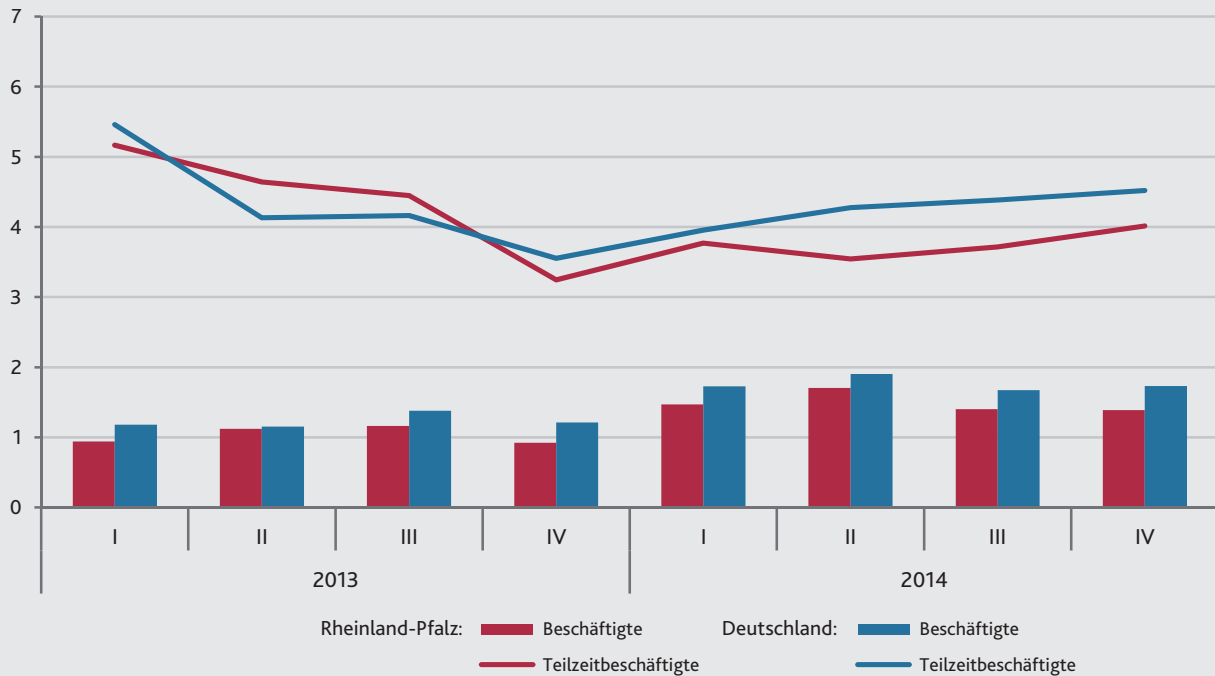


Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

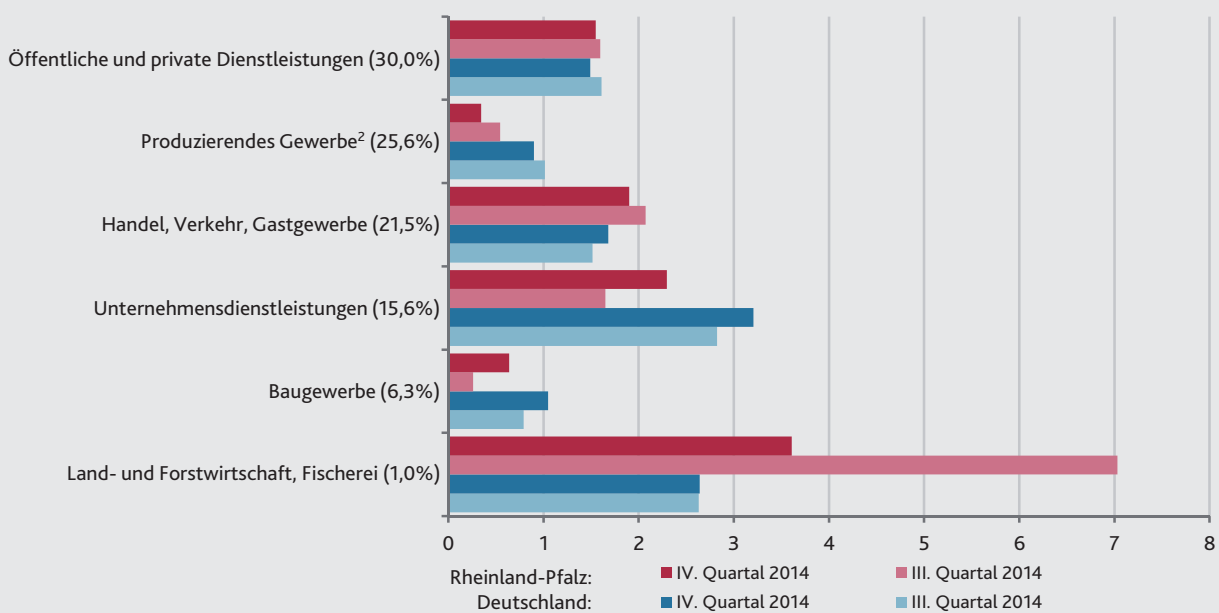


Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

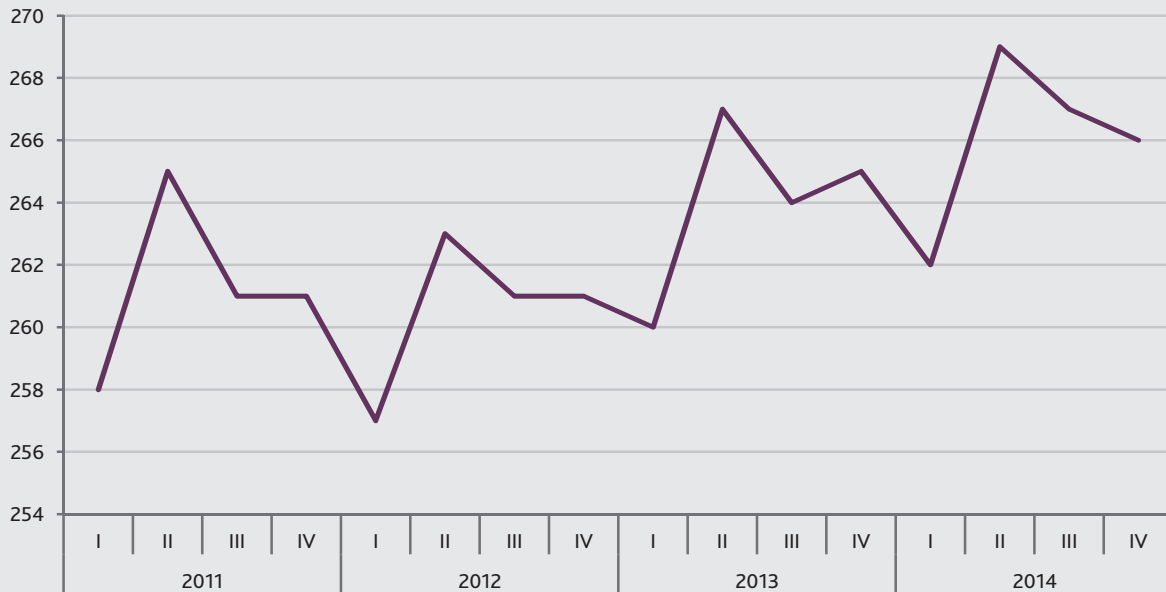


¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2014. – ² Ohne Baugewerbe.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

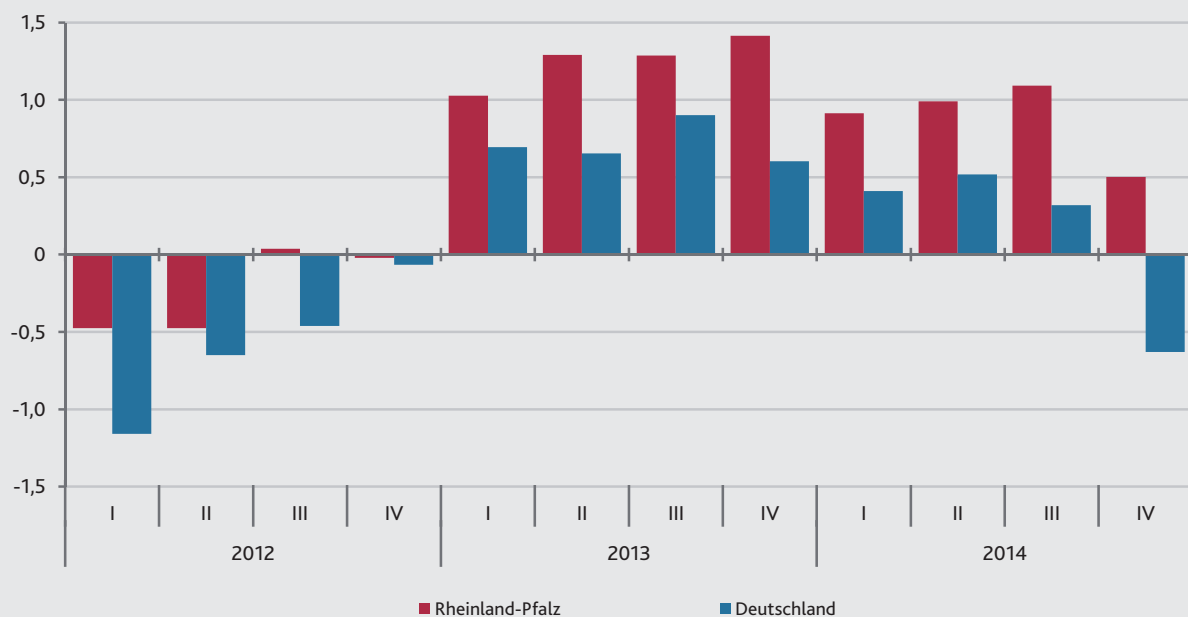
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort
in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

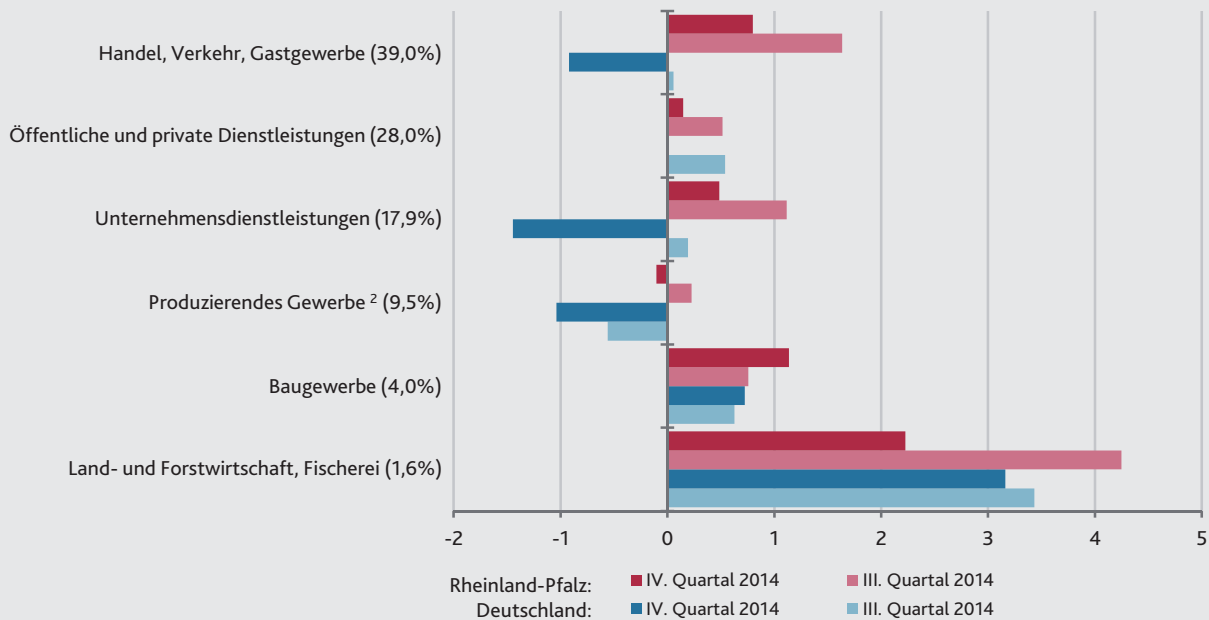
**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2014. – ² Ohne Baugewerbe.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. September 2015.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler/-innen, Studenten/-innen oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Monatsmonat beim

Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich

anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpach-

tung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter/-innen

Kurzarbeiter/-innen sind Arbeitnehmer/-innen, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden

auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das Produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer/-innen zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten

mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie

die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger/-innen durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle

Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das Verarbeitende Gewerbe ist Teil des Produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 083	127 842	128 432
752	134 121	128 083	133 450	157 264	110 128
6 058	126 824	133 450	157 264	111 776	80 756
134 628	134 545	157 827	113 035	84 980	63 568
157 811	113 466	84 980	64 829	78 146	92 396
113 466	87 007	64 829	78 146	94 429	125 873
87 007	65 282	78 146	94 429	125 677	103 807
65 282	78 320	94 429	125 677	103 807	69 027
78 320	95 409	103 807	69 027		
95 409					

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2013	2014			2015			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 994 ^{1,2}	4 012 ^{1,2}	3 997	3 998	3 999
darunter Ausländer ³	1 000	306 ^{1,2}	331 ^{1,2}	312	313	315

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 602	1 636	768	1 450	2 152
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 666	2 786	2 570	2 642	2 585
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,0	8,4	7,6	8,0	7,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 794	3 693	3 891	3 705	3 445
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,4	11,1	11,5	11,3	10,1
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	8	8	6	8	7
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	3,0	2,3	3,0	2,7
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 129	- 907	-1 321	-1 063	- 860
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,4	- 2,7	- 3,9	- 3,2	- 2,5

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 962	11 303	10 779	10 406	9 933
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	4 305	5 428	5 171	4 891	4 750
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 538	9 026	8 193	8 587	7 717
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 630	3 141	2 747	2 893	2 844
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 424	2 277	2 586	1 819	2 216
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 592	14 152	13 818	13 720	12 964

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2011	2012	2013		2014			
			30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 261	1 285	1 299	1 325	1 308	1 310	1 321	1 343
* Frauen	1 000	575	589	599	611	607	607	611	622

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

	Einheit	2011	2012	2013			2014			
				30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	83	90	96	100	94	100	106	110	104
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	300	326	341	346	345	348	353	359	359
* darunter Frauen	1 000	254	275	286	289	290	292	295	299	300
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	12	12	13	13	10	12	13	14	10
* produzierendes Gewerbe	1 000	411	418	418	425	418	420	422	427	420
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	269	274	278	285	282	280	285	291	287
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	194	199	204	206	202	203	206	209	207
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	375	382	387	395	396	396	396	402	402

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2013	2014				2015			
			Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Arbeitslose	Anzahl	116 353	115 741	115 015	117 967	111 694	108 971	111 426	114 510	109 037
* Frauen	Anzahl	54 039	53 744	54 265	56 477	53 082	50 660	52 314	54 528	51 413
* Männer	Anzahl	62 314	61 998	60 750	61 490	58 612	58 311	59 112	59 982	57 624
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	46 247	44 689	43 890	46 339	41 986	38 000	40 560	42 821	39 065
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	70 106	71 053	71 125	71 628	69 708	70 971	70 866	71 689	69 972
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,5	5,4	5,3	5,5	5,2	5,0	5,1	5,3	5,0
* Frauen	%	5,4	5,3	5,4	5,6	5,3	5,0	5,1	5,3	5,0
* Männer	%	5,5	5,4	5,3	5,4	5,1	5,1	5,1	5,2	5,0
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,1	4,9	5,4	6,0	5,1	4,2	5,0	5,6	4,7
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,1	3,4	4,6	3,7	2,8	3,4	4,3	3,5
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,8	5,6	5,5	5,5	5,3	5,1	5,1	5,1	5,0
* Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,2	6,0	6,0	5,9	5,6	5,6	5,6	5,5
* Ausländer/-innen	%	12,2	12,1	11,5	11,7	11,5	11,9	12,0	12,3	11,9
* Deutsche	%	4,9	4,8	4,8	4,9	4,6	4,4	4,5	4,6	4,4
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	3 423	2 407	1 658	1 020	1 224
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	21 221	23 602	24 231	25 147	24 416	27 640	28 404	29 353	29 258

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

	Einheit	2013	2014				2015			
			Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	218 942	221 871	222 838	222 486	222 301	227 938	226 997	226 231	...
* darunter Frauen	Anzahl	113 107	114 512	114 909	114 906	114 834	116 609	116 241	115 958	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	155 110	156 803	157 829	157 339	157 154	161 561	160 857	160 235	...
* nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	63 832	65 068	65 009	65 147	65 147	66 377	66 140	65 996	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	61 451	62 581	62 506	62 635	62 620	64 282	64 092	63 955	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	552	519	587	517	601	514	494	614	665
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	507	473	540	487	549	456	457	545	600
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	3	2	4	5	3	4	1	2
Unternehmen	Anzahl	64	74	57	51	117	45	48	65	83
private Haushalte	Anzahl	485	442	528	462	479	466	442	548	580
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 025	934	949	833	1 122	997	797	1 162	1 081
* Umbauter Raum	1 000 m ³	633	594	664	566	676	602	567	751	732
* Wohnfläche	1 000 m ²	119	112	123	104	130	113	103	140	135
Wohnräume	Anzahl	4 783	4 424	4 902	4 090	5 177	4 631	4 243	5 584	5 571
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	180	172	194	166	199	185	160	220	219

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	126	123	147	115	120	114	127	120	158
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	11	10	7	17	7	13	7	12
Unternehmen	Anzahl	99	86	105	77	80	97	95	101	114
private Haushalte	Anzahl	14	26	32	31	23	10	19	12	32
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	31	15	14	25	14	5	20	18	6
* Umbauter Raum	1 000 m ³	739	797	749	439	751	492	932	861	1 072
* Nutzfläche	1 000 m ²	105	105	105	63	106	75	137	105	108
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	89	90	81	50	95	46	82	83	77

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 120	1 128	1 096	1 080	1 273	1 114	939	1 325	1 321
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 500	5 321	6 540	5 127	5 893	5 197	4 829	6 465	6 664

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 747	...	10 546	10 242	11 239	10 727	11 097	11 278	10 858
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 847	...	1 655	1 559	1 935	1 859	1 546	1 769	1 584
darunter										
* Kälber	t	8	...	6	5	5	7	5	5	3
* Jungrinder	t	10	...	6	3	2	5	6	9	3
* Schweine	t	8 852	...	8 837	8 632	9 260	8 816	9 504	9 472	9 235
* Eierzeugung ²	1 000	14 522	...	16 393	15 400	15 907	17 413	17 488	15 648	14 635

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	984	982	985	984	983	997	1 001	1 003	1 003
* Beschäftigte ⁴	1 000	248 561	251 312	250 584	250 949	251 716	251 959	252 312	252 717	253 082
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 499	32 012	31 812	30 418	34 115	32 834	30 365	32 979	34 133
* Entgelte	Mill. EUR	1 002	1 029	1 303	1 036	960	1 113	1 338	1 086	1 005
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 045	7 107	7 188	7 102	7 471	7 391	6 850	7 743	7 683
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 945	4 006	4 051	3 951	4 240	4 065	3 695	4 122	4 095
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 839	1 846	1 864	1 903	1 909	2 086	1 953	2 197	2 139
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	85	83	79	76	82	84	79	81	78
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 176	1 172	1 194	1 172	1 240	1 156	1 123	1 343	1 373
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 337	2 386	2 425	2 347	2 489	2 414	2 160	2 409	2 350
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	961	931	894	930	983	1 033	979	1 074	1 079
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 812	3 918	3 957	3 886	4 075	4 182	3 835	4 368	4 290
Exportquote ⁶	%	54,1	55,1	55,0	54,7	54,6	56,6	56,0	56,4	55,8
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	103,0	101,6	101,0	100,4	104,6	107,0	107,0	110,8	106,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	100,2	98,2	100,4	93,4	103,3	98,1	94,0	100,6	99,3
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	111,2	111,9	104,1	118,4	112,9	119,0	119,3	125,0	116,4

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2013	2014				2015			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
2010=100	75,5	58,6	59,6	60,9	51,0	63,5	64,2	63,4	44,1
2010=100	89,5	85,3	98,4	72,8	87,3	113,1	134,2	116,3	119,4
2010=100	102,5	98,2	99,3	94,3	103,7	95,1	98,6	101,7	100,2
2010=100	119,3	114,0	104,7	130,4	123,2	128,3	131,8	135,4	116,1

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	172	174	174	174	175	182	180	180	179
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 694	9 764	9 734	9 707	9 687	9 539	9 500	9 478	9 385
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 188	1 190	1 173	1 112	1 293	1 163	1 068	1 186	1 231
* Entgelte ³	Mill. EUR	41	42	40	40	40	51	38	41	42
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	474	321	172	192	312	255	207	206	257
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	459	307	160	180	298	241	194	193	244

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	38 313	38 655	38 949	38 997	38 937	38 085	37 984	38 031	37 836
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 742	4 014	4 211	4 108	4 679	4 196	3 914	4 319	4 541
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 549	1 690	1 782	1 739	1 990	1 760	1 694	1 817	1 859
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	901	982	991	960	1 106	1 019	957	1 102	1 097
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 292	1 343	1 438	1 409	1 583	1 417	1 263	1 400	1 585
darunter Straßenbau	1 000 h	630	658	722	723	784	684	638	704	762
* Entgelte	Mill. EUR	91	96	94	98	100	97	94	102	101

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2013	2014			2015				
			Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	398	416	418	417	468	384	377	424	445
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	142	148	164	143	164	143	138	156	153	
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	109	113	104	113	125	109	105	115	122	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	147	155	150	161	179	131	133	153	170	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	72	75	76	80	88	61	61	73	81	

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

	Einheit	2013	2014	2013	2014				2015	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Betriebe ⁴	Anzahl	415	412	414	414	411	411	411	423	426
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	1 000	15 506	15 644	15 511	15 412	15 555	15 862	15 748	15 908	15 920
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 948	4 937	5 004	4 831	4 827	5 111	4 979	4 887	4 905
* Entgelte	Mill. EUR	119	120	126	114	118	120	128	118	125
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	412	425	507	343	387	422	548	351	425

Handel⁵**Großhandel^{6, 6}**

Großhandel ^{b, 6}	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Beschäftigte	2010=100	105,4	106,6	106,1	106,7	106,8	107,1	106,8	107,2	107,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	114,1	118,4	118,1	119,2	120,0	122,2	121,9	122,8	123,0
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	94,7	93,5	94,6	92,3	98,4	92,9	89,3	97,9	100,0
* Umsatz real ⁸	2010=100	87,6	87,2	87,8	85,7	91,6	86,7	83,0	91,1	92,7

Einzelhandel^{9, 8}

* Beschäftigte	2010=100	102,7	104,6	104,3	104,5	104,3	105,1	105,7	106,1	105,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,3	105,5	105,4	105,5	105,7	106,5	107,3	108,0	107,7
* Umsatz nominal ⁹	2010=100	101,4	102,5	105,5	100,6	104,5	106,5	103,4	104,9	105,9
* Umsatz real ⁹	2010=100	96,7	97,5	100,0	95,5	99,6	100,4	97,5	99,3	100,9

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtszeitraums. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtszeiträume werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{p, 2}**

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Beschäftigte	2010=100	103,7	104,3	103,4	103,5	103,3	104,5	104,5	104,5	104,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	114,5	118,3	118,2	119,0	119,5	120,3	120,4	121,3	122,1
* Umsatz nominal ³	2010=100	94,6	98,3	98,8	94,3	102,4	113,0	103,3	110,2	111,7
* Umsatz real ³	2010=100	92,1	95,6	96,5	92,0	99,6	109,0	99,7	106,5	107,8

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2010=100	99,8	102,2	104,2	104,6	105,3	104,5	106,9	108,3	107,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	100,5	103,7	106,1	106,8	108,3	107,6	110,7	114,0	111,7
* Umsatz nominal ³	2010=100	80,4	83,1	90,0	88,4	92,0	80,6	94,3	92,7	95,2
* Umsatz real ³	2010=100	75,9	76,8	83,3	81,7	85,2	72,8	85,3	83,4	86,2

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	672	684	844	906	900	667	942	903	960
* darunter von Auslandsgästen	1 000	155	154	191	207	274	142	212	206	290
* Gästeübernachtungen	1 000	1 748	1 762	2 082	2 311	2 446	1 688	2 371	2 221	2 596
* darunter von Auslandsgästen	1 000	435	439	523	569	878	364	576	550	930

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 779	1 770	1 704	2 027	1 967	1 418	1 686	1 770	1 964
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 191	1 232	1 230	1 470	1 499	981	1 224	1 274	1 473
* Getötete Personen	Anzahl	15	15	18	17	21	12	19	17	27
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	7	8	13	2	5	11	8	16
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	7	2	13	3	3	5	6
Radfahrer	Anzahl	1	4	2	-	3	-	3	2	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	2	-	1	-	-	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 547	1 593	1 573	1 869	1 887	1 306	1 570	1 627	1 837

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwer- wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
schwer verletzte Personen	Anzahl	296	305	324	359	412	218	287	339	350
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	137	134	126	116	137	121	114	131	122
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	70	77	101	109	131	36	106	118	120
Radfahrer	Anzahl	46	48	52	65	83	26	40	54	72
Fußgänger	Anzahl	29	29	27	32	21	22	13	26	21

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 881	11 953	12 799	13 706	13 307	13 450	12 408	15 555	14 258
darunter										
Krafträder	Anzahl	589	613	861	797	882	1 193	924	988	990
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	9 973	10 050	10 602	11 444	11 120	10 809	10 165	12 970	11 843
* Lastkraftwagen	Anzahl	904	878	850	1 047	876	948	850	1 048	944
Zugmaschinen	Anzahl	339	328	388	320	342	404	388	400	401

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2013	2014	2013	2014				2015	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	53 338	54 467	55 733	58 819	56 317	46 755	55 977	56 253	56 127
Personenkilometer ³	Mill.	479	510	512	546	530	439	523	512	528

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Güterempfang	1 000 t	1 094	1 064	1 030	1 123	1 039	1 116	1 126	1 008	1 051
* Güterversand	1 000 t	821	775	757	852	715	876	850	742	825

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 876	4 006	3 953	4 127	3 986	4 739	4 400	4 132	4 504
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	294	288	313	288	310	308	293	339	327
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 540	3 645	3 590	3 782	3 619	4 362	4 004	3 669	4 041

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2013	2014			2015				
			Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
*	Rohstoffe	Mill. EUR	22	23	28	24	23	23	24	19	22
*	Halbwaren	Mill. EUR	170	156	165	165	158	165	153	134	170
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 348	3 465	3 396	3 593	3 439	4 175	3 827	3 516	3 850
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	944	923	948	905	877	1 027	1 029	926	1 004
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 404	2 543	2 449	2 688	2 562	3 148	2 798	2 590	2 846
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 653	2 729	2 744	2 844	2 788	3 185	2 934	2 860	3 133
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 283	2 395	2 369	2 484	2 473	2 804	2 598	2 535	2 795
	Belgien	Mill. EUR	187	198	195	196	222	213	204	201	217
	Luxemburg	Mill. EUR	54	53	54	54	58	55	56	51	66
	Dänemark	Mill. EUR	35	37	37	41	36	39	39	38	39
	Finnland	Mill. EUR	31	30	31	37	30	32	75	25	31
	Frankreich	Mill. EUR	430	422	443	420	427	509	417	410	454
	Griechenland	Mill. EUR	41	33	21	45	30	29	24	33	29
	Großbritannien	Mill. EUR	240	279	241	308	279	315	302	274	272
	Irland	Mill. EUR	12	15	14	16	11	15	25	19	15
	Italien	Mill. EUR	218	225	224	240	250	261	247	256	327
	Niederlande	Mill. EUR	225	223	240	229	223	302	287	265	354
	Österreich	Mill. EUR	148	155	161	166	153	167	157	154	177
	Schweden	Mill. EUR	63	69	75	67	66	85	75	73	75
	Spanien	Mill. EUR	172	194	175	197	190	232	218	192	192
	Portugal	Mill. EUR	33	32	31	40	36	35	23	31	37
*	Afrika	Mill. EUR	98	105	101	132	86	131	144	119	139
*	Amerika	Mill. EUR	530	548	506	517	504	674	654	534	610
	darunter nach USA	Mill. EUR	342	381	334	354	346	479	460	370	419
*	Asien	Mill. EUR	563	593	573	604	577	712	638	591	595
	darunter nach China	Mill. EUR	147	162	150	166	175	179	165	170	132
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	31	28	30	32	37	29	28	28

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 599	2 657	2 703	2 506	2 717	3 098	2 953	2 683	2 947
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	267	262	281	243	270	312	278	233	276
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 222	2 235	2 291	2 139	2 289	2 617	2 476	2 219	2 437
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	44	41	37	36	45	40	37	33	36
* Halbwaren	Mill. EUR	310	287	262	292	311	284	293	255	251
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 868	1 907	1 992	1 811	1 933	2 293	2 146	1 931	2 150

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2013	2014				2015			
			Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	537	545	515	513	534	639	596	486	560
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 331	1 363	1 476	1 299	1 399	1 654	1 550	1 445	1 591
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 911	1 975	1 946	1 894	2 028	2 292	2 248	1 994	2 234
*	darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 680	1 719	1 769	1 637	1 739	1 967	2 016	1 787	1 992
	Belgien	Mill. EUR	297	289	289	288	295	281	258	230	280
	Luxemburg	Mill. EUR	42	45	47	48	44	48	39	61	53
	Dänemark	Mill. EUR	18	19	23	18	20	21	21	22	22
	Finnland	Mill. EUR	7	8	8	6	6	13	11	9	13
	Frankreich	Mill. EUR	241	244	248	224	258	262	260	227	263
	Griechenland	Mill. EUR	9	8	11	5	9	9	8	7	7
	Großbritannien	Mill. EUR	99	107	117	111	114	111	105	99	100
	Irland	Mill. EUR	21	26	28	21	20	155	151	103	59
	Italien	Mill. EUR	163	164	183	151	175	172	187	162	311
	Niederlande	Mill. EUR	255	257	249	253	240	289	381	277	299
	Österreich	Mill. EUR	84	86	83	76	85	98	95	89	95
	Schweden	Mill. EUR	41	43	50	41	44	53	44	46	46
	Spanien	Mill. EUR	109	105	106	92	100	104	106	107	105
	Portugal	Mill. EUR	16	16	18	16	18	17	15	16	16
*	Afrika	Mill. EUR	70	51	90	44	37	46	39	60	34
*	Amerika	Mill. EUR	251	244	263	219	246	310	302	240	275
	darunter aus USA	Mill. EUR	186	173	170	144	169	214	211	189	223
*	Asien	Mill. EUR	363	383	399	345	404	445	360	383	396
	darunter aus China	Mill. EUR	161	162	143	144	180	204	135	154	174
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	4	4	3	5	4	6	8

Gewerbeanzeigen⁴

Gewerbeanzeigen ⁴	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 017	...	2 832	2 586	3 062	3 096	2 626	2 870	3 152
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	475	...	433	431	497	464	403	466	520
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 005	...	1 924	1 690	1 946	1 983	1 839	1 969	2 022
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 985	...	2 458	2 338	2 772	2 639	2 244	2 713	2 898
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	452	...	334	349	397	353	365	429	454
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 027	...	1 623	1 600	1 868	1 822	1 489	1 850	1 919

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Insgesamt	Anzahl	567	524	482	557	610	448	535	457	539
davon										
* Unternehmen	Anzahl	90	81	78	65	97	87	76	57	94
* Verbraucher	Anzahl	354	320	286	375	367	239	344	283	294
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	103	105	95	103	125	104	95	97	133
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	19	23	14	21	18	20	20	18
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	91	96	111	82	105	68	65	147	101

Handwerk²

	Einheit	2013	2014	2013	2014				2015	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,7	98,6	98,2	97,7	98,1	100,2	98,3	97,7	98,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	100,0	101,4	113,1	86,7	101,0	104,0	114,0	86,6	103,1

Preise

Preise	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	105,8	106,8	107,1	107,2	107,2	107,0	107,3	107,3	107,1
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	103,4	104,8	104,9	104,9	104,9	106,2	106,3	106,5	106,6

Verdienste⁷

	Einheit	2013	2014	2013	2014				2015	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 790	3 798	3 495	3 426	3 472	3 491	3 524	3 496	3 576
* Frauen	EUR	3 268	3 266	3 044	3 006	3 021	3 052	3 062	3 082	3 122
* Männer	EUR	4 003	4 009	3 681	3 593	3 651	3 665	3 707	3 660	3 756
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 925	7 205	6 166	6 254 ^r	6 360	6 403	6 456	6 427	6 531
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 352	4 405	4 058	4 015 ^r	4 053	4 097	4 126	4 086	4 156
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 183	3 235	2 963	2 933	2 975	2 993	3 013	2 989	3 062
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 641	2 641	2 496	2 416	2 470	2 487	2 514	2 464	2 572
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 047	2 030	1 975	1 885	1 921	1 946	1 957	1 910	2 021

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtszeitraumes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2013	2014	2013	2014				2015	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 078	4 175	3 681	3 622	3 716	3 729	3 767	3 680	3 816
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 899	4 001	3 584	3 448	3 587	3 616	3 643	3 390	3 460
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 245	4 353	3 792	3 756	3 836	3 840	3 887	3 836	3 948
* Energieversorgung	EUR	4 955	(5 040)	4 433	4 344	4 462	4 456	4 487	4 408	4 456
* Wasserversorgung ²	EUR	3 207	3 473	2 989	3 114	3 230	(3 275)	3 260	3 139	3 145
* Baugewerbe	EUR	3 156	3 257	3 086	2 922	3 090	3 140	3 128	2 923	3 187
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 596	3 551	3 371	3 298	3 312	3 336	3 366	3 380	3 423
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 535	3 275	3 214	2 998	3 019	3 032	3 078	3 186	3 219
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 978	2 748	2 775	2 570	2 608	2 600	2 614	2 683	2 726
* Gastgewerbe	EUR	(2 026)	(2 078)	2 003	2 030	1 986	1 978	1 979	2 057	2 085
* Information und Kommunikation	EUR	4 870	5 049	4 553	4 537	4 663	4 632	4 672	4 683	4 752
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 907	4 902	4 222	4 086	4 114	4 154	4 231	4 314	4 321
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 739	3 947	3 301	(3 712)	(3 849)	(3 838)	(3 857)	(3 419)	(3 409)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	(4 670)	4 823	4 088	4 170	4 190	4 223	4 216	4 314	4 401
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	/	(2 160)	2 113	2 059	2 080	2 095	2 118	2 129	2 183
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 450	3 536	3 368	3 389	3 389	3 469	3 504	3 492	3 531
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 105	4 132	4 033	4 034	4 035	4 079	4 050	4 110	4 136
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 678	3 693	3 491	3 430	3 473	3 485	3 514	3 514	3 555
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	4 257	3 734	3 926	(3 565)	(3 339)	(3 362)	(3 645)	(3 354)	(3 330)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 059	3 272	2 905	3 070	3 064	3 108	3 126	3 056	3 082

Geld und Kredit³

	Einheit	2012	2013		2014				2015	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	118 975	121 674	124 568	125 584	124 657	124 257	124 973	121 419	120 613
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 024	12 174	12 008	12 333	12 369	11 869	11 692	10 833	10 437

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2012	2013		2014				2015	
	Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	15 080	14 002	13 508	13 476	13 295	13 232	12 432	11 579	11 170
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	91 871	95 498	99 052	99 775	98 993	99 156	100 849	99 007	99 006
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	110 263	113 342	116 350	117 767	117 623	117 462	118 519	114 975	114 545
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	99 772	102 470	105 312	106 449	106 566	106 600	107 683	103 978	103 815
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 492	10 872	11 038	11 318	11 057	10 862	10 836	10 997	10 730
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	8 712	8 332	8 218	7 817	7 034	6 795	6 454	6 444	6 068

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	113 249	113 014	114 631	112 837	112 942	114 661	116 885	113 702	114 532
Sichteinlagen	Mill. EUR	46 913	51 536	53 576	53 185	53 933	56 215	58 309	56 724	58 709
Termineinlagen	Mill. EUR	29 481	26 577	26 426	25 455	25 226	24 928	24 903	24 002	23 215
Sparbriefe	Mill. EUR	7 744	6 639	6 414	6 059	5 884	5 687	5 637	5 335	5 147
Spareinlagen	Mill. EUR	29 112	28 262	28 215	28 138	27 899	27 831	28 036	27 641	27 461
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	110 671	110 380	112 081	110 316	110 550	112 240	114 475	111 316	112 080
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	107 602	107 492	108 780	107 664	107 716	109 307	111 133	108 838	109 442
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 069	2 888	3 301	2 652	2 834	2 933	3 342	2 478	2 638
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 578	2 634	2 550	2 521	2 392	2 421	2 410	2 386	2 452

Steuern

Einheit	2013	2014				2015			
	Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 515	3 652	4 243	3 260	3 819	4 156	4 360	3 811	4 143
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 104	1 158	1 780	824	1 126	1 474	1 802	986	1 212
Lohnsteuer	Mill. EUR	761	795	689	699	1 076	1 164	771	689	1 148
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	149	156	-	-	485	480	-	-	519
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	157	166	464	- 54	- 30	- 21	489	- 43	- 61
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	72	102	368	191	47	18	240	329	68

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2013	2014			2015			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	32	29	5	13	43	73	4	12	65
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	16	15	-	3	32	64	-	4	56
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	83	66	253	- 24	- 11	240	298	- 1	- 7
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 4	6	-	-	- 2	238	-	-	- 3
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 411	2 494	2 464	2 436	2 693	2 683	2 558	2 825	2 931
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	499	539	434	525	548	529	518	570
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 931	1 995	1 925	2 003	2 167	2 135	2 029	2 308	2 361

Zölle	Mill. EUR	184	203	182	208	237	182	198	240	256
--------------	-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern	Mill. EUR	113	87	108	59	61	71	100	70	55
----------------------	-----------	-----	----	-----	----	----	----	-----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	29	27	32	36	14	34	26
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	46	49	79	32	29	35	86	36	29

Landessteuern	Mill. EUR	66	75	138	64	60	69	72	79	71
----------------------	-----------	----	----	-----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	18	26	84	14	17	16	20	21	16
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	31	32	33	34	28	34	34	42	40
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	13	16	11	11	15	15	12	11
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	1	1	1	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	4	3	3	3	3	3

Einheit	2013	2014	2013	2014				2015	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	603	597	561	524	655	599	611	571	688
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	4	5	6	4	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	125	130	115	113	141	144	121	123	139
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	458	445	426	390	491	430	469	427	523
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	15	18	17	17	17	19	17	17	21

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeinde- verbände

Einheit	2013	2014	2013	2014				2015	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Mill. EUR	909	925	1 107	593	1 017	919	1 172	672	1 072
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	379	369	290	380	425	346	325	412
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	348	363	614	70	391	361	632	110
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	37	41	68	8	39	43	74	5

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2013	2014				2015			
	Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Mill. EUR	851	880	1 318	728	844	997	1 499	880	936
Landessteuern	Mill. EUR	66	75	138	64	60	69	72	71
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	418	442	740	304	424	537	745	384
Lohnsteuer	Mill. EUR	262	277	236	240	399	385	270	235
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	67	71	197	- 23	- 13	- 9	208	- 18
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	34	48	178	93	24	9	116	162
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	13	2	6	19	32	2	5
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	41	33	127	- 12	- 5	120	149	- 1
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	344	342	441	297	353	384	681	350
Umsatzsteuer	Mill. EUR	255	252	351	218	264	274	589	259
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	89	90	89	79	89	110	92	91
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	5	-	17	2	2	-	18
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	-	6	1	1	-	6
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	11	-	34	4	3	-	36
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	-	7	1	1	-	7

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	1 845	1 881	2 175	1 699	1 933	2 089	2 213	1 981	2 078
Bundessteuern	Mill. EUR	113	87	108	59	61	71	100	70
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	480	505	802	362	481	646	806	443
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 246	1 285	1 265	1 260	1 388	1 371	1 307	1 450
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	5	-	17	2	2	-	18

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im September 2015

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung – Ergebnisse des Mikrozensus 2012
Kennziffer: A1053 201200

Strukturdaten zu Privathaushalten
in den Planungsregionen –
Ergebnisse des Mikrozensus 2012
Kennziffer: O2033 201200

Strukturdaten zu Privathaushalten –
Ergebnisse des Mikrozensus 2011–2014
Kennziffer: O2053 201400

Atypische Beschäftigung –
Ergebnisse des Mikrozensus 2014
Kennziffer: A6033 201400

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Abschlussprüfungen an Hochschulen
im Prüfungsjahr 2014
Kennziffer: B3033 201400

Rechtskräftige Aburteilungen 2014
Kennziffer: B6013 201400

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Obst im August 2015
Kennziffer: C2033 201503

Rinderbestände und Rinderhaltungen im Mai 2015
Kennziffer: C3073 201521

Schweinebestände und Schweinehaltungen
am 3. Mai 2015
Kennziffer: C3083 201521

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Juli 2015
Kennziffer: D1023 201507

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2015 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201507

Index des Auftragseingangs für das
Verarbeitende Gewerbe im Juli 2015
Kennziffer: E1033 201507

Bauhauptgewerbe im Juli 2015 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201507

Ausbaugewerbe im 2. Vierteljahr 2015 –
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe –
Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung
im Ausbaugewerbe bei Betrieben von
Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E3023 201542

Elektrizitäts- und Wärmezeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im Juni 2015
Kennziffer: E4023 201506

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im
2. Vierteljahr 2015
Kennziffer: E5023 201542

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juli 2015
Kennziffer: F2033 201507

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im
Gastgewerbe 2014
Kennziffer: G1013 201400

Aus- und Einfuhr im Juli 2015
Kennziffer: G3023 201507

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juli 2015
Kennziffer: G4023 201507

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juni 2015
Kennziffer: 1023 201506

Binnenschifffahrt im Mai 2015
Kennziffer: H2023 201505

Sozialleistungen

Jugendhilfe 2013 – Teil I – Erzieherische Hilfen,
Teil IV – Ausgaben und Einnahmen
Kennziffer: K1053 201300

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2013
Kennziffer: J1023 201300

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten
Dienstleistungsbereichen im 2. Quartal 2015
Kennziffer: J1033 201542

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Staats- und Kommunalfinanzen –
Jahresrechnungsergebnisse 2013
Kennziffer: L1033 201300

Gemeindefinanzen für das 2. Vierteljahr 2015 –
Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 201542

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im August 2015
Kennziffer: M1013 201508

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe
und im Dienstleistungsbereich 2012
Kennziffer: N3033 201201

Finanzen und Vermögen privater Haushalte

Strukturdaten zu Privathaushalten in den
Planungsregionen –
Ergebnisse des Mikrozensus 2012
Kennziffer: O2043 201200

Umwelt

Öffentliche Wasserversorgung 2013
Kennziffer: Q1023 201301

Investitionen für den Umweltschutz im
Produzierenden Gewerbe 2013 (ohne Baugewerbe)
Kennziffer: Q3013 201300

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juni 2015
Kennziffer: Z1013 201506

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe September 2015
Kennziffer: Z2201 201509

Tourismus aktuell –
Tourismus im ersten Halbjahr 2015

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: BASF SE
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte
2. korrigierte Fassung vom 28.01.2016, Änderungen auf S. 1008, 1009